

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: **Abonnementspreis** 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonienliste oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Markt über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 10. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Haager Friedenskonferenz und die Abrüstungsfrage.

Die zweite Haager Friedenskonferenz, die im Juni stattfinden soll, wirft ihre Schatten voraus. Herr Stead und andere Friedensapostel flöteten schon seit Monaten elegische Friedensschamaden und nun hat sich auch der Premierminister des in England am Ruder befindlichen liberalen Kabinetts Herr Campbell Bannermann, als Flötist dem Konzert angeschlossen. In einer neuen englischen Zeitschrift „The Nation“ („Die Nation“) hat er neulich die Abrüstung oder wenigstens die Einschränkung der heute zwischen den Großmächten üblichen Rüstungskonkurrenz empfohlen. Und am Dienstag, den 5. d. M., hat er sich im englischen Unterhause bei der Vorlegung des Marinebudgets ebenfalls für die Einschränkung der Rüstungen, zum mindesten der Flottenrüstungen, ausgesprochen, indem er sich darauf berief, daß eine „starke Geistesströmung unter den nachdenkenden Menschen aller Staaten Europas“ vorhanden sei, für Schiedsgerichte für eine friedliche Schlichtung der Streitigkeiten und für das „Vorkommen von den riesigen Aufwendungen, die der gegenwärtige Zustand mit sich brächte“. Danach scheint die englische Regierung die Absicht zu haben, ihrerseits dahin zu wirken, daß das Thema der Abrüstung in jedem Fall auf die Tagesordnung der zweiten Haager Friedenskonferenz gesetzt wird; und bei dem politischen Einfluß, den England zurzeit im sogenannten Räte der Völker besitzt, wird das englische Kabinet wahrscheinlich seinen Wunsch erfüllt sehen.

Eine andere Frage ist, ob bei dieser Erörterung mehr herauskommen wird als auf der im Jahre 1898 abgehaltenen ersten Haager Konferenz, die bekanntlich ihre Zusammenberufung einem von Nikolaus dem Mutigen im August 1897 erlassenen Friedensmanifest verdankt. Wie diese Konferenz eigentlich nichts weiter geleistet hat, als einige nebensächliche Fiktionen am Völkerrecht, deren Beachtung völlig dem Willen der einzelnen Mächte überlassen blieb, so wird auch das Ergebnis der zweiten Haager Konferenz höchst voraussichtlich auf nichts anderes als einige allgemeine Friedensbeteuerungen und völkerrechtliche Abmachungen hinauslaufen, die, wenn es zum Kampf kommt, den ersten gegenseitigen Kartäuschenwechsel nicht überdauern.

Gewiß, der englische Premierminister hat recht. Unter „den nachdenkenden Menschen aller Staaten Europas“ besteht eine Geistesströmung für eine friedliche Schlichtung der Streitigkeiten unter den Nationen und für die Verminderung der riesigen Flotten- und Heeresrüstungen. Aber diese Schar der nachdenkenden Menschen ist — das haben die letzten Reichstagswahlen in Deutschland wieder bewiesen — doch im ganzen ziemlich gering, und vor allem gehören diese nachdenkenden Menschen nicht den kapitalkräftigen Kreisen an, welche die Politik der Regierungen bestimmen. Stärker als die von Campbell Bannermann erwähnte „Geistesströmung“ ist das kapitalistische Interesse der herrschenden Massen und der imperialistische Ausdehnungsdrang. Auch vor der ersten Haager Konferenz war diese Geistesströmung vorhanden, in einzelnen kontinentalen Ländern sogar stärker als heute, und doch hat sie weder den Kampf Englands um den Oranje- und Transvaalfreistaat, noch den blutigen Krieg zwischen Rußland und Japan um die Herrschaft im nordöstlichen Asien verhindert — Kämpfe, die den beteiligten Staaten ausschließlich vom kapitalistischen Machtinteresse diktiert wurden.

Selbst in England ist diese Geistesströmung im ganzen nur schwach. Das beweist die Stellungnahme der großen englischen Zeitungen, vornehmlich der „Times“, zu den Nation-Artikeln Campbell Bannermans. Das beweist vor allem die Zunahme der imperialistischen, in gewissem Grade sogar der jingoistischen Anschauungen in England. Und auch von jenen englischen Liberalen, denen der Abrüstungsgedanke sympathisch ist, läßt sich nur der kleinere Teil von humanen Anschauungen und völkerrechtlichen Bedenken leiten. Die meisten verfolgen auch mit der Propagierung der Abrüstungsforderung nur englische Eigeninteressen. Von Campbell Bannerman mag dies nicht gelten, auch von manchen anderen in den Ueberlieferungen der freihändlerischen Brightschen Schule befangenen englischen Liberalen nicht. Die alte ideologische Auffassung der englischen Freihandelslehre, daß der freie Handelsaustausch zwischen den Völkern zur Beseitigung der Kriege führe, zur Völkerverbrüderung: jene Auffassung, die ihren originellsten Ausdruck in dem Ausruf Dr. Bowringers fand: „Der Freihandel ist Jesus Christus!“, spukt, wenn auch durch die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts mahnigfort korrigiert, noch immer in ihren Köpfen. Auch in einzelnen Sätzen des „Nation“-Artikels Campbell Bannermans kommt diese Ansicht zum Durchbruch, z. B. in dem Satz: „Unsere allbekannteste Anerkennung der beiden Hauptprinzipien, nämlich die Nationalitäten unabhängig und der Handel frei ist, gibt uns das Recht zu behaupten, daß, wenn unsere Flotten unvertwundbar sind, sie andererseits keine Drohung über See“ — „agen, sondern eine Vorkast herzhlichen Wohlwollens, die begründet ist auf dem Glauben an eine Gemeinshaft der Interessen aller Nationen.“ Doch die englischen Friedensfreunde dieser Art sind die „Rinderheit“. Bei dem größeren

Teil der liberalen Befürworter der Abrüstung entspringt ihre Stellungnahme einfach der Erwägung, daß die starken Flotten- und Heeresrüstungen nicht nur an Englands Geldbeutel, sondern auch an sein Menschenmaterial immer größere Anforderungen stellen, während andererseits England sich eigentlich im Besitz alles dessen befindet, was es beanspruchen kann und daher nichts wesentliches mehr zu gewinnen hat. Es hat überall auf dem Erdenrund die wertvollsten Kolonien und befindet sich seit dem Abschluß der Bündnisse mit Japan und Frankreich in einer durchaus gesicherten Lage, die in ihm den Wunsch erweckt, seine Verhältnisse zu konsolidieren und an den Mitteln zur Aufrechterhaltung seiner Machtstellung zu sparen. Es ist jene Stimmung der Befriedigung, die den glücklichen Gewinner im Spiel zu der Erklärung veranlaßt: „Wir wollen aufhören, ich bin des Spiels jetzt müde.“

Mit der wirtschaftlichen Lage Englands hat sich auch stets zugleich die Auffassung seiner Kapitalisten vom Wert der englischen Kolonien und der Seemacht geändert. Als England zu Beginn des vorigen Jahrhunderts sich immer mehr zum Industriestaat entwickelte und seine Industrieprodukte sich im raschen Fortschritt alle Kolonialmärkte eroberten, do tauchte in den englischen Freihandelskreisen die Ansicht auf, daß es am besten sei, wenn England seine Kolonien gänzlich aufgeben und sie sich selbst überlasse. David Hume äußerte schon 1823 im Parlament, die Kolonien vermochten das englische Mutterland nur zu schwächen, deshalb sei es am besten, sie sich selbst zu überlassen. Ähnliche Ansichten äußerten J. Stuart Mill, Cobden, Bright usw. Von ihrem Standpunkt faßten sie völlig korrekt die Kolonien nur als Absatzmärkte der englischen Industrie auf; und da nun aller Voraussicht nach diese Märkte mit ihrem Handel auch dann England erhalten geblieben wären, wenn es auf seinen Kolonialbesitz verzichtet hätte, so erschienen ihnen die Ausgaben für die Kolonialverwaltung, Kolonialtruppen, Schiffstationen usw. als eine zwecklose Belastung des englischen Budgets.

Kaum aber traten Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika mit England auf dem Weltmarkt erfolgreich in Konkurrenz, kaum zeigte sich, daß die Kolonien nicht nur als Absatzmärkte für die englische Industrie, sondern weit mehr als günstige Anlagemärkte für das überschüssige englische Kapital in Betracht kamen, da schlug die Meinung um. An die Stelle der Schwärmerei für die kommerzielle Friedensära trat die Forderung energischer Expansion, an die Stelle der zärtlichen Besorgtheit um das Seelenheil der Regier in Afrika die Beforgtheit, bei der Aufteilung der dortigen Gebiete zu kurz zu kommen, und an die Stelle der weichen Stimmungslinien eines Tennison die Soldatenlyrik Rudyard Kiplings. Jetzt, nach den Erfolgen, die England in den letzten Jahren errungen hat: der Sicherung seiner Herrschaft im ägyptischen Sudan, der Eroberung Südafrikas, der Vernichtung der russischen Machtstellung in Ostasien durch Japan, der Verminderung des russischen Einflusses in Persien und Afghanistan, des Abschlusses eines vorläufigen Bündnisses mit Japan und Frankreich und der Rahmlegung Rußlands durch seine inneren Wirren, fühlt sich ein Teil der englischen Kapitalisten in gesicherter Position. So leicht kann jetzt nichts mehr fehlgehen. Es gilt also, das Erreichte zu befestigen, die drückenden Lasten zu vermindern.

Dieser Wunsch ist begreiflich, nur dürften die anderen Mächte den Wunsch nicht respektieren. Die Politik des amerikanischen Kapitalismus verfolgt seit Jahrzehnten das Ziel, sich die Herrschaft über den nördlichen Teil des Stillen Ozeans zu sichern. Kaum hatte der junge nordamerikanische Freistaat den Zugang zur Pazifikküste erlangt, als er auch schon 1844 mit China einen Vertrag abschloß. Dann folgte der Protest gegen die Erbauung des von England geplanten isthmischen Kanals, die Expedition des Commodore Perry nach Japan, die Festlegung auf den Sandwichs-Inseln und deren Annexion, die Inbesitznahme der Philippinen und jetzt der Bau des Panamakanals. Langsam aber konsequent hat die Union sich die Grundbedingungen für ihre Veberrschung der Nordhälfte des Stillen Ozeans, des „Mittelmeeres der Zukunft“, geschaffen. Jetzt fehlt nur noch, um gegen England und das mächtig aufstrebende, flottenbauende Japan gerüstet zu sein, der stetige Ausbau der amerikanischen Kriegsflotte, die sich die Vereinigten Staaten viel leichter leisten können als Japan. Und jetzt, wo er davor steht, die Früchte seiner Politik zu pflücken, sollte der amerikanische Kapitalismus aus Rücksicht auf den englischen Vetter, auf die Ausführung seiner Machtpläne verzichten oder diese hinausschieben? Für die Abrüstung anderer Mächte ist die Union gewiß zu haben; auf jedes Anfinnen, ihre eigenen Flottenrüstungen einzuschränken, wird sie aber mit dem Satz in Roosevelt's letzter Vorkast antworten: „Es ist ein törichtes und übles Ding für eine große und freie Nation, sich der Macht zu begeben, ihr eigenes gutes Recht zu verteidigen.“ Wie wenig die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika geneigt ist, ihre Ansprüche auf den großen Ozean aufzugeben, zeigt die neueste Meldung aus Washington, nach der das Staatsdepartement die Anordnung getroffen hat, daß amerikanische Stille Ozean-, das Philippinen- und das China-Geschwader sollten sich zu einer Flotte vereinen und Honolulu als Verteidigungspunkt wählen.

Ebenjowenig kann Japan, will es seine Machtpläne im Stillen Ozean ausführen, auf die Vermehrung seiner Flotte gegenüber Amerika verzichten. Auch Frankreichs Kapitalisten-

kreise sind, wie die Auslassungen der französischen Presse zeigen, nicht geneigt, die Vorkastlage Campbell Bannermans zu akzeptieren. Und Deutschland? Es wird, nachdem die letzten Wahlen der Regierung die gewünschte „nationale“ Mehrheit geliefert haben, alsbald mit vollen Segeln in die weltpolitische Strömung hineinsteuern!

Es dürfte deshalb auch diesmal bei der Haager Friedenskonferenz nichts anderes herauskommen, als leere Versicherungen gegenseitiger Friedfertigkeit und vielleicht einige nebensächliche völkerrechtliche Beschlüsse. An und für sich steht die sozialdemokratische Arbeiterpartei dem Abrüstungsgedanken höchst sympathisch gegenüber. Sie ist die konsequente Bekämpferin des Militarismus und fordert in ihrem Programm nicht nur die Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, sondern auch die Entschärfung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung und die Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege. Aber alle Sympathien helfen über die Tatsache nicht hinweg, daß in der heutigen kapitalistischen Welt wenig Aussicht für eine allgemeine Abrüstung der Großmächte besteht. Die Auffassung, daß der Krieg nur ein Produkt der menschlichen Unvernunft ist, steht auf derselben Stufe, wie die Ansicht, daß die Revolutionen nur den Geistesverirrungen der Völker entspringen. Der Krieg wurzelt in den Interessengegensätzen der Nationen, wie die Revolutionen in den Interessengegensätzen der Klassen. Die Interessengegensätze der Nationen aber haben sich in der heutigen Ära des Kapitalismus ebensowenig vermindert, wie die Klassengegensätze. Sie haben sich ver sch ä r f t!

Die russische Revolution.

Petersburg und die Duma.

Petersburg, 20. Februar, alten Stils. (Sig. Ber.)

Der 20. Februar — der langerwartete Tag! Die zweite Duma tritt heute im Taurischen Palais zusammen. Schon in aller Frühe fallen sich die dem Palais anliegenden Straßen. Bald ist auch die Polizei zur Stelle, und die ganze Umgebung wird abgesperrt. Berittene Schuppleute, Gendarmen und Scheimpolizisten sind die Herren der Straße. Niemand wird durchgelassen, der nicht eine besondere Legitimation vorweisen kann. Nur mit Mühe kommen die Deputierten, die einzeln und in kleineren Gruppen eintreffen, durch die schwarze Menschenmenge, die alles besetzt hat, was nur irgend zu ofluieren war: auf den Säulen, in den Fensternischen, auf Dächern und Treppen ein wallendes Menschenmeer. Ein heller Petersburger Tag mit Tauwetter und leichtem Wind, und in diesen Tag des kommenden Frühlings klingt tausendfach, von einer Straße in die andere getragen, ein gewaltiger Ruf: „Volksvertreter, verlangt die Amnestie!“ — „Amnestie!“ dröhnt es an den steinernen Wänden der graugelben Häuser empor. Die Schalen sind heute geschlossen und die ganze Jugend scheint sich in der Nähe des Taurischen Palais versammelt zu haben. Eine bunte Volksmenge, ernst und heiter zugleich und die sonntägliche Stimmung in allen Herzen. Der Arbeiterdeputierte von Petersburg Alexinski hält eine kurze Rede, seine Worte zerfließen aber in dem Getöse, und nur das Brausen der Worte „Amnestie! Amnestie!“ steigt immer gewaltiger in die Luft. Die Deputierten der Linken kommen zu Fuß, die der rechten Parteien in Wieslutschen oder Equipagen. Kruschewan wird mit tausenden Pfuirschen empfangen und Pfeifen und Johlen begleitet ihn die ganze Straße entlang, bis er hinter der Kette der berittenen Gendarmen verschwindet, die die Straße in einer weiten Entfernung von der Duma abgesperrt halten. Schon erscheinen auch Infanterie und kleinere Dragonertruppen, doch man merkt, daß die Polizei sich heute anfänglicher benehmen will — wenigstens in der Nähe des Dumahauses. Immer wieder werden die Abgeordneten der Linken hochgehoben, ihre kleinen Ansprachen hört man aber nicht, nicht einmal kurze abgerissene Sätze, so stark tosen die Wellen der Straße. Die sozialistischen Abgeordneten tragen rote Blumen im Knopfloch und brausend kommt ihnen immer wieder der Gruß entgegen: „Amnestie! Amnestie!“

Die Eröffnung der Duma ist auf 12 Uhr angesetzt, es ist nun bald 11, doch immer noch treffen Nachzügler ein. Die Kaleschen mit Dienern und Kutschern in Livree werden mit Gelächter empfangen. Erst um 3 Uhr wird es auf der Straße stiller, und die Menschenmengen beginnen sich zu zerstreuen. Wir biegen in den Viterni-Prospekt ein. Hier kam es zum ersten Zusammenstoß heute. Vom Deck eines Straßenbahnwagens herab hielt ein junger Arbeiter im Namen der sozialdemokratischen Partei eine Rede. — Eine rote Fahne wurde entfaltet, und im Nu hatte sich ein Demonstrationzug formiert, der sich dem Revoli-Prospekt zuwandte. Behütlich sang in den Straßen das Trauerlied zu Ehren der gefallenen Kameraden. Die Haupter entblöhten sich, als die rote Fahne vorbeikom, die Straßenbahnwagen hielten still. Das war ein ergreifender Anblick, zu sehen, mit welcher Andacht der Lärm der Straße vor dem Trauerlied der Kämpfer und der Arbeiterhandlarte erstarb. Dem Trauerlied folgte die Arbeitermarfellaufe; stolz erklang das Kampfeslied und immer stärker wurde die anfänglich kleine Gruppe der Manifestanten. Da plötzlich auf den Stegen ein Juden in allen — einige kehren um, und durch die Menschenreihen, wenige Schritte vor uns, tauchen in rasender Eile Polizisten auf, und schon leuchten und laufen ihre Klängen durch die Luft. Die Demonstranten zerstreuen sich, doch ein Buben geht durch alle. Der Tag der Dumaceröffnung ist wieder ein Tag des selbstherrlichen Polizeijähels gewesen!

In der Duma hatte während dessen die Eröffnung stattgefunden. Der Metropolit Antonij hielt eine bombastische Weisrede, Golubev las die trockene Ansprache, und dann wurde Sokolow, Deputierter aus dem Gouvernement Kossau, zum Vorsitzenden gewählt.

Petersburg, 6. März. (Eig. Ber.)

Die Manifestationen dauerten gestern den ganzen Tag fort. Gegen 3 Uhr sammelten sich in den Straßen bei dem Zaurischen Palais wieder unabsehbare Menschenmassen, um auf die Dumaabgeordneten zu warten. Gegen 1/2 5 Uhr war die Sitzung zu Ende und die Menge umringte — wie vormittags — mit Jubel die Abgeordneten der linken Parteien. Immer und immer wieder wurden sie emporgehoben. Besonders feierte man wieder den Arbeiterabgeordneten von Petersburg, Alexinski, dessen Ansprachen mit Beifallrufen begleitet wurden. Freiheitslieder durchbrauten die Spalernaja, rote Fahnen wurden entfaltet, es schien, als wolle der Enthusiasmus kein Ende nehmen. Langsam, unter den Klängen des Trauerliedes der Revolution, bewegte sich die Menschenmasse zum Gefängnis für „Politische“; hier sang man das Lied noch einmal. Die Häupter entlockten sich vor den grauen Mauern, hinter denen sozialer Jugend und Selbstaufopferung begraben liegt. Durch die Spalernaja bewegte sich der Zug weiter zum Uteinski-Prospekt, doch hier erwartete die Manifestanten dasselbe Schicksal wie um 2 Uhr: In die friedliche Menschenmasse drang plötzlich eine Horde wilder Gendarmen. „Kagaiten hervor!“ — ertönte das Kommando, und die Kosakenpeitsche schlug erbarmungslos nach rechts und links. Einem Teil der Manifestanten gelang es, in die Höhe und Häuser zu flüchten, ein anderer stieß in die Querstraßen, aber auch da waren Gendarmen aufgestellt, die von neuem auf die Fliehenden einschlugen. Der Abgeordnete des Gouvernements erhielt mehrere Schläge! Bewundet sind auf dem Uteinski-Prospekt mehr als 40 Personen, von ihnen einige schwer. Bis zum späten Abend durchstreiften Kosakenpatrouillen die Straßen.

In der Unübersicht hatte der Rat der Studenten eine Feier des Wahltages der Demokratie angelegt, die sich zu einer grandiosen Kundgebung gestaltete. Allmählich füllten sich sämtliche Auditorien der Universität. Eröffnet wurde die Versammlung in der Aula mit dem Lied: „Im Kampf seid Ihr gefallen...“ Dem Gesang folgten Ansprachen der Studenten über die Dumawahlen und ihre Bedeutung. Rauschender Beifallsturm ging durch die Universität, als die Abgeordneten der linken Parteien erschienen. Alexinski hob in seiner Rede hervor, daß nur die Organisation des Volkes die Feste der Reaktion brechen kann. „Unsere Fraktion in der Duma ist stärker als die im deutschen Reichstage. Unser Parlament ist das revolutionärste der Welt, aber vergeht nicht, daß wir auch die reaktionärste Regierung haben.“ Die Bauerndeputierten aus der Arbeitergruppe sprachen von dem erwachenden politischen Bewußtsein in den dunklen Bauernmassen. Gegen 1/2 6 Uhr erschienen aus den Fabriken Arbeiter. Die Abgeordneten gingen von einem Zuhörerhauf zum andern, und überall derselbe Jubel. Von Polizei war nichts zu sehen, die hatte verunsichtigterweise vorgezogen, fortzubleiben. Um 7 Uhr war die imposante Versammlung zu Ende, und die große Menschenmasse zerstreute sich ohne den geringsten Zwischenfall.

Abends fanden Versammlungen auch in den Arbeitervierteln statt. Obgleich beschlossen worden war, nicht zu streiken, hatten dennoch sehr viele Fabriken nachmittags die Arbeit eingestellt.

Es sei noch folgendes erwähnt: Als noch der Eröffnungsrede des Beauftragten des Zaren, Reichsratsmitglied Golubev, der Abgeordnete vom Bund der acht russischen Leute, Purischewitsch, plötzlich in den Saal hineindrückte. „Es lebe der Kaiser!“ da stimmte nur die äußerste reaktionäre Gruppe in diesen Ruf ein. Auf den Bänken des Dumazentrums und der Linken rührte sich nichts, Eises Schweigen war die Antwort.

Der erste „Zwischenfall“.

Petersburg, 9. März. (B. Z. B.) Heute ereignete sich bei der Debatte über die Zahl der Unterkleider der Duma der erste Zwischenfall. Ein Abgeordneter der gemäßigten Parteien hatte vorgeschlagen, jeder parlamentarischen Gruppe einen Platz im Sekretariat einzuräumen. Darauf hielt der Abgeordnete Mustafa Rahmudoff, ein extremer Muhamedaner, eine Rede, in der er ausfuhrte, die Duma dürfe nur die Interessen der oppositionellen Mehrheit berücksichtigen und nicht die derjenigen, die nur für Stolypin in der Duma säßen. Abgeordnete der Rechten unterbrachen den Redner, die Linke klatschte Beifall. Präsident Golowin erinnerte daran, daß nur der Präsident das Recht hätte, Redner zu rufen. Andererseits mühten trotz aller Meinungsverschiedenheiten bis zur Prüfung der Mandate alle Mitglieder einander als Abgeordnete an. (Beifall auf den Bänken der Rechten und im Zentrum.)

Bebel's Parlamentarier-Jubiläum.

Als die Donnerstagssitzung des Reichstags eingeläutet wurde, schloß den Vorschlag des Abgeordneten Bebel ein Strauß roter Rosen und Nellen. Die Fraktionskollegen hatten ihn gespendet, um dem verehrten Genossen zu gratulieren.

Es sind gerade 40 Jahre verfloßen seit dem Eintritt Bebel's in den Reichstag, damals in die konstituierende Tagung des Norddeutschen Bundesparlamentes. Bebel und der Zentrumabgeordnete Graf Hampeß sind die einzigen Mitglieder der parlamentarischen Rednerfamilie vor 40 Jahren, die heute noch im Reichstage sitzen. Mit Bebel kam — ebenfalls in der Stichwahl — sein damaliger Gefinnungsgenosse Schrapf ins Reichsparlament. Das Personalregister vergleicht die beiden Männer der Linken also:

Bebel, Dreßler, Leipzig, Königl. Sachsen, 17. Wahlkreis St. Glaucha u. die Gerichtsämter Waldenburg, Remse, Mersane, Glaucha, Hohenstein, Genshthal, Richtenstein.

Schrapf, Advokat, Dresden, Königl. Sachsen, 18. Wahlkreis, Stadt Wida u. die Gerichtsämter Krimmitschau, Werdau, Wida u. Wildenfels.

August Bebel trat am 4. März 1867 (8. Sitzung des Reichstages des Norddeutschen Bundes) in das Haus ein, worin am 20. Februar die erste Sitzung stattfand. Am 8. März teilte Präsident Dr. Simson mit: „Von den seit Montag neu eingetretenen Mitgliedern sind die Abgeordneten Bebel und v. Ansebeke-Arve in die I. Abteilung verlost worden.“ Das Wort ergriß Genosse Bebel im ersten Mal in der 22. Sitzung vom 10. April 1867 (vormittags) bei Titel XIV der Verfassungsberatung: „Verhältnis zu den süddeutschen Staaten.“ Er äußerte seinen Argwohn, daß es sich bei der Gründung des Norddeutschen Bundes um ein spezifisch preussisches Interesse, um eine Stärkung der hohenzollerischen Hausmacht, nicht um die Einigung Deutschlands handle; die Regierungen einer Anzahl Vasallenstaaten seien nur die „Generalgouverneure der Krone Preußen“. Die Einwendung, daß der Prager Friedensvertrag eine Einigung von Nord- und Süddeutschland im Interesse der europäischen Verhältnisse verhindere, ließ Bebel nicht gelten. Wahl beobachtete Frankreich die Entwidlung zur bundesstaatlichen Einigung aus Gründen der Machtfrage mit Mißtrauen. Indessen habe Preußen durch die Militärkonvention bereits die Macht über Süddeutschland erlangt; dieser Tatsache müsse Frankreich sich fügen, sonst würde „ganz Deutschland wie ein Mann sich

Bei der Wahl der fünf Unterkleider der Duma drangen wiederum die Kandidaten der linksstehenden Parteien, und zwar zwei Kadetten und drei Sozialisten durch.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm die Duma mit allen gegen eine Stimme die von der ersten Duma aufgestellte Geschäftsordnung wieder an. Sodann wurde beschlossen, zur Prüfung der Mandate überzugehen.

Konflikts-Stimmung.

Die Auflösungsgesuche wollen nicht verjümmern. Das „Bureau Herald“ bringt folgende zwei Meldungen:

Petersburg, 9. März. Trotz des ruhigen Verlaufes der Dumasitzungen glaubt man in Regierungskreisen wie Abgeordnetenkreisen an keine lange Dauer der gegenwärtigen Duma. Stolypin selbst erklärte, daß die Regierung sich entschlossen sei, nicht die geringste Kompetenzüberschreitung der Duma zu dulden. Falls es zur Auflösung kommen müßte, würde die neue Duma auf Grund eines geänderten Wahlsystems gewählt werden.

London, 9. März. Nach einer „Times“-Meldung aus Petersburg sind dort allgemein Gerüchte über die bevorstehende Auflösung der Duma in Umlauf. Wie es heißt, soll an die Lokalbehörden ein geheimes Rundschreiben gerichtet und jenen diese angewiesen werden, Maßregeln zu treffen, um einen Ausbruch der Eisenbahner bei einem eventuellen Konflikt zwischen der Regierung und der Duma zu verhindern.

Die Wahlen in Riga endigten mit dem Siege der Arbeitergruppe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März 1907.

Interpellationen.

Die Verschleppung der Interpellation über die Schiffahrtsabgaben durch die Regierung bestätigte heute Graf Posadowsky, der im Reichstage die Erklärung abgab, die Regierung werde dem Präsidium des Reichstags später mitteilen, wann sie die Interpellation zu beantworten gedente. Damit ist die Sache auf die lange Bank geschoben worden, und inzwischen kann die Gefahr der Schiffahrtsabgaben greifbarer Gestalt annehmen, denn die preussische Regierung betreibt die Angelegenheit mit dem bekanntesten sanften Druck, der der preussischen Junkerpolitik eigen ist.

Statt dessen erklärte sich Staatssekretär Graf Posadowsky bereit, die Interpellation des Zentrums, betreffend Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Befähigungsnachweis, Ausverkaufswesen, Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen und Arbeitskammern zu beantworten. Dieses Bündel sozialpolitischer Fragen besprach in seiner Begründung der Abgeordnete Trimbom. Natürlich kann von einer gründlichen Erörterung dieser Gegenstände in einem Atemzuge nicht die Rede sein, es handelt sich auch nur darum, die sozialpolitische Heftigkeit auf die Stimmen der Arbeiterwähler für das Zentrum ergießen zu gestalten. Indessen, wenn bürgerliche Parteien wirklich durch sozialpolitische Gesetze Mißstände beseitigen wollten, bräuchten sie nur die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge zu unterstützen. Dann müßte die Sozialpolitik ernstliche Fortschritte machen.

Es schien, als ob Graf Posadowsky seine Antwort mit Rücksicht auf die Scharmacher besonders abgemessen habe. An dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine halte die Regierung fest. Es bestehe ein großes Mißverständnis in bezug auf dieses Gesetz. Die Regierung habe nicht die Absicht, das in Vorbereitung befindliche Gesetz über Arbeitskammern, das in nächster Session dem Reichstag vorgelegt werden soll, auf das Gesetz über die Berufsvereine aufzubauen. Damit werde ein Teil des Widerstandes gegen das Gesetz wohl aufgegeben werden. Die Frage des Befähigungsnachweises werde im Bundesrat erörtert und das Ausverkaufswesen rangiere unter das Gesetz über den unläuteren Wettbewerb, über dessen Neubildung er keine bindende Erklärung abgeben könne. Dagegen glaubte der gründliche Sozialpolitiker Posadowsky den Konsumenten den weisen Rat geben zu sollen, nicht bei Kaufleuten und Händlern zu kaufen, die unreell seien. Wäre so leicht festzustellen, wo die Unreellität beginnt, dann wäre es nicht schwierig, ein Gesetz dagegen zu machen. Dagegen versprach der Staatssekretär für die nächste Session einen Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit für Fabrikarbeiterinnen. Entschieden betonte er, die elfstündige Arbeitszeit für Arbeiterinnen sei nicht länger aufrecht zu erhalten, die zehn-

stündige Arbeitszeit müsse eingeführt werden. Aber — der Staatssekretär kündigte auch an, daß ohne Uebergangszeit und Ausnahmen diese Regelung nicht vor sich gehen könne. Auch plädierte er für eine Wartezeit für die Regierung, die all diese Fragen nicht überstürzen könne, er hemmt also selbst das „Automobiltempo“ der sozialpolitischen Gesetzgebung.

In der Besprechung der Interpellation faßte der nationalliberale Abgeordnete Sieber davon, daß jetzt, nach der Wahlniederlage der Sozialdemokratie die sozialpolitische Gesetzgebung mehr gefördert werden könne. Auf diesen Hinweis bemerkte der Genosse Sue, daß die bürgerlichen Parteien nie daran gehindert waren, gute sozialpolitische Gesetze zu schaffen, denn sie hatten stets die Mehrheit im Reichstage; die sozialdemokratische Fraktion war stets in der Minderheit. Sue besprach die völlige Unzulänglichkeit eines gesetzlichen Befähigungsnachweises, der das Kleingewerbe nicht gegen die Konkurrenz der großkapitalistischen Wirtschaft schützen könne. Der Sozialdemokratie gebühre die Priorität für die gesetzliche Organisation der Arbeit, denn sie habe Arbeiterkammern im Reichstage bereits in ihrem Organisationsentwurf vom Jahre 1878 gefordert. Warum verschleppt man die Sache? Nur auf das ununterbrochene Drängen der Sozialdemokratie ist der endliche Umschwung zurückzuführen. Aber die Arbeiter werden auf manches, z. B. das Gesetz über die Berufsvereine gern noch länger warten, wenn man nur erst eine gründliche, freiheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes vornimmt. Alle Gegner der Arbeiterschutzgesetze trieben die Arbeiter dazu, einheitlich den Kampf um den Arbeiterschutz zu führen, möge man die Arbeiter auch in verschiedenen Organisationsgruppen zu spalten suchen. Redner kritisierte dann die diesem Zwecke dienenden Unternehmungen und verlangte ein schnelleres Tempo in der sozialpolitischen Gesetzgebung und Erfüllung der von den Arbeiterorganisationen gestellten Forderungen.

Die sozialpolitische Quacksalberei der antisemitischen Mittelständler kam drastisch zum Ausdruck durch den Abgeordneten Bruhns, der den ostelbischen Junkern empfahl, dafür zu sorgen, daß mehr Landerlaubnis gegeben werde, so daß die Arbeiter von der Landflucht abgehalten würden, indem man ihnen mehr Gelegenheit zu Vergnügungen gebe.

Montag: Fortsetzung der Beratung der Interpellationen.

Minister Breitenbach gegen das Koalitionsrecht.

Am Sonnabend hielt bei der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung der neue Verkehrsminister eine Rede, durch die er den Beweis erbringen wollte, daß er in bezug auf die Leitung scharfmacherischer Anschauungen nicht hinter seinem Vorgänger zurückbleiben will. Wie die verstorbenen Minister v. Thielen und v. Sudde, so duldet auch Herr Breitenbach keine Sozialdemokraten in seiner Verwaltung. Das Koalitionsrecht der Arbeiter steht für ihn nur auf dem Papier, die Arbeiter dürfen sich wohl zusammenschließen, aber nur in staatlich lizenzierten Vereinen, dagegen nicht in den „auf Umsturz der Gesellschaftsordnung“ hinarbeitenden Gewerkschaften, worunter Herr Breitenbach die freien Gewerkschaften versteht. Ganz besonders hat er es auf den süddeutschen Verband abgesehen, dessen Aufruf zu den Reichstagswahlen es ihm angetan hat. Auch die Rede unseres Genossen Legien auf dem Mannheimer Parteitage, worin er als Vorbildung für die siegreiche Durchführung eines Massenstreiks die Organisation der Arbeiter im Verkehrsgewerbe, vor allem in der Eisenbahnverwaltung, hinstellte, dient ihm als Vorwand für seine Bestrebungen, die staatsbürgerlichen Rechte den Eisenbahnern noch mehr zu kürzen.

Daß er mit seiner Rede den lebhaftesten Beifall des Dreiklassenparlamentes erzielte, versteht sich von selbst. Wann und wo wäre diese „Vollvertretung“ jemals für Volksrechte und für Volksfreiheiten eingetreten! Je weniger die Verwaltung den Verkehrsbedürfnissen gerecht wird, desto mehr stellt sie sich in den Dienst politischer Bestrebungen. So war es unter Thielen, so war es unter Sudde, so ist es unter Breitenbach, und so wird es bleiben, bis die Arbeiterklasse die politische Macht erobert haben wird.

Am Montag wird zunächst die Geschäftsordnungskommission über den Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Redakteure verschiedener Parteiblätter wegen Verleumdung des Abgeordneten Kaufes Bericht erstatten. Dann wird die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Der Abgeordnete Riquel bedauerte gegenüber Bebel, daß die Bundesgenossen der preussischen Regierung nicht noch mehr Souveränitätsrechte zugunsten der Nation aufgeben könnten; die zu weit gehende Willkür und Mäßigung der preussischen Regierung sei anerkannt. Preußen sei kein Militärstaat, sondern ein Staat der Kultur, der Gewissensfreiheit, der Staat, der zuerst in Deutschland den Bauernstand befreit, die Gemeindefreiheit begründet habe. Er verkenne nicht, gleich dem Abgeordneten Bebel, daß zum Eintritt der süddeutschen Staaten wesentliche Veränderungen dieser Verfassung notwendig würden; seine Partei erstrebe leichtere Formen der Gesetzgebung, einfache Mehrheiten des Bundesrates und Reichstages. In Süddeutschland schwinden mehr und mehr die Bedenken gegen die Einigung.

Abgeordneter Dr. Bigard, Professor und Arzt aus Dresden (Stadt Dresden links der Elbe) fand Bebel's Charakterisierung zurechtend; er sei „mit vielem, was der geachtete Abgeordnete Bebel angehen hat, einverstanden“, wenn er auch in einigen Punkten bezüglich der Schlussfolgerungen abweiche, namentlich was die Notwendigkeit der Führung durch Preußen betreffe; aber eine freihetlichere Gestaltung der Verfassung würde eher den Süden gewinnen helfen. Bei keiner Richtung der Linken sei von einer Föderativrepublik die Rede gemeint.

Abgeordneter Paster, Rechtsprofessor (Berlin) hielt den Abgeordneten Bebel für einen Vertreter der Partei, die in Elberfeld-Barren die Wahl des Herrn Ministerpräsidenten (Bismarck) sehr kräftig unterstützt hat, der Partei, deren vornehmlicher Vertreter in der zweiten Wahl nur durch die Vermittlungen der liberalen Parteien geschlagen worden ist. „... jetzt unbilligst er von A bis Z die Politik der Regierung“ ... wobei er allerdings die Gespräche, wie man sie in Bierstuben zu führen pflegt, hier klar abgepöbel hat.“ (Der Präsident weist diese Kritik zurück.)

Bebel (in einer persönlichen Bemerkung) freut sich, insofern Lauffer Angriffe auf seine (Bebel's) Parteistellung durch folgende Erklärung großen Anklammern vordringen zu können. Es sei nicht wahr, daß er, Bebel, zu der Kassalle Partei gehöre, die in Elberfeld den Grafen Bismarck durchdrücken half; „Ich gehöre dieser Kassalle Partei nicht an, sondern einfach der radikal-demokratischen, oder, wenn Sie wollen, der Volkspartei, das ist ein wesentlicher Unterschied.“

Das war das erste Auftreten Bebel's im Norddeutschen Reichstage. Was er seitdem dem deutschen Proletariat geworden und gewesen und was er ihm heute ist, das steht auf den Blättern der Parteigeschichte und in den Herzen der deutschen Proletarier unvergessbar eingeschrieben.

erheben und eine derartige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu vermeiden.“ Durch den von Preußen diktierten Prager Friedensvertrag, der nur eine internationale Einigung zwischen Deutschlands Norden und Süden zulasse, verzichte Preußen auf die Anbahnung einer Einigung des Südens; die preussische Regierung würde aber nie ansetzen, den Vertrag wieder zu zerreißen, wenn ihr daraus ein Schaden erwächte. Innere, spezifisch preussische Gründe, bedingten den Standpunkt der Regierung, welche beürthe, in einem Bundesrat, worin Bayern, Württemberg, Baden und Hessen verhältnismäßig vertreten sind, majorisiert zu werden, was in bezug auf Verfassungsfragen und -änderungen nicht gegen unser Interesse wäre.

Nachdem Bebel das damalige Zahlenverhältnis mit dem zu erwartenden vergleichsweise erörtert hatte, schloß er mit den Worten:

„Man wird sich eben einfach damit begnügen, wie jetzt schon der Anfang gemacht ist, daß man Militärkonventionen abschließt, daß man lediglich die Militärgewalt in die Hände bekommt im Falle eines Krieges, und im übrigen wird man sich damit begnügen, durch Heilverträge um wenigstens einigermassen die Luft, die hervorgebracht ist, zu überbrücken, wahlverhandeln; zu überbrücken, aber auszufüllen, dazu wird man sich nicht herbeilassen. Meine Herren! Eine solche Politik zu unterstützen, dazu habe ich keine Lust, ich muß entschieden dagegen protestieren, daß man eine solche Politik eine deutsche nennt, ich muß entschieden protestieren gegen einen Bund, der nicht die Einheit, sondern die Zerreißung Deutschlands proklamiert, einen Bund, der dazu bestimmt ist, Deutschland zu einer großen Katastrophe zu machen und den letzten Rest von Freiheit und Volkrecht zu vernichten. Meine Herren! Aus diesem Grunde werde ich gegen den § 1 stimmen und schließlich gegen die ganze Vorlage.“

An verschiedenen Stellen dieser Jungferrede Bebel's verzeichnet das Protokoll „Redhafter Widerspruch rechts“. Der Präsident rief den Zwischenrufer zu:

„Meine Herren! Lassen Sie doch den Herrn Redner ruhig zu Ende reden und unterlegen Sie ihn nachher!“

Der Abgeordnete Weber, Obergerichtsanwalt in Stade (18. Wahlkreis Hannover), unternahm es, diese Mißnote wieder in Harmonie aufzulösen, welche dieser Redner aus Sachsen, das uns-Deputierter von allen Ansichten liberale, als Ansichten der sogenannten großdeutschen Volkspartei in unsere Versammlung geworfen hat“. Der Traum eines zur Föderativrepublik geeinigten Deutschlands erzeuge den Haß gegen Preußen.

Zu den Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Altenburg

Wird und aus Altenburg geschrieben:
Am 19. März finden in unserem Duodezählerländchen die Wahlen zur „Landchaft“, so heißt offiziell der Landtag, statt. „Der ganze Menschheit Jammer“ sagt den denkenden Menschen an, wenn er sich das Wahlrecht zum altenburger Landtag, das nach vier Stufen abgeteilt ist, ansieht. Der Besitz hat natürlich, wie überall in den Thüringischen Nachbarstaaten, das Übergewicht. Bei der letzten Wahl vor drei Jahren (der Landtag wird alle drei Jahre neu gewählt) bestand die Klasse der Höchstbesteuerten aus 388 Personen, die, weil ihrer gar so viele sind, von den 30 Abgeordneten neun wählen dürfen. Die übrigen Steuerzahler, die nach Abzug dieser Auserwählten noch übrig bleiben, werden in 8 Klassen eingeteilt und jeder Klasse 7 Vertreter zugewiesen. In der ersten Klasse zählte man 1904: 1579 Wähler, in der zweiten 4006 und in der dritten, in der das „gemeine“ Volk wählt, 24 381 Wähler. Da 9 + 7 nach Adam Nieße 16 ergibt, so können die beiden obersten Klassen dem Lande nach Belieben ihren Willen aufzwingen. Fabrikanten, Mittergutsbesitzer und Großbauern, das heißt deren Vorkämpfer, sind die eigentlichen Herrscher des Ländchens. In der Hauptsache aber beherrscht der Bauer das Land, denn das flache Land hat 18 Abgeordnete zu wählen und die Städte nur 12. Kein Wunder, daß die Altenburger Gesetzgebung eine der rückständigsten der Thüringischen Vaterländer ist und daß diese Gesetzgebung einen vorwiegend agrarischen Charakter trägt. Die Bevorzugung des flachen Landes stammt noch aus der Zeit, da Altenburg ein ausgeprochenes Bauernland war und die Grundsteuer den hauptsächlichsten Ertrag der Steuereinnahmen lieferte. Das ist aber schon lange her. Das Ländchen hat sich inzwischen industrialisiert, und die Steuerleistung der Städte übertrifft schon seit langen Jahren die des flachen Landes.

Die Sozialdemokratie hat seit bald 20 Jahren, solange sie eine Vertretung im Landtage besitzt, gegen das bestehende Wahlgesetz angekämpft. In jeder Sitzung brachte sie einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ein. Ab und zu fanden sich der eine und der andere bürgerliche Vertreter, der mit ihr stimmte, schließlich blieb sie mit ihrem Antrage allein. Anlässlich der Sitzung im Dezember v. J. stimmte sogar der einzige „entschiedene Liberale“, der als letzter Rest des Liberalismus im Altenburger Landtage von der geschwundenen liberalen Herrlichkeit zeugt, der Herr Herrmann aus Käßla für den Übergang zur Tagesordnung über die von 22 000 Unterschriften bedeckte Petition des sozialdemokratischen Landesvorstandes. Zur Entschuldigung dieses Verhaltens führte der wadere Mann an, daß die Sozialdemokraten es ihm unmöglich machen, für die Forderung ihrer Petition zu stimmen, weil sie „unerfüllbare Forderungen“ mit derselben verquidelt hätten. Als „unerfüllbare Forderungen“ sieht er das Frauenstimmrecht und die Herabsetzung der Wahlfähigkeit auf das 21. Jahr an.

Wie tief der Altenburger „entschiedene Liberalismus“ gesunken ist, geht daraus hervor, daß er sich mit dem Reichsverband zur gemeinsamen Kandidatenaufstellung zusammenschloß und gleichzeitig mit der Mittelstandsvereinigung und dem Bund der Landwirte Hand in Hand geht, um die Sozialdemokratie aus den Landtagen zu verdrängen. „Heraus aus dem Landtage mit den Sozialdemokraten!“ heißt der ganze Chor der „Ordnungs“-Sippe. Und in diesem Sinne wirkt der „entschiedene Liberalismus“ mit. Als Ordnungsländchen der dritten Abteilung der Städte Käßla, Eisenberg, Roda und Orlamünde kandidiert gegen unsere Parteigenossen Horn aus Käßla, der das Mandat schon eine Reihe von Jahren im Besitze hat, Herr Dr. Höfer. In der dritten Abteilung der Stadt Altenburg, deren Vertreter Genosse Edmund Buchwald seit 1888 ist, haben die mit den „entschiedenen Liberalen“ verbündeten Reaktionen aller Schattierungen einen angeblich ebenfalls „entschiedenen Liberalen“ Lehrer aufgestellt. In der dritten Abteilung der Städte Schmöln, Neustadt, Ronneburg, Gähmigh und Luda haben die Reaktionen einen „nationalen Arbeiter“, den sogenannten Würstchenmacher (in Wirklichkeit ist er Rüstenschmied) Wagner als „entschiedenen liberalen Kandidaten“ gegen den bisherigen Vertreter Käppler, den Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Müller, aufgestellt. In den anderen Wahlkreisen der dritten Abteilung streiten sie sich noch mit den anderen Reaktionen um die Stimmzettel. Einig ist die Cliquenpartei nur dort, wo die Sozialdemokratie ernsthaft in Frage kommt, und das sind die obengenannten drei Kreise.

Die sozialdemokratische Partei führt den Wahlkampf in allgemeiner prinzipieller Art. Sie kämpft unter der Parole: Für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht.

Die positive sozialpolitische Arbeit des nationalen Bloks.

Die Ordnungspresse, die bekannlich frampfhast an der Fabel festhält, daß die Sozialdemokratie keine positive Arbeit für die Beschäftigten leistet, ist wieder einmal voller Freude. Sie verkündet, daß ein von allen nationalen Parteien gemeinsam gefasster Antrag Dr. Arndt (Rp.), Kopisch (fr. Sp.), Lattmann (Antif.), Dr. Bodnide (fr. Sp.), Dr. Baasche (natl.) und v. Stauby (L.) auf Erhöhung der Postbeamtengehälter wieder einmal der Sozialdemokratie und dem Zentrum den Rang abgelaufen habe, weil er früher gestellt, viel umfassender und gründlicher ausgearbeitet sei als die Anträge dieser Parteien. Wie sich der Vorgang in Wahrheit abgespielt hat, mag folgende Gegenüberstellung lehren:

Als Nr. 3 der Drucknoten der Budgetkommission erschien ein Zentrumsantrag Müller-Hulda-Erzberger: Die Kommission wolle beschließen:

1. Anstatt 475 Unterbeamte von 1000 bis 1500 M. zu setzen: 475 Unterbeamte von 1000 bis 1600 M.
2. Anstatt 32 953 Oberpostassistenten usw. von 1500 bis 3000 M. zu setzen: 32 953 Oberpostassistenten usw. von 1800 bis 3800 M.
3. Anstatt 2061 Vorsteher von Postämtern 3. Klasse (Postverwalter) mit Gehältern von 1500 bis 3000 M. zu setzen: 2061 Vorsteher von Postämtern 3. Klasse (Postverwalter) mit Gehältern von 1800 bis 3800 M.
4. Anstatt 43 475 Unterbeamte von 900 bis 1500 M. zu setzen: 43 475 Unterbeamte von 900 bis 1600 M.

Als Nr. 4 der Kommissionsdrucknoten lag ein sozialdemokratischer Antrag Singer-Dr. Südem vor: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bis zur dritten Lesung des Reichshaushaltsetats ihr Einverständnis dahin zu erklären, daß:

Anstatt 23 400 Unterbeamte im Bestelldienst von 800 bis 1000 M. gesetzt werde: von 23 400 Unterbeamten im Bestelldienst von 900 bis 1100 M.“

Als Nr. 5 der Kommissionsdrucknoten erschien dann der Blokantrag. Er lautet wörtlich: „Die Kommission wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bis zur dritten Lesung des Reichshaushaltsetats ihr Einverständnis dahin zu erklären, daß: ...“ Nun folgen wörtlich von der ersten Seite bis zur letzten die vier Zentrumsanträge und als

Punkt 5 ist dann noch der sozialdemokratische Antrag angefügt. Damit aber niemand im Zweifel sein könne, daß der nationale Bloks fremdes Geistesprodukt einfach gestohlen hat, haben die Herren die Schreib- und Druckfehler gleich mit in ihren Antrag übernommen. So liest man denn im Antrage des nationalen Bloks, daß die Regierung ihr Einverständnis dahin erklären solle, daß (soweit ist der sozialdemokratische Antrag abgeschrieben):

Anstatt 475 Unterbeamte von 1000 bis 1500 M. zu setzen: 475 Unterbeamte von 1000 bis 1600 M.

Die nationalen Parteien haben sich also nicht einmal die Mühe gegeben, daß „zu setzen“ durch den Ausdruck, der in die Satzkonstruktion passen würde, nämlich: „gesetzt werde“, zu ändern. Sie haben das Wählergeheimnis, das das fremde Eigentum verrät, ruhig stehen gelassen. Ferner ist durch einen Druckfehler in der Schere der Zentrumsantrag verstümmelt worden: es fehlt die Nr. 5, die folgendermaßen lautet:

Anstatt 23 400 Unterbeamte von 800 bis 1000 M. zu setzen: 23 400 Unterbeamte von 800 bis 1200 M.

Obwohl das Zentrum gleichzeitig diesen Antrag beschloß und gestellt hat, haben ihn die diebischen Elitern der Bloksparteien in ihrem Antrage ausgelassen, weil er ihnen erst nachträglich als Nr. 6 der Kommissionsdrucknoten geliefert wurde. Eine schönere Illustration der positiven sozialpolitischen Arbeit der bürgerlichen Parteien läßt sich gar nicht denken, als dieser Diebstahlsversuch.

Deutsches Reich.

Die Junker vor und nach den Wahlen.

Als die „Edelsten und Besten der Nation“ um ihre Reichstagsmandate kämpfen mußten, versprachen sie besonders auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge tätig zu sein und das Los der Landarbeiter zu erleichtern. Über nach den Wahlen pfeift es wieder aus einem anderen Loch. Da kamen jüngst die Vertreter der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer zusammen und beratschlagten, wie man am besten gegen die neuen Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Maschinen, die von der Ostpreussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft geplant sind, Sturm laufen könne. Und die Landwirtschaftskammer erklärte, sie wolle nicht solche Schußvorrichtungen, weil sie nicht ohne erhebliche Behinderung des Betriebes angebracht und in Stand gehalten werden können. Weiter will die Landwirtschaftskammer die Verantwortlichkeit des Betriebsunternehmers ausschalten, wenn ein Unfall infolge „grober Fahrlässigkeit“ der Arbeiter entsteht. So sieht die „soziale Fürsorge“ der Junker — nach den Wahlen aus.

Der Ostpreussische landwirtschaftliche Zentralverein hat nach den Wahlen in ähnlicher Weise „soziale Fürsorge“ entworfen. So verlangt er, daß den ausländischen Arbeitern einfach an der Grenze die Pässe abgenommen werden sollen, und jetzt hat eine Kommission dieses Vereins beraten, wie das Unfallversicherungsgesetz für Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter abgeändert werden kann. Der Zentralvereinsvorstand hat aus dem Reichsanwalt Abänderungsvorschläge unterbreitet, von denen wir folgende wiedergeben:

Die Kosten für die Verurteilung der Verletzten zu tragen, falls er mit seinem Anspruch abgewiesen wird.

Anfälle von Kindern unter 14 Jahren geben das Anrecht auf eine Unfallrente erst dann, wenn nach Erreichung des 14. Lebensjahres noch eine verringerte Erwerbsfähigkeit vorhanden ist.

Leuten, die nachweislich durch Trunkenheit eine Verletzung sich zugezogen haben, wird die Rente um 50 Proz. gekürzt.

Eine Rente ist erst dann zu bewilligen, wenn der Verletzte durch den Unfall um mehr als 33 1/2 Proz. seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt ist. Dem Verletzten ist aufzugeben, nach Ablauf der Karenzzeit ohne weitere Aufforderung ein ärztliches Attest über seine Arbeitsunfähigkeit beizubringen. Tut er dies nicht, so muß angenommen werden, daß er vollständig wieder hergestellt ist.

Die Unfallrente soll ferner an Arbeiter nur bewilligt werden, wenn der Beschädigte erwiesenermaßen mindestens 33 1/2 Proz. weniger Lohn bezieht als unbeschädigte Arbeiter derselben Kategorie, resp. der Beschädigte als selbständiger Betriebsleiter so behindert ist, daß er in seinem Erwerb ebenfalls um 33 1/2 Proz. geschädigt ist.

Die bewilligte Unfallrente ruht, solange die Erwerbsverhältnisse des Verletzten sich um weniger als 33 1/2 Proz. verringert haben. Simulation ist strafrechtlich zu verfolgen.

Diese Vorschläge machen dieselben Leute, die vor der Reichstagswahl den Landeuten erzählten, wie sehr sie sich ihrer annehmen würden, wenn sie konservativ wählten. Geht die Regierung auf diese Vorschläge ein, so werden die Landarbeiter im hohen Maße geschädigt. Schon, daß man ihnen die Hälfte der Kosten aufhaken will, falls sie mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden, ist darauf berechnet, sie von Klagen abzuhalten. Empörend ist, daß man Kindern unter 14 Jahren überhaupt keine Rente zahlen will, wenn sie nach dem Eintritt in das 14. Lebensjahr keine verringerte Erwerbsfähigkeit mehr aufzuweisen haben. Aber ausgebeutet sollen die Kinder nach wie vor werden. Den gesetzlichen Kinderschutz auf dem Lande fürchtet der Agrarier fast mehr wie den Teufel. Auch daß den Leuten, die sich in der Trunkenheit den Unfall zugezogen haben, nur die halbe Rente gezahlt werden soll, ist höchst bezeichnend. Dagegen tun die Agrarier nichts, um die Landarbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu bringen. Die Arbeiter, die kurz vor den Wahlen den meisten Jufel saufen, sind ihnen die angenehmsten. Selbstverständlich werden vor allem die Familien in große Not gebracht, wenn ihre Ernährer nur die halbe Rente bekommen. Auch daß Simulation strafrechtlich verfolgt werden soll, spricht Bände. Wer soll denn darüber entscheiden, ob der Arbeiter simuliert?

Ihre Vorschläge wünschen die Agrarier in die Tat umgesetzt, wenn in der nächsten Zeit die Zusammenfassung aller Arbeiterversicherungsgesetze auf ein und derselben Grundlage mit der gleichen Beteiligung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber nicht zu bewerkstelligen ist. Dann wird noch darauf hingewiesen, daß die Aufbringung der Kosten der Unfallversicherung allein durch die Arbeitgeber „eine nicht zu begründende Härte darstellt.“

Koloniale Kamelzüchterei.

Im „Globus“, der bekannten Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde, berichtet Oberleutnant Geng über den Versuch der Einführung von Kamelen in Deutsch-Südwestafrika. In dem Bericht, der einen weiteren Beweis für die eminente Fähigkeit der deutschen Kolonialverwaltung erbringt, heißt es:

„Der Gedanke, in Südwestafrika Kamel als Last- und Reittiere zum Durchqueren der wasserlosen und vegetationsarmen Durchstrecken der Kolonie zu verwenden, ist fast so alt, wie diese Kolonie selbst. Es war jedoch bis zum Ausbruch des Aufstandes immer nur bei Versuchen geblieben; trotzdem diese Versuche im allgemeinen bewiesen hatten, daß die Tiere bei richtiger Behandlung gute Dienste leisten konnten, sich verhältnismäßig leicht akklimatisierten und — vorausgesetzt, daß ihnen Gelegenheiten dazu geboten wurde — auch fortpflanzen. Die ersten Kamelreiter brachte der damalige Landeshauptmann v. Francols 1893 nach Südwest. Einige Jahre darauf wurde eine neue

Herde von 20 Tieren eingeführt, mit denen auch Zuchtversuche gemacht werden sollten. Die Beschaffung der Kamelreiter war einem deutschen Konfult in Nordafrika übertragen worden. Aber die ersehnte Nachkommenschaft entsprach an Zahl bei weitem nicht den in sie gesetzten Hoffnungen. Als man genauer nach der Ursache forschte, stellte sich heraus, daß unter den Tieren nur eine einzige Stute war. Darauf wurden weitere Versuche leider nicht mehr gemacht.“

Wissenschaftler Herr Dernburg selbst die Kamelzücherei in die Hand, hat er doch sich bereits in Deutschland erfolgreich auf diesem Gebiete betätigt.

Wälw in der Kavallerie.

Das Zentrum oder vielmehr die „Germania“ gibt eine Broschüre mit Reden heraus, welche die Zentrumsabgeordneten Spahr, Gröber, Schöbler und Freiherr v. Hertling jüngst bei den Staatsberatungen im Reichstage gehalten haben. Das hat den „Vertrieb patriotischer Zeitschriften“ in Berlin zu einer großen Tat veranlaßt. Er gibt als Gegengewicht die Entredenen des Fürsten Wälw heraus, aber, um das Zentrum zu übertrumpfen und zugleich für die feingemähte Erfassung der sich im Kopf des vierten Kanzlers wühlenden genialen Gedankenverbindungen zu sorgen, mit zahlreichen Illustrationen. Die markantesten Wendungen in den Reden Wälws sind von einem durch die Dernburgschen Reden in den Zustand der patriotischen Ertaie verlegten Zeichner mit anerkanntem Talent durch niedliche Bildchen erläutert.

So hat zum Beispiel Wälw geäußert, das Zentrum hätte am 19. Dezember mit den Sozialdemokraten eine feste Mehrheit gebildet. Der Zeichner veranschaulicht dies dadurch, daß er Herrn Erzberger und einen Balkonmägen-Feigen zeichnet, die sich beide umarmen und stützen, als wozu sie suchen eine Kolonialrede Dernburgs genossen und sich an dieser den Magen demnach verborgen hätten, daß in jedem Moment ein patriotischer Erguß bevorzustehen scheint. Das Gerede Wälws über Jizjadur und Fortwursteln wird durch eine Jizjadlinie und zwei Bodwürste illustriert.

Noch drastischer ist die Stelle über den Zusammenstoß Dernburgs mit Roeren durch den genialen Stiff des Zeichners erläutert: Roeren sßt weinend ohne Gut auf dem Boden, während Dernburg in der Rolle eines aus dem Zirkus Busch entlassenen Ringkämpfers erhaben auf ihn herabblid. Besonders schön ist auch das Bild des Herrn Kolonialdirektors, zumal es nicht allein geboten wird, sondern in Begleitung einer allem Anschein nach an Ausgehrung leidenden Herero-Schönen und eines Dattelpalmenzweiges.

Wir können deshalb das Best bestehend empfehlen. Die Zeichnungen werden jedem, der Verständnis für die unfreiwillige Transfierung des deutschen Ueber-Patriotismus besitzt, ein vergrößertes Viertelstündchen bereiten, zumal es, um die Bilder in ihrer Eigenart zu verstehen, nicht nötig ist, den langweiligen Wälwschen Redetext mit in Kauf zu nehmen.

Proteste gegen die Wahl des Genossen Jubel.

Wegen die Wahl des Genossen Jubel sind drei eigenartige Proteste eingelaufen. Ein Kaufmann Hofendäuser rügt, daß ein im Konkurs befindlicher gewählt habe und daß in Schöneberg etwa sechs Wähler außerhalb der Hölzerzelle den Stimmzettel in das Wahllokal gesteckt haben. Daraus zieht der Protestheber den schäner Schluß: müßig muß die gesamte Wahl und die Wählerliste an bösen Mängeln gelitten haben. Der Mann mit dieser wunderlichen Logik betonte — zu welchem Zweck? — er selbst habe nicht gewählt, weil die Bürgerlichen sich in Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt haben. Die beiden anderen Proteste gehen vom konservativen und vom nationalliberalen Wahlverein aus. Sie rügen beide, daß die vom Regierungspräsidenten gelieferten Wahlurveys zum Teil schon Stimmzettel auf verschiedene im Jahre 1903 in der Grobing Brandenburg aufgestellte Kandidaten enthalten haben. Die Kuberteis mit zwei Stimmzetteln sind für ungültig erklärt. Da durch das einer Aufführung dringend bedürftige Versehen der Behörde in die Wahl hundert Wahlurveys 2 Stimmzettel sich vorhanden, Jubel aber 4306 Stimmen über die absolute Mehrheit erhielt, so glauben die Protestheber selbst wohl nicht ernstlich an eine Ungültigkeitserklärung der Wahl.

Der „Schmuckkasten des Hottentottenbloks.“ In der „Volkszeitung für das Puldental“ kommt Genosse Schöpplin auf die Gesichte vom Schmuckkasten des Hottentottenbloks zurück. Sein Gegenkandidat im 14. sächsischen Wahlkreis, der jetzige Reichstagsabgeordnete Liebert, hatte bekanntlich wahrheitswidrig im Reichstage behauptet, Schöpplin habe „unsre heilige nationale Schwärz-melhyrote Fahne“ mit diesem Ausdruck belegt. Nach nochmaliger kurzer Klarlegung des Falles schließt Genosse Schöpplin die von ihm unterzeichnete Erklärung mit den Worten:

„Ich muß an dieser Stelle antworten und den Reichstagsabgeordneten und königlich preussischen General v. Liebert, in Bezug auf die gegen mich gerichtete Vernehmung am 1. März dieses Jahres im Reichstage, für einen Lügner erklären.“

Ob der Generalissimus des Reichsverleumderverbandes darauf reagieren wird? —

Um einen Bürgermeisterposten.

Aus Offenbach a. M. schreibt man uns: Weit über das Reichbild unserer Mainstadt hinaus hat die Wiederbesetzung des hiesigen Bürgermeisterpostens einiges Aufsehen erregt, da der oberste Leiter der Kommunalverwaltung nach Ablauf seiner Amtszeit nicht wiedergewählt wurde, wie das sonst so üblich ist. Die aus Sozialdemokraten bestehende Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums beschloß, die Stelle auszukümbeln, da an eine Wiederwahl des bisherigen Oberbürgermeisters trotz seiner 45jährigen Tätigkeit nicht gedacht würde. Es war ein Akt der Selbsttötung, einem Mann das Vertrauen zu versagen, der an amtslichen Stellen mit Redrupf erlärte, verhindern zu müssen, daß die Geschäfte der Stadt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenmehrheit geleitet würden. Dieser oberste Leiter des Gemeinwesens hat einmal den größten Teil der Bürger in recht geschickter Weise beschimpft, indem er die Sozialdemokratie als eine Partei der Lüge und Verleumdung hinstellte.

Als der Beschluß gefaßt war, die Stelle auszukümbeln, veranstalteten die bürgerlichen Stadtväter und ihr Anhang eine „Entscheidungsrunde“, der schließlich als praktisches Ergebnis die Aufstellung einer Ergebnissadresse an den Abgeordneten und die Planung einer Savanade zur Folge hatte. Am 7. März fand nun die Wahl statt. Ein bürgerlicher Stadtvater, der als Hauptmatador der Nationalliberalen bekannte Seifenfabrikant Böhm nahm vor dem Wahlakt das Wort, um „sehzufellen“, der zu Wählende müsse sich darüber klar sein, daß er nur der Auserwählte einer Partei sei. Genosse Ulrich antwortete dem Herrn in gehärender Weise. Die Wahl, bei der außer zwei, sämtliche Stadtverordneten anwesend waren, hatte das Ergebnis, daß Dr. Dullo, Direktor des statistischen Amtes zu Königsberg, der auch in weiteren Kreisen durch seine Richtigstellung als Königsberger Stadtrat bekannt wurde und früher zum linken Flügel der Freisinnigen gehörte, mit 24 Stimmen gewählt wurde, 9 Stimmen fielen auf den bisherigen Oberbürgermeister, während die beiden besoldeten Beigeordneten welche Zettel abgaben. Geschlossen stimmte die sozialdemokratische Fraktion für Dullo, während die bürgerlichen ebenso geschlossen für ihren Kandidaten stimmten. Jetzt hat nun der Grobherzog das Wort, denn er hat in diesem Falle das Wahlstimmrecht auszuüben. Aber selbst die nationalliberale „Offenbacher Zeitung“ zweifelt an der Bestätigung Dr. Dullos nicht.

Staatsgefährliche polnische Volkarten.

Nach Bochum wird gemeldet: Ein hiesiger polnischer Arbeiter hatte eine Postkarte nach Bosen adressiert, auf der ein polnischer Adler aufgedruckt war. Die Post hat diese Karte der Polizei übergeben, die darauf in der Reklamation des hier

erschienenen polnischen Blattes, des „Biaru's Półsty“, eine Hausung abteilt, bei der etwa 350 solcher Karten gefunden und beschlagnahmt wurden.

Sozialisten sollen die freiwilligen Sanitätskolonnen und die freiwilligen Feuerwehren sein. Eine freiwillige Sanitätskolonne im Reich hat auf eine Anfrage, ob ein Mitglied, das in der Wahlbewegung öffentlich als Sozialdemokrat aufgetreten ist, noch länger in der Kolonne gebildet oder ausgeschlossen werden muß, vom Vorsitzenden des Zentralkomitees des Preussischen Landesvereins vom Roten Kreuz die Anweisung erhalten, den Mann rauszuschmeißen.

Die freiwillige Feuerwehr zu Schleich zählt zu ihren Mitgliedern eine Anzahl Parteigenossen, die tapfer und brav bei jedem Brande bemüht waren, ihre Pflicht zu erfüllen. Da sie keine andere Zeitung wie ihr Parteiblatt, die „Tribüne“, lesen, stellten sie den Antrag, die Bekanntmachungen des Feuerwehrvereins auch der „Tribüne“ zugehen zu lassen. Und was war die Antwort auf diesen Antrag? Vorstand und Ausschuss beschloßen den Ausschluß der sozialdemokratischen Feuerwehrmänner.

Ein Sozialdemokrat darf also weder als Mitglied einer Sanitätskolonne einem verurteilten Mitmenschen Hilfe leisten, noch als freiwilliges Feuerwehrmitglied ein brennendes Haus löschen. Diese Begründung der „nationalen“ Gesinnung mit rein menschlichen Lebenswerten ist so blöde und lächerlich, daß sich jedes Wort der Kritik erübrigt.

Richtiger Gerichtliches.

Wie leicht ein Referat zu einer Anklage wegen Widersehung kam, zeigte eine Verhandlung vor dem Chemnitzer Kriegsgericht. Von vornherein sei bemerkt, daß Widersehung mit Strafe nicht unter sechs Monaten Gefängnis bestraft wird. Wegen verspäteter Meldung seiner Ueberlieferung von Leipzig nach Chemnitz wurde der Referat J. mit einer Mark Geldstrafe belegt. Deshalb fühlte sich J. beschwert, setzte sich hin und schrieb einen höflichen Brief an das Bezirkskommando, in dem er schloß, daß er sich an eine höhere Instanz wenden werde, wenn die Mark Strafe nicht zurückgenommen würde. Durch diesen Vorlauf sollte er nach der Anklage als Person des Verlaubensstandes es unternommen haben, einen Vorgesetzten zu veranlassen, eine dienstliche Handlung zu unterlassen. Vor Gericht erklärte er, so etwas habe ihm ganz fern gelegen. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß der Schlußsatz losgelöst von dem sonstigen Inhalt des Briefes, wohl den Eindruck der Widersehung machen könne; es müsse aber der ganze Inhalt der Beurteilung zugrunde gelegt werden, und da falls diese zugunsten des Angeklagten aus. Der Vertreter der Anklage hatte diese aufrecht erhalten, obwohl er selbst zugab, daß das Vorgehen des Angeklagten in großem Mißverhältnis zu der Mindeststrafe stehe.

Husland.

Belgien.

Der Bergarbeiterschut.

In der belgischen Kammer hat die Idee des Achtstundentages in den Kohlengruben in der Sitzung vom 7. März einen ersten Sieg errungen. Seit 4 Wochen dauert die Diskussion über die Einführung der achtstündigen Schicht in den Kohlenbergwerken des Landes. Vor 2 Jahren wurden bekanntlich die Kohlenfelder der Campine entdeckt. Anstatt aber daß die Regierung diesen Kohlenreichtum im Interesse der Allgemeinheit, d. h. von Staats wegen ausgebeutet hätte, lieferte sie ihn dem Privatkapital aus. Millionen sind von den belgischen Finanziers schon „verdient“, noch ehe der erste Spatenstich getan ist. Die Kammer stand, wie wir seinerzeit mitteilten, vor bedenklichen Tatsachen. Die sozialdemokratische Fraktion und mit ihr ein Teil der Demokraten unternahm nun einen Vorstoß, um wenigstens den Arbeitern in den neu zu eröffnenden Kohlengruben günstigere Arbeitsbedingungen zu sichern. Mit ihnen gingen auch einige von der „jungen Rechten“ unter der Führung Helleputtes. Rahezu 4 Wochen hat jetzt die Redebeschlacht gedauert. Als Verteidiger des Achtstundentages traten unsere Genossen Hektor Denis, Vandervelde und der Bergarbeiter Kanjard sowie der Katholik Helleputte auf, die in glänzenden Reden für den Achtstundentag eintraten und alle Bedenken widerlegten.

Nachdem der Kampf beinahe 4 Wochen hin und her getwog hatte, war in der Tat nichts Neues mehr zu sagen. Am liebsten hätte die Regierung die Diskussion noch weiter in die Länge gezogen, um Zeit zu gewinnen, aber ihre Obstruktion blieb erfolglos; die Linke erzwang den Schluß der Debatte, und es begannen die Abstimmungen: Zunächst wurde über den Antrag der die Einführung der Achtstundenschicht für sämtliche Kohlenfelder Belgiens fordernd, abgestimmt; seine Ablehnung erfolgte mit großer Majorität. Für ihn stimmten nur die Sozialisten. Ebenso unterlag der Antrag P e p i n, wonach der Achtstundentag in den Kohlenfeldern der Campine eingeführt werden soll, und zwar mit 33 gegen 93 Stimmen. Hierauf gelangten die Zusatzanträge Denis-Vandervelde zur Abstimmung. Die Zusatzanträge gehen dahin: So lange die Arbeitsverhältnisse in den Kohlengruben des Nordens (Limburg und Antwerpen) durch andere gesetzliche Bestimmungen nicht geregelt sind, darf die Arbeitszeit inklusive der Ein- und Ausfahrt 10 Stunden nicht überschreiten. Für diesen Satz stimmten 68 gegen 50 bei 7 Enthaltungen. Der weitere Zusatzantrag, wonach die Arbeitszeit für die Häuser auf 8 Stunden festgesetzt wird, gelangte mit 60 gegen 53 bei 10 Enthaltungen zur Annahme. Dieses Resultat wird von den Verteidigern des Achtstundentages mit großem Jubel aufgenommen und die Minister machen lange Gesichter. Mit der Regierung stimmten die Doktrinären. Arm in Arm mit den Alerikalen, die sie sonst auf das heftigste bekämpfen und als die größten Feinde des Kulturfortschrittes bezeichnen. Hier aber, wo es gegen die Arbeiter ging, waren sie alle ein Herz und eine Seele.

England.

Die Resultate der Grafschaftwahlen.

London, 5. März. (Fig. Ver.)

In unserer Korrespondenz vom 3. dieses Monats über die „Londoner Grafschaftwahlen“ haben wir die Leser auf die kommende Niederlage der Progressiven vorbereitet. Seit Einführung des Grafschaftsrates im Jahre 1889 waren jene ununterbrochen am Ruder, und man dachte, London werde ihnen nicht mehr unterworfen werden. Die Progressiven sind nicht revolutionäre, nicht „abstoßend“. Sie zählen in ihren Reihen gewiegte praktische Sozialpolitiker wie Sidney Webb, John Burns, Graham Wallas. Sie waren es bemüht, nach bestem Wissen und Können ihren Mitbürgern zu dienen und alle Klippen zu vermeiden. Und dennoch kam die Niederlage, noch dazu mit einer Vollständigkeit, die sowohl die Sieger wie die Besiegten überraschte. Ganz wie in Deutschland. Es ist in der Tat unmöglich, an die Grafschaftswahlen zu denken, ohne die deutschen Wahlen zu erwähnen. Aber in London kann man den Progressiven nicht nachsagen, daß ihre Niederlage einem „Dresden“ oder „revolutionären Phrasen“ geschuldet wäre. Sidney Webb, Graham Wallas, John Burns sind wahrhaftig keine Marxisten. Und dennoch mußte Webb, der bis jetzt stets ohne Gegenkandidatur blieb, schwer um sein bedrohliches Mandat ringen. — Graham Wallas, ein früherer Fabier und hervorragender Schulmann, unterlag! Und in Battersea, in John Burns' Wahlkreis, siegte nur ein Progressiv, statt zwei wie bisher.

Welches ist die Ursache dieser Niederlage? — Die Verheerung der Kleinbürger, die Heranziehung der bisherigen Nichtwähler, die krupellose Ausbeutung von Jährlingen, welche die Progressiven begangen hatten. Diese Arbeit leisteten gedungene Wanderredner und die gelbe Presse, die kapitalistische Organisation der Feinde der Sozialpolitik, die vom Grundbesitz und von den Unternehmern finanziert wurde.

Der Leitartikel der „Daily News“ über die Wahlen liest sich wie ein Artikel des „Vorwärts“ nach dem 25. Januar. „Die Progressiven“, so sagt das progressivste Organ, „haben tüchtig gelämpft. Noch nie wurde in ihren Reihen mehr Aufopferung und mehr Enthusiasmus gezeigt, als in diesem Wahlkampfe. Gegenüber einer Gegnerschaft, die über unbegrenzte Mittel verfügte, vertrauten die Progressiven aufs gemeine Volk. Und das gemeine Volk folgte ihrem Rufe. Sie haben an vielen Stellen sehr bedeutende Stimmengänge auf sich vereinigt — die Zunahme beläuft sich auf viele Tausende. Sie haben in allen Arbeiterdistrikten gesiegt, außer wo die Korruption allzu stark war. Trotzdem wurden sie überwunden durch die Partei der Nichtwähler, durch die Beamten, Buchhalter, kleinen Geschäftsleute und die reichen Klassen. Aufgeweckt durch die überhitzten Aufträge ihrer Zeitungen, säwärmten sie zu den Wählern und beachteten den Gemäßigten den Sieg. Der ganze breite Gürtel von West- und von Hampstead bis Mile-End im nordöstlichen Vogen — wählte Gemäßigte. Kein einziger Progressiv wurde im Westen gewählt. Nur die Arbeiterdistrikte Camberwell, Bethnal-Green, Victoria-Park, Lambeth, Deptford, Southwark und Kennington blieben den Progressiven treu. . . . Im Augenblick unserer Niederlage danken wir allen jenen Männern, die achtzehn Jahre lang uns ihre selbstlosen und unbestechlichen Dienste widmeten. Sie haben den Grundstein zu einer Reformpolitik gelegt, die wohl aufzuheben, aber nicht zerstört werden kann. Diese 18 Jahre haben Geschichte gemacht. Und wenn wir uns in dieser dunkeln Stunde vor dem Sturm beugen, so geschieht dies mit dem Entschluß, dem Kampfe nicht auszuweichen. Unser Banner wird uns wieder zu Siegen führen.“

Die „Daily Chronicle“ besagt vor allem den Verleumdungsfeldzug gegen die Progressiven. Ferner, daß die Weisheit des Grafschaftsrates für Fehler verantwortlich gemacht wurde, welche die einzelnen Gemeinden begangen haben. Die Furcht vor dem Sozialismus — heißt es weiter — habe ebenfalls viel zur Niederlage beigetragen.

Das neue radikale Wochenblatt „The Nation“, das sehr gut geleitet ist und für welches Genosse Bernstein aus Berlin korrespondiert, bemerkte am Vorabend der Wahl: „Die Verleumdungen gegen die Progressiven gleichen einem Schneegestöber: die einzelne Schneeflocke schmilzt zwar bei der geringsten Berührung, aber ein Sturm von Schneeflocken kann uns alle blind machen.“

Im großen ganzen scheinen sich aus den Grafschaftswahlen folgende Lehren zu ergeben: daß man die Wähler organisieren muß und daß die Kleinbürgerlichen Elemente unüberwältig sind.

Finnland.

Das Vereinsrecht ist in der finnländischen Verfassung im allgemeinen anerkannt. Das Vereinsgesetz, das in der letzten Session des letzten Landtages zustande gekommen ist, fand jedoch weder die Billigung des Generalgouverneurs noch die des Zaren, der die Genehmigung des Gesetzes ablehnte. Dem neuen Landtag, der Mitte dieses Monats auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt wird, soll ein neuer Entwurf vorgelegt werden.

Was dem Generalgouverneur und dem Zaren an dem Gesetz mißfallen hat, war der § 3, der besagt, daß militärisch organisierte Vereine, die zur Erfüllung ihrer Zwecke Schusswaffen gebrauchen, nur mit Genehmigung des Senats gegründet werden dürfen. Nach der Regierungsvorlage sollte der Paragraph so lauten, daß alle Vereine, die Schusswaffen gebrauchen, also auch nicht militärisch organisierte Schützenvereine, Jagdclubs usw., nur nach Genehmigung des Senats und des Generalgouverneurs gegründet werden dürfen. Es war also die Furcht vor benachteiligten Organisationen, woran das Vereinsgesetz scheiterte.

Nebrigens hat die Reaktionspresse in Rußland in letzter Zeit wieder einmal eine verbrecherische Hetze gegen Finnland eröffnet, dessen nun gewonnene demokratische Verfassung ihr natürlich ein Greuel ist. Sie behauptet freiz und fest, daß Finnland zu einem gewaltigen Aufstand gewickelt sei, um die russische Oberhoheit zu beseitigen. Das ist jedoch nichts als Lüge, darauf berechnet, die russische Regierung anzureizen, Truppen nach Finnland zu senden und dort das alte Schredensregiment wieder einzuführen.

Hus Industrie und Handel.

Erbarmen mit den Armen.

Ueber den Rechnungsabluß der Gewerkschaft des Steinkohlen- und Eisensteinbergwerks Caroline bei Holzwickeda berichtet die „M. B. Ztg.“:

Im Jahre 1906 wurden bei einer Belegschaft von 556 Arbeitern und 178 801 verfahrenen Schichten 154 537 Tonnen gefördert (gegen 127 500 Tonnen bei 553 Mann Belegschaft und 154 201 Schichten im Vorjahre); sie stellt sich somit mit 27 037 Tonnen = 21,2 Proz. höher. Die Förderung von 154 537 Tonnen abzüglich des Selbstverbrauchs von 9231 Tonnen mit 145 306 Tonnen gelangte zum Absatz, letzterer überstieg den Absatz mit 17 540 Tonnen gleich 13,7 Proz., wofür eine Abgabe an das Rhein-Westf. Kohlen-Syndikat nicht zur Erhebung kam. Bei der Gegenüberstellung verschiedener Berichtspunkte gegen das Vorjahr ergibt sich folgendes: Die Förderung pro Arbeitstag betrug 507 (418) Tonnen, die Bruttoerzeugung 33 995 (26 721) Tonnen, die Leistung pro Mann und Schicht 0,864 (0,826) Tonnen. Die Selbstkosten pro Tonne betragen 8,50 (9,05) Mark. Der Verkaufspreis für abgesetzte und brüretierte Kohlen nach Abzug der Syndikatsumlage betrug 10,14 (9,75) Mark, desgl. für Brütts nach Abzug der Syndikatsumlage 11,63 (11,01) Mark, der Beitrag zur Knappschafft, Verursagenossenschaft und Reichsversicherung 51 731 (42 654) Mark. Beitrag für desgl. pro Kopf der Belegschaft und Jahr 91,40 (77,13) Mark. Die im Vorberichte mit 50 Pf. pro Tonne veranschlagte Preiserhöhung ab 1. April 1906 tritt im Jahresdurchschnitt nur mit 39 Pf. pro Tonne = 4 Proz. in Erscheinung, da für das erste Quartal noch die früheren Preise in Geltung waren, und erhöhte somit die Einnahme um zirka 57 000 Mark. Dieser Betrag reichte jedoch nicht aus, um die von 4,02 auf 4,42 Mark = 40 Pf. pro Schicht oder 10 Proz. gestiegene Lohnverhöhung zu decken, welche 71 500 Mark ausmacht, so daß noch 14 500 Mark hierfür zugelegt werden mußten.

Nun muß man doch einsehen, wie die armen Papierarbeiter unter den hohen Löhnen leiden. Daß die Leistung der Arbeiter steigt, ist natürlich nur ein Verdienst der Aktionäre. Und noch eins: Immer wird behauptet, die Lohnverhöhung sei notwendig geworden wegen Steigerung der Selbstkosten. Was besagt aber der Bericht? Die Selbstkosten sind trotz der Lohnverhöhung um 55 Pf. pro Tonne gefallen. Verminderte Selbstkosten und Preissteigerung machen das Gummichen von rund 145 000 Mark aus. Und da sucht man noch den Anschein zu erwecken, als ob die Aktionäre zulegen müßten.

20 Millionen Mark Gewinn aus Grundstücksgeäften.

In der Generalversammlung der Neuen Voden-Alten-Gesellschaft in Berlin verlangte ein Aktionär nähere Auskunft über die neuen Geäfte der Gesellschaft an Grundstücken, Effekten und Kreditgeäften in Höhe von zirka 2 807 000 Mark. Die Beantwortung der

Frage wegen der neuen Geäfte wurde als nicht im Interesse der Gesellschaft liegend abgelehnt. Ferner wurde festgestellt, daß aus neuen Geäften zirka 7 Millionen Mark, an der Realisierung aller Geäfte 18 400 000 Mark in sechs Jahren verdient worden seien. Hieron seien 12,8 Millionen Mark an Dividenden, zirka 1 Mill. Mark für Fünftionen vorausgibt worden, und 744 000 Mark seien in Reserve gestellt. Nicht verteilt seien zirka 2 850 000 Mark, die eine jederzeit greifbare stille Reserve bilden. Sodann erklärte die Direktion, daß die Gesellschaft nun die Alleinherrschafft über die Grundstücke besitze und sei man in der Lage die Objekte günstiger zu bewerten. Aus diesem Grunde dürfte die Situation günstiger als bisher anzusehen sein. Die Dividende beträgt 8 1/2 Proz. und ist sofort zahlbar.

Deutsche Bank. Bei einem Gewinnvortrage von zirka 1 Million Mark stellt sich der Reingewinn der Bank auf 31 740 189 Mark und geht damit um hart 2 Millionen Mark über das vorjährige Ergebnis hinaus. Die Aktionäre erhalten 12 Proz. Dividende.

Vom Käse- und Krautmarkt. (Vom Niederreicht, den 8. März 1907.)

Nachdem im Laufe des verfloßenen Monats das Käsegeschäft am Niederreicht sowohl als auch in Holland sehr lebhaft sich gestaltet, ist zu Anfang dieses Monats ein Rückschlag eingetreten. Allgemein wird über Mangel an Aufträgen geklagt. Dieser Rückschlag ist allerdings auf die seitens der Landwirte und Volkereien gestellten außerordentlich hohen Preise, namentlich für bessere Qualitäten zurückzuführen. Die Lädenbesitzer sind dadurch gezwungen, ebenfalls hohe Preise zu nehmen, wodurch der Verbrauch selbstredend wesentlich beeinträchtigt wird. Im Kreise Rees-Clebe und Mors waren die Preise folgende: Erste Sorte Stall- und Volkereikäse, vollwertig und schnittreif, 81-85 Mark, etwas kleinere Brote in gleicher Qualität 74-78 Mark, gute Mittelorten 68-72 Mark, geringere und kleine Brote 61-65 Mark. Edamerkäse, rötlich, 60-75 Mark, je nach Qualität. Im Kreise Kempen dagegen erbrachte Stallkäse, 1/2-3/4 fett, 50-52 Mark, 54-56 Mark. Ragerkäse 46-48 Mark. Auf den holländischen Märkten sind die Käsezufuhren anhaltend unbedeutend. Vielfach hiesigen solche diese Woche vollständig aus. In Badegraven, dem Hauptabgabepunkt, kostete Graskäse vollwertig, aber frisch, erste Sorte 31,50-33 Gulden, zweite Sorte 29-30 Gulden, ausgefacht große Brote 34-36 Gulden, Edamerkäse (Kugel) 29-35 Gulden, je nach Qualität. In Gonda waren nur etwa 15 Wagen angefahren, die Preise waren ziemlich die gleichen, dagegen kamen in Soerolen nur 8 Partien an den Markt, welche zu 31-34 Gulden schnell Käufer fanden. Im allgemeinen war das Geschäft, wenigstens soweit die Ausfuhr nach Deutschland in Betracht kommt, sehr schleppend, wozu der hohe deutsche Eingangszoll (30 Mark pro 100 Kilogramm) wesentlich beiträgt. Uebrigens sollen weit über 100 holländische Käseexporteure an die Reichsregierung eine Eingabe auf Herabsetzung des deutschen Eingangszolles gemacht haben. Helsen wird es nichts. Das Krautgeschäft ist mit Rücksicht auf die anhaltend hohen Butterpreise sehr lebhaft und dürften die Preise, da die Vorräte knapper werden, bald steigen. Im Großhandel kostet das Rübentkraut 11-12 Mark, Apfelfkraut garantiert rein 38-42 Mark, gute Mittelorte 30-35, geringeres 25-28 Mark. Alle Preise verstehen sich für 50 Kilogramm ab Verladeplatz, Kraut auch einschließlich der Verpackung, dagegen Käse aus Holland bezogen, ohne Spesen und Verpackung.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auf vierte Beilage.)

Achtung, Arbeiter und Bauarbeiter!

Die Firmen Müller, Kochstraße, Bauten Wilmerdorf, Mainzerstr. 23, Westend, Häselstr. 1-4 und 10, Charlottenburg, Steimplatz 4; Kreide, Steglitzerstraße, Bau von der Heidestraße 12 (Harz u. Leper); Luz, Reiningersstraße, Bau Nixdorf, Treptowerstraße, Ede Weferstraße (Taumelstr. Hölz); Schmidt, Charlottenburg, Kirchstraße, Bauten Charlottenburg, Suarezstr. 3 (eigener Bau), Steglitz, Schloßstr. 32 (v. d. Smitten); Kahn, Lützowstraße, Bauten Hildebrandstr. 10 (Privatstraße); Charlottenburg, Ede Kaiser Friedrichstraße, sind für Arbeiter geperret. Verbandsleitung der Tapezierer.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Streik in den Pariser Elektrizitätswerken.

Paris, 9. März. (B. Z. V.) Das Syndikat der Gasarbeiter wird heute abend in der Arbeitsbörse eine Versammlung abhalten, um zu dem Streik der Elektrizitätsarbeiter Stellung zu nehmen. Im Stadhaus ist das Gerücht verbreitet, daß auch die Gasarbeiter in den Aufstand treten wollen. Bei der Gasgesellschaft ist von einer solchen Absicht ihrer Arbeiter nichts bekannt. Die ausländischen Elektrizitätsarbeiter tragen große Unzufriedenheit zur Schau. Ein Mitglied des Syndikats erklärte einem Berichterstatter: Wenn sich die Gasarbeiter uns anschließen, dann sind wir die Herren der Situation. In der heute nachmittag in der Arbeitsbörse abgehaltenen Versammlung der Elektrizitätsarbeiter wurde die Fortsetzung des Ausstandes bis zum Neuesten beschlossen und gegen die angeblich geplante Verwendung von Militär in der Elektrizitätsstation scharf Einspruch erhoben. Ein Vertreter des Gesamtverbandes des Syndikats gab die Versicherung, daß die Absicht der Gesellschaft, ausländische Arbeiter heranzuziehen, scheitern werde. Die meisten Theater werden auch heute geschlossen bleiben. Die meisten Abendblätter sind mit starker Verspätung, einige gar nicht erschienen.

Paris, 9. März. (B. Z. V.) Zahlreiche Großausläufer, Industrielle und Theaterdirektoren begaben sich im Laufe des Nachmittags auf das Rathaus, um sich zu erkundigen, welche Maßnahmen die Verwaltung zu ergreifen gedenkt, um den nachdringlichen Folgen des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter abzuwehren. Der Kammerpräsident des Seinepräfecten erklärte, es sei unmöglich, die Dauer des Ausstandes vorherzusehen, doch erwäge man, mit welchen Mitteln ihm entgegenzuarbeiten sei. Es kamen auch Vertreter der Ausständigen am Nachmittag auf das Rathaus; sie wurden von einem Vertreter des Präfecten empfangen und von diesem lediglich aufgefordert, von den gestern im Gemeinderat gehaltenen Reden Kenntnis zu nehmen.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris, 9. März. (B. Z. V.) Die meisten Forderungen der ausländischen Elektrizitätsarbeiter, besonders die bezüglich der Pensionen, sind bewilligt worden; die Ausständigen haben deshalb beschlossen, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen. In dieser Nacht wird also der elektrische Betrieb noch nicht funktionieren.

Die Genidstarre.

Lebz, 9. März. (B. Z. V.) Hier sind drei Fälle von Genidstarre vorgekommen.

Ueberfall auf einen Geldtransport.

Rutais, 9. März. (B. Z. V.) Heute früh wurden gegen einen Wagen, in dem ein Rentieroffizier in Begleitung von einem Rentierbeamten und zwei Polizeibeamten einen Geldtransport ausfuhrte, von Unbekannten drei Bomben geworfen und mehrere Revolvergeschüsse abgefeuert. Der Rentierbeamte, der Kausier und beide Polizeibeamte sind getötet, der Kausier und vier andere Personen verwundet. Das Geld im Betrage von 15 000 Rubeln wurde gerettet; die Täter sind entkommen.

Reichstag.

14. Sitzung vom Sonnabend, den 9. März, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Pofadowsky, Caspar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung und teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß er beabsichtigt, auf dem Grabe des Ministers v. Bötticher im Namen des Reichstags einen Kranz niederzulegen. Der Reichstag ist damit einverstanden.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bilden die Interpellationen Albrecht u. Gen. (Soz.) und Abrah u. Gen. (fr. Sp.) betr. Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in Preußen.

Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt Graf Pofadowsky, der Reichsanzler werde demnächst mitteilen, an welchem Tage er bereit ist, die Interpellationen zu beantworten.

Es folgt die Interpellation der Abgeordneten Trimborn u. Gen. (Z.), worin erkundigt wird, ob im Laufe dieser Session Vorlagen zu erwarten sind, 1. betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, 2. behufs Einführung des sogenannten Kleinen Befähigungsnachweises, 3. behufs Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und 4. zur Herabsetzung der Arbeitszeit in Fabriken für Arbeiterinnen auf höchstens 10 Stunden. Zweitens wird gefragt, ob der Reichsanzler in der Lage ist, nähere Mitteilungen zu machen über Organisation, Umfang und Aufgaben der vom Grafen Pofadowsky am 30. Januar 1904 in Aussicht gestellten Arbeitskammern, sowie über den Zeitpunkt, bis wann eine bezügliche Vorlage zu erwarten ist.

Graf Pofadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält der

Abg. Trimborn (Z.):

An positiven Leistungen hat der vorige Reichstag nur das Gesetz über die Kaufmannsgerichte aufzuweisen. Das ist nicht seine Schuld, sondern liegt teils an der mangelnden gesetzgeberischen Initiative der verbündeten Regierungen, teils an der vor der Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorlagen erfolgten Auflösung. Jetzt liegt eine neue Situation vor; die Wirkung der neuen Mehrheitsverhältnisse auf sozialpolitischem Gebiet sind noch keineswegs geklärt. Von offiziellen Grundgedanken haben sich zwei, die Thronrede und die des Reichsanzlers, mit der Sozialpolitik beschäftigt. Es könnte der Gedanke entstehen, daß die Abgabe des Reichsanzlers an das Zentrum auch eine Abgabe an die bisherige Sozialpolitik, deren Führung in der Hand des Zentrums lag, bedeuten sollte. Weder der Reichsanzler noch die Thronrede hat das Gesetz über die Berufsvereine erwähnt. Aber wir verlassen uns auf Herrn Wassermann, der die Dringlichkeit eines modernen freihändlerischen Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine anerkannt hat. Es scheint so, als ob die Regierung angesichts der Kritik, welche die erste Vorlage gefunden hat, überhaupt auf eine Neueinbringung verzichtet will. Davon kann aber keine Rede sein, die verbündeten Regierungen müssen bezüglich dieses Punktes Farbe bekennen; auf dieser Bahn gibt es kein Zurück mehr. (Bravo! im Zentrum.) — Was den Kleinen Befähigungsnachweis angeht, so hat Graf Pofadowsky schon im November erklärt, es werde in den nächsten Tagen eine Vorlage dem Bundesrat zugehen. Jetzt hört man nichts mehr davon. Hat der Herr Reichsanzler etwa Furcht bekommen vor seinen lieben Freunden, den Herren Freiwirtschaftlern? (Heiterkeit im Zentrum.) Für die Arbeitskammern kämpfen wir seit dem Februarerlassen, seit mehr als 16 Jahren. Der Reichstag hat sich mit großer Mehrheit für die Einrichtung von Arbeitskammern ausgesprochen. Wir fragen den Anzler, wie er sich des Verhältnisses der Berufsvereine zu den in Aussicht gestellten Arbeitskammern denkt. Auch die Linke, in deren Mitte jetzt ja Herr Kaumann sitzt, muß förmlich nach einer fortschrittlichen Sozialpolitik lechzen und ihre Wünsche in einer konkreten Darlegung bestimmter Programmpunkte kund tun. Aber was auch die Regierung und die Linke erklären mögen, wir werden an der bisherigen Sozialpolitik unentwegt festhalten, sowohl in ihren Richtlinien, als im Tempo. Wenn man und darin noch übertrumpft, kann es uns nur recht sein. Uns kommt es lediglich darauf an, daß überhaupt etwas Positives geschieht. (Bravo! im Zentrum.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort

Staatssekretär Graf Pofadowsky:

Aus den bisherigen Grundgedanken der Regierung geht hervor, daß sowohl der Herr Reichsanzler wie selbstverständlich auch die verbündeten Regierungen fest entschlossen sind, die Sozialpolitik fortzusetzen. Ob wir Sozialpolitik betreiben sollen oder nicht, darüber sind die Ansichten ja verschieden. Es gibt einen Stand auch in Deutschland, der, wenn auch in verschleierter Form, sich in der Offenheit bisweilen dagegen erklärt und der, wenn er ganz das, was er in seinem Herzen denkt, ausdrücke, vielleicht erklären müßte: Die Sozialpolitik war ein verhängnisvoller Schritt, der Kräfte in der Welt wird sich behaupten, der Schwache muß untergehen, für ihn muß nur das Notwendige durch die Armenpflege geschehen, es liegt in der Sozialpolitik für die Kraft eines Volkes etwas Entwerdendes, eine Anzahl Staaten haben sich auf den Weg der Sozialpolitik noch nicht begeben, diese Staaten sind besser daran, wie diejenigen, die Sozialpolitik treiben. In dieser klaren und schroffen Form äußert man sich aber nicht, man erklärt vielmehr, man ist für Sozialpolitik, bekämpft jedoch jeden einzelnen Schritt auf diesem Gebiete. (Sehr gut! im Zentrum.) Auf diesem Standpunkt sieht nicht der Herr Reichsanzler, stehen nicht die verbündeten Regierungen. Ein Volk, das in diesem Maße in der Volksbildung fortgeschritten ist, stellt höhere Ansprüche auch an seine Lebenshaltung. Und deshalb kann ein Volk von der Kulturhöhe des Deutschen die Sozialpolitik nicht aufhalten, trotz aller stillen und offenen Gegner. (Bravo!)

Der Herr Redner hat appelliert an die Neuperungen des Herrn Reichsanzlers. Nun, der Herr Reichsanzler hat in großen Zügen während des Wahlkampfes und hier in diesem Hause seinen politischen Standpunkt entwickelt. Sie können aber nicht verlangen, daß der leitende Staatsmann bei dieser Gelegenheit auf Einzelheiten der Gesetzgebung eingeht, umsoweniger, da er selbstverständlich zwar solche Erklärungen abgibt in allgemeiner Fühlung mit der Stimmung der verbündeten Regierungen, aber doch den verbündeten Regierungen in bezug auf einzelne Gesetze, die erst noch im Bundesrat zu beraten sind, nicht vorzuziehen kann. Die Erklärungen des Herrn Reichsanzlers waren also klar und vollkommen ausreichend. Nun sind wir aber jetzt beim Beginn der Session mit einem — verzeihen Sie mir den Ausdruck — wahren Sammelsturz von Anträgen überschüttet worden (Sehr richtig! rechts), und wenn man praktische Politik treiben und vorwärts kommen will, halte ich es für praktisch und verständlich, einzelne große Aufgaben herauszugreifen und sich mit denen wirklich ernst zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Dann kommt man meines Erachtens weiter wie durch zahllose Anträge. Ich werde mich deshalb auf die ganz bestimmten Anfragen der Interpellation in ganz bestimmter knapper Form äußern.

Von dem Berufvereinsgesetz kann ich aus vollster innerer Überzeugung sagen, es war wie Maria Stuart besser wie sein Auf. (Heiterkeit und Aufhe bei den Sozialdemokraten: Hal! hal!) Ich habe selbst gefunden — und das ist meine innerste und ehrlichste Überzeugung — daß kein Gesetz in seinen Absichten so mißverstandener worden ist wie dieses. Die Forderung auf Einführung

der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ging doch von der rechtlichen Grundlage aus, die zerstreuten Bestimmungen des B. G. B. zu beseitigen, ein anderes Verfahren einzuführen gegenüber dem Verfahren, welches die Rechtsfähigkeit in das arbiträre Ermessen der Verwaltungsbehörden stellte. Diese Forderung war in dem Gesetz ungewisslich erfüllt. Aber wie im Leben, so kommt auch in der Gesetzgebung manducumol der Appetit beim Essen. Nun knüpfte man an die Regelung des Rechts der Berufsvereine Forderungen, die früher nicht in Verbindung mit der Aenderung des B. G. B. erhoben waren, man wollte eine Regelung des gesamten Rechts der Gewerbevereine, man wollte eine Neuordnung des Koalitionsrechts, ja schließlich eine Regelung des gesamten Vereins- und Versammlungsrechts, Dinge, die auf einer wesentlich anderen rechtlichen Grundlage liegen. Man hat behauptet, das Gesetz über die Arbeitskammern soll sich aufbauen auf dem Gesetz über die Berufsvereine und man wolle an den Arbeitskammern nur die Arbeitergruppen beteiligen, die innerhalb der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ständen und so eine Art politischen Einfluß auf Umwegen ausüben. Diese Auffassung ist eine irtümliche. Das Gesetz über Arbeitskammern sollte nach der Ansicht der verbündeten Regierungen nicht aufgebaut werden auf dem Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, sollte mit diesem überhaupt in keinen inneren Zusammenhang gebracht werden. Damit fällt der Hauptangriffspunkt fort, der seinerzeit gegen das Gesetz über die Berufsvereine gerichtet ist. Ich würde es vielleicht für praktisch halten, um ganz unzweifelhaft dieses Mißtrauen zu beseitigen, wenn die verbündeten Regierungen sich erst einigten über das Gesetz über Arbeitskammern, dies einbrächten und dann erst in Erwägung treten darüber, ob und in welcher Form das Gesetz über die Berufsvereine wieder eingebracht werden soll. Was nun speziell dieses Gesetz betrifft, so ist es selbstverständlich, daß nach der Kritik, die es hier gefunden hat, die verbündeten Regierungen von neuem in Erwägungen eintreten werden, ob und welche Modifikationen an diesem Gesetz vorzunehmen sind und ob und wann es wieder eingebracht ist. Im jetzigen Stadium der Verhandlungen kann ich darüber keine Erklärungen abgeben. Bezüglich des Gesetzes über Arbeitskammern habe ich mich bereits mit den preussischen Ressorts in Verbindung gesetzt; kommissarische Verhandlungen stehen bevor, und soweit ich meine allgemeinen unverbindlichen Äußerungen kundgeben darf, nehme ich an, daß in der nächsten Session dem Reichstag ein Gesetz über die Arbeitskammern vorgelegt werden wird. (Bravo!)

Ich komme nun zu dem Entwurf über den sogenannten Kleinen Befähigungsnachweis. Dieser ist bereits in zwei Lesungen in den Ausschüssen des Bundesrats beschlossen worden, in allerhöchster Zeit findet die dritte Lesung statt, und ich glaube, daß sich der Bundesrat bald schlüssig machen wird. Ob und wann der Entwurf dem hohen Hause zugehen wird, wird lediglich von der Geschäftsloge des Hauses abhängen.

Ferner ist gefragt, wie es sich mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb verhält. Wegenüber den vielfachen Beschwerden aus den Kreisen der Interessenten und aus dem hohen Hause habe ich eine eingehende Prüfung des Gesetzes durch Sachverständige veranlaßt. Die Vernehmung von 34 Sachverständigen aus den verschiedensten Kreisen hat am 15. und 16. Februar im Reichsamt des Innern stattgefunden. Das sehr wertvolle Ergebnis jener Vernehmungen ist jetzt Gegenstand der Prüfung innerhalb des Reichsamts des Innern und innerhalb der verbündeten Regierungen. Daß große Mißstände bestehen, bezweifle ich nicht, bin aber absolut noch nicht in der Lage, eine bindende Erklärung abzugeben, in welcher Richtung diese Sachverständigen-Vernehmungen eine Grundlage für eine Aenderung des Gesetzes bieten werden.

Was ferner die Arbeitszeit der weiblichen Personen betrifft, so habe ich mich darüber schon früher geäußert. Ich bin der Ansicht, daß in einer Zeit, wo selbst die preussischen Staatsbetriebe generell zur neunstündigen Arbeitszeit übergehen, die elfstündige Arbeitszeit der Frauen nicht aufrecht zu erhalten ist. (Lebhaftes Bravo!) Der gesunde Körper der Frau, welche uns das künftige Geschlecht liefern soll, ist ein so wichtiger Faktor in unserem Volksleben, daß wir dieser Frage unser ernsthaftes Augenmerk zuwenden müssen. Ich bin mit dem preussischen Handelsminister darüber einverstanden, daß der zehnstündige Arbeitstag der Frauen eingeführt werden muß. Und ich hoffe, daß die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung dazu erteilen werden, daß diese Einführung erfolgt. Ich hoffe, daß in der nächsten Session eine Vorlage hierüber dem Hause zugehen wird. (Bravo!) Aber es wird notwendig sein, bei der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages eine gewisse Uebergangszeit zu schaffen, und gewisse Ausnahmen zuzulassen.

Zum Schluß möchte ich mir noch zwei Bemerkungen erlauben. Wir haben aus der vorigen Session noch ein großes Residuum (Mißstand) von Gesetzen, die teilweise das Kommissionsstadium überschritten haben und über welche in der Kommission bereits consensus omnium (allgemeine Uebereinstimmung) herrschte. Diese müssen unter allen Umständen aufgearbeitet werden. Ferner haben wir noch eine Menge gesetzgeberischer Fragen vor uns, die einer Lösung dringend bedürfen. Wenn aber unsere Gesetzesentwürfe nicht in dem schnellsten Maße vorrücken, wie es in den Kreisen der Interessenten gewünscht wird, so wird es vielleicht manchmal daran liegen, daß zu viel auf einmal verlangt wird, daß jeder, der daran interessiert ist, gleich einen Idealzustand der Dinge, wie er ihn sich denkt, herbeiführen will. Ich glaube, die Gesetzgebung wird mehr gefördert, wenn man mit Abschlagszahlungen vorlieb nimmt.

Damit komme ich zu der Aenderung des Herrn Reichsanzlers über das Vereins- und Versammlungsrecht. In der Reichsverfassung ist eine einheitliche Regelung dieses Rechtes zugesagt. Wenn jetzt der Herr Reichsanzler erklärt, daß er an eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts denkt, so hat er diese Erklärung mit der Vorsicht und der Zurückhaltung abzugeben und abgeben müssen, die er dem Bundesrat als der gesetzgebenden Körperschaft des Deutschen Reiches schuldig ist. Aber er hat damit doch ein Programm geäußert und erklärt, daß er eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes für notwendig hält, und diese Frage fördern werde. Das ist ein Fortschritt, und es ist nicht nur ein Versprechen, sondern diese Erklärung des Anzlers wird Gegenstand sehr ernster Verhandlungen zunächst innerhalb der Reichsressorts und der preussischen Ressorts sein. Aber sowohl auf sozialpolitischem wie auf allgemein politischem Gebiete müssen sich die Forderungen in den wirtschaftlich und politisch möglichen Grenzen halten. Wir haben gestern und vorgestern Mogen über die Zustände im Weinhandel gehört. Ich glaube, die Klagen sind teilweise etwas übertrieben. Heute und wiederholt schon haben wir Klagen über Nebelstände auf dem Gebiete des Ausverkaufswesens gehört; ferner Klagen über die Verschärfung der Nahrungsmittel. Gewiß muß die Gesetzgebung gegen solche Nebelstände einschreiten. Aber die Gesetzgebung kann das nicht allein. Pirimae leges, pessima respublica (Je mehr Gesetze, desto schlechter das Staatswesen). Die Gesetzgebung ist nur die äußere zwingende Form. Jeder muß in seinem Kreise dazu beitragen, Nebelstände zu bekämpfen, er muß mitwirken auf dem Gebiete der Hebung der Sittlichkeit, der Hebung von Treu und Glauben. (Zustimmung.) Selbstverständlich gibt es in einem großen Maße viele soziale Mißstände, aber sie dürfen nicht nur mit der Gesetzgebung bekämpft werden, sondern der verständige Sinn des Volkes und namentlich die Führung der gebildeten Kreise muß dazu mitwirken. (Zustimmung.) Was an mir liegt, was an den Reichsinstanzen liegt, wird geschehen, die großen Aufgaben, die hier berührt wurden, zu fördern. Ich bitte Sie aber, dann auch die Vorlagen mit Wohlwollen entgegenzunehmen, und sich in Ihren Wünschen auf das Mögliche zu beschränken. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dieber (natl.): Wir sind von den Ausführungen des Grafen Pofadowsky nicht überrascht, haben sie vielmehr für selbstverständlich gehalten. Abg. Trimborn hat offene Türen eingerannt; der neue Reichstag ist nicht weniger sozialpolitisch als der frühere, die Sozialpolitik ist niemals etwa eine Domäne des Zentrums gewesen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Aus der Schwächung der Sozialdemokraten haben die anderen Parteien die Lehre zu ziehen, zu beweisen, daß sie eine gute Sozialpolitik auch ohne die Sozialdemokraten machen können, wenn es not tut, auch gegen sie. (Sehr richtig!) Es gäbe gar keinen sicheren Weg, die Sozialdemokratie wieder zu stärken, als in der Sozialpolitik einer Parole des Stillstandes zu folgen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die augenblicklich wichtigsten sozialen Aufgaben liegen auf dem Gebiete der Organisation, Sicherung der Koalition, Ausbau von Tarifvereinbarungen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der dem vorigen Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hat eigentlich niemand befriedigt; immerhin wäre in der Kommission vielleicht ein brauchbares Gesetz daraus geworden. Ich würde es begrüßen, wenn die Regierung diesen Entwurf einer Umarbeitung unterzöge. Die Arbeiterorganisationen dehnen sich immer mehr aus, und das liegt in der Natur der Sache, daß sie zu Kampforganisationen werden. Diese Entwicklung wird weiter gehen, auch wenn die Gesetzgebung noch so sehr nachhinkt. (Sehr richtig!) Wir wünschen und hoffen, daß dem Reichstag möglichst bald ein freihändlerischer Gesetzentwurf über die einheitliche Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechts vorgelegt wird. In Preußen herrscht auf diesem Gebiete ein kleinlicher Polizeigeist, den wir bei uns im Süden nicht kennen. (Sehr richtig! links.) Sollte das neue Gesetz etwa in diesem kleinlichen Polizeigeist und Verschlechterungen der heutigen Zustände bringen, so würden wir in Würtemberg lieber unser partikulares Recht behalten. Ebenso dringend notwendig ist die Schaffung von Arbeitskammern, für die eine große Bewegung im Lande vorhanden ist. Eine Angliederung der Arbeitskammern an die Gewerbegerichte würde ich nicht für praktisch halten. — Für den Kleinen Befähigungsnachweis, der so gut wie einstimmig vom gesamten Handwerkerstand begrüßt wird, treten wir ein, ebenso für eine Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. — Was die gesetzliche Festlegung einer Normalarbeitszeit für Frauen anlangt, so kann ich konstatieren, daß die Ankündigung des Herrn Staatssekretärs, sie werde in kurzer Zeit erfolgen, von dem ganzen Hause mit lebhaftem Beifall begrüßt worden ist. Wir werden die Sozialpolitik fortführen, um die Arbeiter zu überzeugen, daß auf dem Boden des Klassenkampfes nichts für sie zu erreichen ist, sondern daß auch im Bürgerium sozialpolitisches Verständnis genug vorhanden ist. — Das wird das beste Mittel zur Ueberwindung der Sozialdemokratie sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Henning (L.): Den Angriff des Herrn Redners gegen Preußen kann ich nicht unwiderprochen lassen. Preußen hat sich bisher als rocher de bronze (eisernes Bollwerk) gegen den inneren und äußeren Feind erwiesen, und wer weiß, ob nicht einmal wieder die Zeit kommt, wo sich die Wellen der inneren und äußeren Revolution an Preußen brechen werden. (Bravo! rechts.) — Die Vorwürfe von leitender Stelle auf die stillen Feinde der Sozialpolitik glauben wir auf uns nicht beziehen zu brauchen. Wir sind uns bewußt, stets für die Förderung einer gesunden Sozialpolitik eingetreten sein. (Bravo! rechts.) — Das im vorigen Jahre vorgelegte Gesetz über die Berufsvereine hat eine annehmbare Grundlage. Das damals geforderte Koalitionsrecht für die Landarbeiter ist jedoch für uns unannehmbar. (Sehr richtig! rechts.) Mit den übrigen Forderungen der Interpellation sind wir im allgemeinen einverstanden. Wie die orientalische Frage nach dem Fürsten Bismarck nur etappenweise gelöst werden kann, so gilt dasselbe auch für die soziale Frage. (Bravo! rechts.)

Abg. Que (Soz.):

Der Herr Redner hat namens der Konservativen sein Einverständnis mit den angeführten Gesetzesvorlagen ausgesprochen. Da fiel mir unwillkürlich ein früheres Wort des Herrn Staatssekretärs ein, daß verschiedene Parteien in diesem Hause ganz anders aussehe, als wenn man sie im preussischen Landtag betrachte. Das trifft aber nicht nur auf die Konservativen zu, sondern darin sind ihnen die Nationalliberalen mindestens ebenbürtig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär richtete einen Appell an die Privatinitiative. Da möchte ich den Herrn Abg. Henning eruchen, seinen Einfluß in seinem Wahlkreise dahin auszuüben, daß die staubdichten Zustände in den Senftenberger Kohlengruben möglichst bald beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dieber sprach von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie und meinte, es soll jetzt bewiesen werden, daß nicht nur gegen, sondern auch ohne die Sozialdemokratie Sozialreform gemacht werden könne. Haben Sie aber nicht im vorigen Reichstag auch die gegenseitige Mehrheit gehabt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Solange der Reichstag besteht, haben doch die bürgerlichen Parteien die Mehrheit gehabt, aber sie haben nur Sozialpolitik gemacht, weil wir Sozialisten dazu angetrieben haben. (Widerspruch rechts.) Herr Dieber hat ja ausdrücklich gesagt, namentlich solle dem Volke bewiesen werden, daß auch ohne Sozialdemokratie etwas gemacht würde, d. h. es dreht sich alles bei der Sozialpolitik um die Sozialdemokratie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Besonders interessiert es mich, von Herrn Dieber die Frage zu hören, daß schon vor 17 Jahren in dem kaiserlichen Erlasse die Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern angeordnet worden ist, während dies Ziel bis heute noch nicht verwirklicht ist. Wer hat denn aber in den 17 Jahren die Mehrheit gehabt? Die Sozialdemokratie war doch immer nur in verschwindender Minorität. Wenn Sie ernstlich die kaiserlichen Erlasse verwirklichen wollen, dann können Sie es ja tun! Ich muß unwillkürlich an ein Sprichwort des Volkes denken: Es geht mit der bürgerlichen Sozialpolitik so langsam wie bei den Ochsen die Milch kommt, alle 17 Jahre einmal. (Große Heiterkeit.) Uebrigens sind uns früher noch andere Gesetze angeordnet worden, so die Krankenversicherung der Heimarbeiter, ein besserer Mindestlohn, die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Vielleicht gibt uns der Herr Staatssekretär auch Auskunft darüber, wie es mit diesen Gesetzen steht!

Nun sind auch hier wieder Gesetze zum Schutze der Handwerker verlangt worden. Die schlechte Lage des Handwerks ist von uns niemals bestritten worden, aber wir können nicht zugeben, daß Sie mit den vorgelegten Mitteln im Handwerkerstand wirklich helfen werden. Ich bin ja nicht in der glücklichen Lage, Mittergutbesitzer oder etwas Ähnliches zu sein, sondern mit Handwerkermeister die zusammen und weiß daher, wie diese Leute häufig in nur sehr elender Weise ihr Leben fristen. Ich empfinde es schmerzlich, wenn ich mit einem alten Handwerkermeister, der seine Selbständigkeit aufgeben mußte, zusammen bin und höre, wie er mir seine Lage darstellt und zugibt, daß viele Handwerkermeister, die sich noch selbständig nennen, wirtschaftlich viel schlechter gestellt sind, als mancher einigermassen gutbezahlte Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Sie sehen also, wir stehen auch dieser Handwerkerfrage wie allen sozialpolitischen Fragen völlig objektiv gegenüber. Wir können aber nicht anerkennen, daß mit dem Befähigungsnachweis irgend etwas dem Handwerkerstand geholfen werden kann. Die Klagen über den Niedergang des Handwerks, über das Auskommen von Fußhebern, sind ja uralte. Sie finden sich schon bei dem alten Sebastian Brandt in seinem „Narrenschiff“. Alle Verbordnungen, die im Laufe der Zeit in der Richtung des Befähigungsnachweises erlassen sind, haben an der Aufhebung des Handwerkerstandes nicht

geändert. Die Klagen über den Rückgang des Handwerks, über die Konkurrenz des Großkapitals gegenüber dem Handwerk sind nicht geringer, sondern stärker geworden. In Oesterreich besteht der Befähigungsnaachweis seit 1883, aber ich habe mich selbst überzegt, daß dort genau dieselben Klagen über den Rückgang des Handwerks und über die übermächtige Konkurrenz des Großkapitals zu hören sind wie hier. Dort sind 47 handwerksmäßige Gewerbe aufgeführt, für die der Befähigungsnaachweis besteht. Die Anträge Aldermann-Richtbilder, die im Jahre 1889 im Reichstage angenommen wurden, hatten sogar 67 solche handwerksmäßigen Gewerbe aufgeführt, für die der Befähigungsnaachweis verlangt wurde. Eine ganze Anzahl von diesen Berufen werden heute im überwiegenden Maße fabrikmäßig und großindustriell betrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Oesterreich hat der Befähigungsnaachweis vollständig schiefen Verlauf genommen, er hat sogar mehr geschadet, wie genutzt. Ein Sozialdemokrat schreibt darüber, daß er sogar die wirtschaftlich Schwachen von der rettenden Flucht aus der unheilbar gewordenen Selbsthülfslosigkeit hindere! Nach solchen Erfahrungen können Sie es uns nicht übel nehmen, wenn wir ähnliche Gesetzesvor schläge sehr kritisch betrachten. Wir weisen die im Wahlkampf so oft wiederholte Behauptung mit Entschiedenheit zurück, daß wir den Handwerkerstand schädigen oder gar vernichten wollten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht wir vernichten den Handwerkerstand, sondern das Großkapital. Wer die Verhältnisse aus der Praxis kennt, weiß, daß man heute vom eigentlichen Handwerk nur reden kann in kleinen Städten und auf den Dörfern. In den Industriebezirken ist der Handwerkermeister von heute in den allermeisten Fällen nichts anderes wie höchstens Zwischengewerbetreibender. Wir erfüllen einfach die Pflicht der Ehrlichkeit, wenn wir in dem Handwerkerstande nicht trügerische Hoffnungen erwecken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Jein Jahre lang verheißt Sie schon dem Handwerkerstande Rettung. In der vorigen Woche aber hat Herr Trimbom im Abgeordnetenhaus gesagt über die Teilnahmefähigkeit und Interessenslosigkeit der Handwerkerkreise gegenüber diesen Verordnungen. Auf eine Anfrage haben von 80 Innungen nur 40 geantwortet, auf eine andere von 85 Innungen sogar nur 5. Es ist hier viel die Rede gewesen von einem guten Nachwuchs für das Handwerk. Wie denken die Handwerker selbst über die Erziehung eines guten Gesellenstandes? Während des Düsseldorfster Streikereis stand in einem dem Handwerkerstande naheliegenden Blatt, die Innungen sollten ihr Augenmerk darauf richten, gute und tüchtige Arbeiter zu wahren, in die Organisationen einzutreten; und weiter, man solle die sogenannte Lehrlingszukunft nicht erschweren, sondern erleichtern. Mühen und 60 Bros. Pfuscher dadurch gezeugt werden, gerade die Pfuscher verhindern die Organisation der Gesellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um dem Handwerkerstande zu helfen, empfehle ich Ihnen andere Mittel. Zunächst sorgen Sie einmal dafür, daß den Arbeitern in kürzeren Fristen die Löhne ausbezahlt werden, denn was dem Handwerkerstande schädlich ist, ist das Vorzugsystem, zu dem die Arbeiter gezwungen sind, wenn die Löhne in langen Fristen ausbezahlt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter bitte ich Sie, sich doch anzusehen, was die Handwerkerkammern und die Zeitungen der Handwerker über die Verteuerung der Rohmaterialien und die Verteuerung dieser Verteuerung für das Handwerk schreiben. Und dann denken Sie daran, daß die Mehrheit des Reichstages es gewesen ist, welche durch die Zulassung dieser Verteuerung der Rohmaterialien ermöglicht, und die Bildung von Syndikaten und Ringen beschleunigt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fortwährend können Sie beim Schuhmacher und Schneider die Klagen über die Verteuerung des Leders und Leinwand hören, weil die Substrate, gefertigt durch den Zoll, höhere Preise fordern. Das wird Ende kommt eben beim kleinen Handwerksmeister nach, der mit der großen Fabrik nicht konkurrieren kann, die für die Warenhäuser liefert. Für eine Reihe von Handwerkern bilden Kunden ferner die kleinen Unterbeamten. Da wäre es auch für die Handwerker sehr gut, wenn diese Unterbeamten eine höhere Besoldung bekämen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn irgend ein Beamtenstand einen berechtigten Anspruch darauf hat, dann ist es, glaube ich, die große Zahl der Unterbeamten im Eisenbahn- und Postbetriebe mit ihrer schweren, verantwortungsvollen Arbeit und langen Arbeitszeit. Wollen Sie für die Handwerksmeister etwas tun, so sorgen Sie weiter dafür, daß ihnen soweit als möglich Kapitalien zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht helfen die Herren National-Liberalen der Regierung einen Fonds von mehreren Millionen zur Verfügung, aus dem die Regierung den Handwerksmeistern unrentable Darlehen zur Anschaffung von Maschinen und dergleichen geben kann. Das wäre wenigstens ein Mittel, den Rückgang des Handwerks zu verlangsamen. Jeder Handwerksmeister, welcher nachdenkt, sagt, was uns kaputt macht, sind nicht die Sozialdemokraten, sondern die Großkapitalisten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme auf die

Franenarbeit.

Vor 17 Jahren wurde ihre Einschränkung gefordert, und jetzt sagt der Staatssekretär, daß eine Vorlage hierüber erst zu erwarten ist. Und dieser Tage stand in einem Schachmacherblatt, mit der Sozialpolitik könnte nicht in dem bisherigen Automotiltempo fortgeschritten werden! Im Jahre 1877 wurde als Ergebnis einer Enquete über die Lage der Arbeiterinnen von der Reichsregierung mitgeteilt, daß eine 10-11stündige Arbeitszeit gefunden wurde, die in der Textilindustrie nicht selten bis zu 18 Stunden ausgebeutet sei. Heute, nach 30 Jahren finden Sie in den Verträgen der Gewerbeinspektoren, daß 10, 11 und 12stündige Arbeitszeiten, ja in dem Bericht aus Oberelsaß, daß 13stündige Arbeitszeiten angetroffen wurden, und bei einem Gewerbeinspektor aus Lippe, daß die Arbeitszeit bis zu 17 Stunden ausgebeutet sei. Das ist das Automotiltempo der Sozialpolitik. Der Minister, der nach am meisten Interesse für die Sozialpolitik des Reichstages hat, soll nach den Wünschen gewisser Kreise, die ihn unheimlich und niederträchtig angreifen, ein Minister gegen Sozialpolitik sein. Wenn diese verleumdenden und niederträchtigen Angriffe Erfolg hätten, so würde das für die deutschen Arbeiter wieder ein Beweis dafür sein, wie bei und die Sozialpolitik betrieben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist hier von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie gesprochen worden. Nun, bereits im Jahre 1877 haben Kuer, Vogel und Heilke einen Gesetzentwurf vorgelegt, worin der 10stündige Arbeitstag für Männer, der 8stündige für Frauen und jugendliche Arbeiter verlangt wurde. Der Erfolg Ihrer Sozialpolitik ist, daß heute nach 30 Jahren dieselbe Materie noch ungelöst der gesetzgeberischen Erlebigung harret. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unbedingt muß hier ein schnelleres Tempo eingeschlagen werden. Im Jahre 1900 waren 930 000 Frauen als Arbeiterinnen tätig. Im Jahre 1905 waren es bereits 1 077 000. Ganz besonders sind auch jugendliche unter 16 Jahren zur Arbeit herangezogen worden. Im Vergleich unter Tage sind noch 17 000 Frauen beschäftigt. Da erlaube ich doch den Herrn Kollegen Trimbom, seinen großen Einfluß, den er doch hat, auf die obersten Stellen Bergwerks- und Hüttenbetriebe auszuüben, um die Frauenarbeit im Bergbau abzuschieben. Denn wenn diese sie abschaffen, so ist sie in ganz Deutschland abgeschafft. (Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) In der chemischen Industrie sind 20 000 Arbeiterinnen beschäftigt. Hier hat sich der Nehmstundenlag ganz außerordentlich bemächtigt. Selbst kürzere Arbeitszeiten von 9½ und selbst 8½ Stunden sind eingeführt und haben sich bemächtigt. Sie haben nicht zu einer Verminderung der Produktion geführt. Da können wir doch, glaube ich, zumal nach dem Appell, den der Herr Staatssekretär an die Anhänglichkeit gerichtet hat, gar nichts Besseres tun, als diese anständigen Werke, welche die kürzere Arbeitszeit schon eingeführt haben, zu schützen gegen die Schmutzkonkurrenz der Unanständigen. (Lebhafteste Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Vom Jahre 1904 liegen Entschieden der Gewerbeinspektoren über die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Frauen vor. Damals hieß es, die Mehrheit der Gewerbeinspektoren habe sich dafür ausgesprochen. Nun, da dürfen wir doch wohl im Jahre 1905 schon eine Vorlage

darüber erwartet haben. Statt dessen ist sie auch heute noch in nebelhafte Ferne gerückt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Frage der Arbeiterkammern.

Sie haben in den Landwirtschaftskammern eine reine Interessensvertretung der landwirtschaftlichen Unternehmer geschaffen. Die Handelkammern sind eine reine Interessensvertretung der industriellen Unternehmer, die Handwerkerkammern eine reine Interessensvertretung für die Handwerker und Herr Trimbom hat die Schaffung von Detailhandelskammern, auch eine reine Interessensvertretung, verlangt. Da sollten doch gerade die Herren, die immer die Gerechtigkeit im Munde führen, auch den Arbeitern das Recht einer reinen Arbeitervertretung zugesprechen. Die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeiterkammern eingerichtet werden sollen, ist nicht eine Frage des Prinzips, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde Ihnen aber den Nachweis führen, wenn nicht bei dieser Gelegenheit — die Zeit ist heute zu weit vorgerückt — so bei einer anderen Gelegenheit, daß es zweckmäßig ist, Arbeiterkammern einzurichten. Auch auf diesem Gebiete kann ich Ihnen wohl einen klaffenden Reiz geben gegen die Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie anzuführen, Herrn Hitze. Dieser führt in Herders Staatslexikon aus, den ersten gesetzgeberischen Vorstoß zur Einführung von Arbeiterkammern hätten die Sozialdemokraten 1878 und dann wieder 1885 getan. Warum haben Sie sie nicht eingeführt? Man wird sagen, unsere Vorschläge gingen Ihnen zu weit. Warum haben Sie sie denn aber nicht amendiert, um wenigstens einen Schritt nach vorwärts zu kommen? Ich konstatiere ausdrücklich, daß der erste Schritt zur Einführung von Arbeiterkammern von der angeblich unfruchtbarsten Sozialdemokratie geschehen ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.), und daß von ihr wiederholt dahingehende Vorschläge gemacht sind. Inzwischen haben wir durch die Erfahrungen der Gewerkschaften im In- und Ausland die Ueberzeugung gewonnen, daß es praktischer ist, Arbeiterkammern einzuführen. Der Kölner Gewerkschaftsverband hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen. Nebenbei bemerkt, sehen Sie auch hier wieder, wie außerordentlich die freien Gewerkschaften von der Sozialdemokratie unterjocht werden. (Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kölner Kongress der freien Gewerkschaften hat sich für Arbeiterkammern ausgesprochen, während die Fraktion Arbeiterkammern verlangt hatte. Darauf sagte die Fraktion: Ihre Gewerkschaften sind erfahren, Ihr habt Arbeiterkammern vorgeschlagen, wir schieben uns diesem Vorschlag an. So steht in Wahrheit mit der Unterjochung der Gewerkschaften durch die Partei aus. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die freisinnige Partei fordert übrigens auch Arbeiterkammern, während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften Arbeiterkammern verlangen. In der Gesellschaft für Sozialreform haben sich auch die Vertreter der christlichen Gewerkschaften für Arbeiterkammern ausgesprochen. Wenn man also auf die Stimmen der Arbeiter hören will, so ist die Mehrheit aller organisierten Arbeiter nicht für Arbeiterkammern, sondern für Arbeiterkammern. Wie stellen sich nun die Theoretiker zu dieser Frage? Professor Darns hat sich gegen eine Arbeitervertretung ausgesprochen. Wie sich in diesem Kampf die soziale Welt spiegelt, zeigt seine Aeußerung, daß das Gleichheitsprinzip nur formalrechtlich auf den Arbeiter Anwendung finden solle, daß aber in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiter dem Unternehmer durchaus nicht gleichberechtigt gegenüber stünde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Standpunkt von Tille und Genossen, der famosen Uebermenschen. Dabei muß Professor Darns selbst zugeben, daß die Arbeiterkammern in Belgien, Holland und Frankreich als soziale Institutionen durchaus vorzuziehen wären, während die Arbeiterkammern in Italien, die aus gewerkschaftlicher Initiative hervorgegangen sind, überaus segensreich wirken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Anders-Theoretiker, wie die Professoren Kautz und Dornier haben sich übrigens für Arbeiterkammern ausgesprochen und darauf aufmerksam gemacht, daß neben den Landwirtschaftskammern Handelskammern und Arbeiterkammern zwischenzutreten geschaffen werden könnten, wo die Vertreter der verschiedenen Kammern sich über die strittigen Fragen aussprechen und untereinander darüber verhandeln könnten.

Schließlich noch einige Worte über den

Gesetzentwurf über die Berufsvereine.

Er ist vom 23. bis 27. November 1905 auf das eingehendste hier diskutiert worden. Offenlich haben die Debatten der Staatsregierung mindestens die Einsicht verschafft, daß dieser Entwurf nicht gerade ein Ideal darstellt. Herr Trimbom hat sich damals noch sehr vorzüglich geäußert. Als ich ihm damals zuschrieb, das ist ein schlechtes Gesetz, wir akzeptieren es nicht, erwiderte er mir: „Nur nicht so vorläufig!“ Aber der zweite Zentrumredner, Herr Giesberts, hat das Gesetz in Grund und Boden kritisiert. Hier hat sich wieder einmal gezeigt: in praktischen Fragen stimmt der Arbeiter mit dem Arbeiter überein. Vor der Praxis verfallt die Spekulation auf den Gegensatz zwischen christlich-nationalen und unchristlich-unnationalen Gewerkschaften in nichts. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich mit aller Entschiedenheit gegen den Gesetzentwurf erklärt und gegen den polizeilich-bureaucratischen Geist, der darin atmet. Allen Arbeitern erscheint viel notwendiger die einheitliche und freiheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes. (Lebhafteste Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie (der Redner wendet sich an den Grafen Josadowsky) das Gesetz über die Berufsvereine ruhig im Aktenschrant liegen, wir meinen ihm keine Träne nach. Was wir brauchen, ist ein gutes Vereins- und Versammlungsrecht. (Lebhafteste Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch eine Anzahl Stimmen aus der christlich-nationalen Gewerkschaftspresse. Wir treffen uns auch hier wieder als Arbeiter zusammen. In der damaligen Begründungsrede, die Graf Josadowsky dem Entwurf hielt, hätte ich ein Wort lieber nicht gehört, das Wort: es wäre die Aufgabe der Staatsregierung, die Unterschiede, die zwischen der Arbeiterschaft beständen, zu vertiefen. Das läuft praktisch darauf hinaus, systematisch Organisationen für den Verrat innerhalb der Arbeiterklasse zu schaffen. (Lebhafteste Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Herr Behrens hat bereits auf die neueste Gründung des Reichslägerverbandes, auf die gelben Streikbrecher-Organisationen hingewiesen. So will man wohl die Unterschiede vertiefen. Wenn wir nun aber doch einmal in einem Lande zusammenleben und einer Volksgemeinschaft angehören, so ist eine solche sozialpolitische Auffassung außerordentlich beklagenswert. Man sollte diese Unterschiede nicht vertiefen, sondern Mittel und Wege suchen, um einigermaßen verträglich nebeneinander zu leben. Die Gründung der gelben Gewerkschaften ist eins der unmoralischsten Mittel, deren man sich im sozialen Kampfe bedienen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Viel Freude werden die Väter dieser Streikbrecherbande an ihr sicher nicht erleben. (Lebhafteste Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Es ist in dieser Debatte viel über die

Tarifverträge

gesprochen worden. Die Denkschrift der Regierung über diese Frage sagt auf Seite 70, daß die Tarifverträge am besten durch große leistungsfähige Organisationen gewährleistet würden. Wenn man dieser Ansicht ist, dann sollte man doch nichts unternehmen, was dazu geeignet ist, die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung zu stören und die großen, leistungsfähigen Gewerkschaften zu zerlegen. Damit gefährdet man doch nur das Ansehen der Tarifverträge, auf das von allen Seiten so große Hoffnungen gesetzt werden. Der Maurerverband hat im Jahre 1905 nicht weniger als 367 Tarifverträge abgeschlossen. Gerade große Organisationen geben den Tarifverträgen die eigentliche Sicherheit.

Man spricht immer von der Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie. Gestatten Sie mir demgegenüber einige Daten über die

Tätigkeit der freien Gewerkschaften.

die man ja immer mit der Sozialdemokratie zusammenwirrt. Diese freien Gewerkschaften haben in der Periode von 1891—1900 ausgegeben an Rechtsanwaltschaft für ihre Mitglieder 1 820 000 M., an Unterstützung für Gemäßigte 2 815 000 M., an Reiseunterstützung 6 455 000 M., an Arbeitslosenunterstützung 10 350 000 M., an Krankenunterstützung 9 470 000 M., an Invalidenunterstützung 1 890 000 M., an Unterstützungen in besonderen Notfällen 2 853 000 M. Alles in allem haben sie also für rein humanitäre Zwecke in diesem Zeitraum die enorme Summe von 34 000 000 M. ausgegeben. Im Jahre 1906 haben diese Ausgaben für lediglich humanitäre Zwecke die Summe von 42 Millionen Mark erreicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind doch Beweise einer sehr fruchtbarsten Arbeit. Und es gehört völliges Unverständnis unserer sozialen Bewegung oder etwas anderes dazu, wenn man uns freien Gewerkschaftlern, die man ja immer mit der Sozialdemokratie zusammenwirrt, Unfruchtbarkeit vorwirft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fragen Sie einmal den Herrn Staatssekretär, wieviel Anträgen die Staatsregierung von gewerkschaftlichen Kreisen für ihre soziale Gesetzgebung empfängt, ob nicht die Gewerkschaften stets bereit gewesen sind, in der weitgehendsten Weise mit den Regierungorganen zusammen zu arbeiten, wenn es sich um soziale Erhebungen usw. handelte. Das was die Gewerkschaften geleistet haben auf dem Gebiete der Aufhebung sozialer Mißstände, das ist das, was der Herr Staatssekretär vorhin Privatinitiative nannte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns nicht immer auf den Staat verlassen, wir haben keine Hilfe auf Industriearbeiter verlangt. Wir hätten ja Hilfe verlangen können, auf Einführung von Kultus zur Verhinderung der Lohnrückbildung, aber wir haben es nicht getan, wir haben die Privatinitiative ergriffen und haben die gewaltige Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Das wäre wirklich ein schönes Resultat dieser sogenannten nationalen Paarung, wenn infolge dieser Wahlen hier Gesetze angenommen werden sollten, die diese gewaltige Kulturarbeit, welche die Gewerkschaften leisten, laben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) hoffen auf die christlich-nationale Bewegung. Hoffen Sie nur, einzuweichen müssen Sie schon damit rechnen, daß die freien Gewerkschaften an der Spitze stehen und bleiben. Im Jahre 1906 haben die Hirsch-Dunderschen um kaum einige tausend Mitglieder zugenommen, die christlich-nationalen um etwa 60—70 000, und die freien Gewerkschaften um weit über 300 000 Mitglieder. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Hirsch-Dunderschen haben jetzt insgesamt 120 000 Mitglieder, der christliche Gesamtverband 205 000 und die freien Gewerkschaften mindestens 1 800 000 Mitglieder. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Terrorismus der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften

gesprochen, und bedauerlicherweise hat das auch der Abgeordnete Behrens getan. Ich möchte Sie doch dringend bitten, bevor Sie künftig und Gewerkschaften terroristische Tendenzen bevorzugen, erst einmal vor der eigenen Tür zu lehren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es fällt mir nicht ein, Ihnen heute den ungeheuren Stoß von Material, den ich darüber bestimme, vorzutragen; doch wird es Ihnen auch nicht geschenkt werden, ich will nur betonen, daß die Unternehmer nicht etwa nur uns Gewerkschaftler terrorisierten, sondern sogar ihre Beamten. So schreibt der Vorstand eines Vereins oberösterreichischer Hüttenbesitzer an die Verwaltung des Bezirkes in Bezug auf eine gewerkschaftliche Organisation der Techniker, Maschinen-, Werkmeister usw.: „Auch bezüglich dieser Organisationen sind wir der Ansicht, daß sie geeignet sind, den Frieden zwischen den Beamten und der Verwaltung zu gefährden. Mehrere Verwaltungen haben aus diesem Grunde bereits die technischen Beamten angewiesen, solchen Gewerkschaften nicht beizutreten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Oder wieder aus ihnen ausgetreten. Der Vorstand hält dies Vorgehen für zweckmäßig.“ Sie sehen also, es geht nicht nur gegen uns, sondern alles, was gegen Lohn und Gehalt befehligt ist und mit seiner Lage nicht zufrieden ist, fällt

dem Terrorismus der Kapitalisten

anheim, wenn es sich organisieren will. Ich erinnere auch an das Vorgehen der Hamburger Needer gegen den Verein der Schiffskapitäne. Andererseits werden Sie mir keinen Fall nennen können, wo eine gewerkschaftliche Instanz jemals irgendwie Fälle von Terrorismus gut gehalten hat. Sowohl in den freien Organisationen, wie in den christlichen und Hirsch-Dunderschen freien alle verantwortlichen Gewerkschaftsleiter auf dem Standpunkt, daß der Gewerkschaftsbewegung durch den Terrorismus, wie er hier und da ja vorkommt, nur geschadet werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber dem einheitlichen Vorgehen der Arbeiterbewegung kommen, sondern die Zusammenfassung und Vereinigung der Organisationen muß unser Ziel sein. (Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.)

Den Unternehmern ist es auch ganz gleich, ob der Arbeiter christlich oder unchristlich, ob er Hirsch-Dundersch oder sozialdemokratisch ist, wer Fortreibungen stellt, liegt auf die Straße. Ich erinnere an den bekannten Brief des Herrn Liebert über die christlichen Gewerkschaften, wozu es heißt: „Weniger der christlichen Gewerkschaften wird genau ebenso wie von den sozialdemokratischen der Klassenkampf gepredigt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und in Ihren Fortreibungen sind die christlich organisierten Arbeiter durchaus nicht allzusehr verschieden von den sozialdemokratischen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich denke, wenn Herr Liebert das sagt, dann wissen wir auch, wer dahinter steht. Deswegen halte ich es für unklug und jedenfalls nicht für kolossal, wenn ein Abgeordneter, der aus dem Arbeiterstande kommt, wie Herr Behrens, vom Terrorismus der Sozialdemokraten spricht. Im übrigen ist Herr Behrens gerade am wenigsten geeignet, und Terrorismus vorzutreiben. Im Siegerlande besteht ein harter Konkurrenzkampf zwischen zwei christlichen Vergewaltigerorganisationen. Der kleinere Verband versucht ein stielisches Nebenanderarbeiten zu ermöglichen, aber Herr Behrens verlangt den bedingungslosen Anschluß an den größeren Verband und stellt im anderen Falle die Belämpfung des kleineren Verbandes bis zur Vernichtung in Aussicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich stets auf das schärfste gegen jeden Terrorismus ausgesprochen. Das Ziel der Arbeiterbewegung muß auf eine Vereinigung ihrer Bewegung gerichtet sein. Der Streit um die Weltanschauung und um das, was erreichbar ist, kann innerhalb der Organisation ausgefochten werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir Sozialdemokraten sind durchaus nicht eine sozialpolitisch verneinende Partei. Wir sind wie früher, so auch heute bereit, an unserem Teile an der Gründung unserer sozialen Zustände mitzuwirken. Die bürgerlichen Parteien haben in diesem Wahlkampf den Arbeitern Versprechungen gemacht, daß wir schon ganz zufrieden sein könnten, wenn wir aus nur den letzten Teil ihrer Versprechungen erfüllen könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bisher sind nur die ersten Selbstversprechen auf dem Gebiete der Sozialpolitik gemacht, in Bezug auf den

Arbeiterklub

herrschen noch skandalöse Zustände, von einem Automotiltempo in der Sozialpolitik kann wohllich nicht die Rede sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Soll wirklich etwas auf dem Wege der sozialen Reform erreicht werden, dann muß die Arbeiterbewegung die Richtung der Weltanschauung, der politischen und religiösen Richtung, die Kräfte zusammenfassen und einen konzentrischen Angriff richten gegen die Schachmacher, gegen die Herren, die hier im Hause ganz anders reden, wie sie im Landtag handeln. Wenn die Arbeiterbewegung endlich ihre Kräfte vereinigen wollte, dann würden wir ein rasches Tempo in der Sozialpolitik einschlagen können. An uns soll es nicht fehlen. Erfüllen Sie auch Ihre Versprechungen aus dem letzten Wahlkampf und wir werden uns nach Jahr und Tag wiedersehen, welche Wirkung das auf die Gestaltung des Gemeinwesens und auf die Parteigestaltung gehabt hat. (Lebhafteste Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruhn (Antif.): Niemand hat so viel versprochen, wie die Sozialdemokratie, Sie (zu den Sozialdemokraten) versprechen überhaupt alles, nur um die Stimmen zu bekommen, während sich die bürgerlichen Parteien erst überlegen, ob die Versprechungen auch ausführbar sind. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt des allgemeinen Befähigungsnachweises für den Handwerker. In Oesterreich steht das ganze Handwerk hinter dem Befähigungsnachweis. Der Schutz des Handwerks ist viel wichtiger als der Schutz der Börse, der jetzt anscheinend die erste Frucht der konservativ-liberalen Paarung sein soll. — Wie das Handwerk abhängig ist vom Wohlkapital, beweist das Vorgehen der Firma Wertheim, die ein Rundschreiben an alle ihre Lieferanten richtete, sie sollten sich verpflichten, nichts für das neu zu gründende Kaufhaus des Westens zu liefern. Einem Handwerksmeister, der sich weigerte, entzog Herr Wertheim seine Kundschaft. (Hört! hört! bei den Antisemiten.) Redner spricht sich des weiteren für schärfere Maßnahmen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes aus und erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den anderen Forderungen der Interpellation. — Für die Landarbeiter ist es weit wichtiger, daß für Stärkung der Landwirtschaft gesorgt wird, als daß man ihnen das Koalitionsrecht gibt. Die Verleihung dieses Rechtes wäre gleichbedeutend mit einer Auslieferung an die Sozialdemokratie. Wichtig ist aber der Schutz gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie, wichtig der Schutz der Arbeitswilligen. Wenn die Regierung nach dem 13. Dezember gegen diesen Terrorismus vorgegangen wäre, sie hätte keine bessere Wahlparole gefunden; so hat sie die nationale Begeisterung und Erhiterung entzündet.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 4 Uhr. Eingegangen ist eine Interpellation der Abgg. Seydewitz und Genossen (Polen) über die Ausweisung polnischer Kinder von mittleren und höheren Lehranstalten wegen der Stellung ihrer Eltern im Schulstreit.

Vizepräsident Dr. Baasche schlägt dem Hause vor, die Beratung der beiden Interpellationen Graf Pompej und Genossen (B.) und Abgg. Wasserfmann und Genossen über den Stand der Strafrechts- und Strafprozeßreform als ersten Punkt auf die Tagesordnung des Montags zu setzen.

Abg. Korjant (Pole) bittet, da keine Fraktion bei der Besprechung der heutigen Interpellation nicht zu Worte gekommen ist, diese Interpellation zum ersten Gegenstande der nächsten Tagesordnung zu machen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) schließt sich diesem Wunsche an. Vizepräsident Baasche weist auf den Brauch hin, Interpellationen möglichst an einem Tage zu erledigen.

Abg. Singer (Soz.): Diesen Brauch hat erst der Präsident des letzten Reichstages eingeführt, hat aber damit immer im Hause Widerspruch gefunden. Die Anregung verschiedener Parteien, die Besprechung fortzusetzen, zeugt von dem hohen Interesse, das sie an der Interpellation nehmen. Unter solchen Umständen sind auch schon früher Interpellationen ein zweites Mal auf die Tagesordnung gesetzt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß daher den Herrn Vizepräsident dringend bitten, mit Rücksicht auf den gegen die Tagesordnung erhobenen Widerspruch die Entscheidung des Hauses anzurufen.

Vizepräsident Baasche: Ich muß mich dieser Entscheidung selbstverständlich fügen.

Hierauf wird die Festsetzung der Tagesordnung gemäß dem Antrag Korjant gegen die Stimmen einzelner Konservativer unter großer Heiterkeit der Polen, der Sozialdemokraten und desentrums beschlossen.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom Sonnabend, den 9. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Breitenbach.

Die Beratung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt mit der Besprechung von Zugverbindungen.

Abg. Matz (nall.) wünscht im Interesse der Stadt Bärnsenwalde bessere Schnellzugverbindungen zwischen Berlin und Breslau.

Abg. Heckenroth (L.) fordert bessere Verbindungen für das Gebiet des Westermals.

Abg. Schmidt-Warburg (B.) verlangt bessere Zugverbindungen von Kassel nach der unteren Weser.

Abg. v. Wettheim-Schönstiel (L.) meint, der Verkehr müsse über Regel ausgedehnt werden.

Minister Breitenbach erwidert, er stehe diesem Plane wohlwollend gegenüber. Die Gemeinden müßten aber Beiträge leisten.

Abg. Fehr v. Bodenhausen (L.) wünscht günstigere Zugverbindungen auf der Strecke Berlin—Jüterbog.

Abg. Dr. Saly (nall.) verlangt Einlegung eines neuen Schnellzugpaars zwischen Berlin und Sommerfeld.

Abg. Lüdtke (fl.) bittet um Ausdehnung des Vorortverkehrs von Berlin bis Döberitz. Notwendig sei, daß alle Schnellzüge, die Spandau passierten, auch dort hielten.

Abg. v. Schubert (Hoisp. d. Nat.) bittet, den Vergarbeitsern im Saarrevier, die von der Arbeitsstätte entfernt, eigene Häuschen besäßen, bequeme Zugverbindungen zu schaffen.

Abg. Dr. Hervers (B.) tritt für bessere Verbindungen zwischen Düsseldorf und Berlin ein.

Abg. Dr. Lotichius (nall.) empfiehlt die Schaffung eines D-Zuges etwa um 10 oder 10 1/2 Uhr vormittags von Berlin nach Frankfurt a. M. und eines gleichen Zuges für die umgekehrte Richtung.

Abg. v. Böhleudorf-Röhm (L.) macht auf Mißstände aufmerksam, die sich bei dem internationalen Zugverkehr mit Italien ergeben. Wenn man in Genua einen Zug besteige, der als durchgehender bezeichnet wäre, müsse man es sich gefallen lassen, daß der Zug in Mailand stehen bleibe. Auch die Seiffensanfschlüsse in Genua ließen viel zu wünschen übrig.

Minister Breitenbach dankt für die zahlreichen Anregungen zur Verbesserung des Fahrplanes, die einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden würden.

Damit schließt die Besprechung über die Zugverbindungen.

Es folgt die Beratung des Kapitels „Besoldungen“. Hierzu liegen zwei Anträge vor. Die Abgg. Trimborn (B.) und Genossen beantragen, die noch vorhandenen Eisenbahnbetriebssekretäre in die Klasse der Bahnhofs-, Güter- und Kassenvorsteher zu übersetzen oder sie im Rang und Gehalt diesen vom Etatsjahre 1907 ab gleichzustellen. — Die Abgg. Kopsch (fr. Sp.) und Ernst (fr. Sp.) beantragen, noch im vorliegenden Etat das Gehalt der Lokomotivführer auf 1500 M. bis 2500 M. festzusetzen und die bisherigen Dienstaltersstufen beizubehalten.

Abg. v. Bodeberg (L.) bittet, die vorliegenden Anträge abzuweisen, da sie bezweckten, einzelne Beamtenkategorien aus der bevorstehenden allgemeinen Gehaltsrevision auszunehmen, und fordert den Minister auf, Maßnahmen zu treffen, um dem Einbringen sozialdemokratischer Beschlüsse entgegenzuwirken.

Abg. Trimborn (B.) begründet seinen Antrag, der eine Forderung der Gerechtigkeit darstelle und finanziell keine große Belastung bedeute, da es im ganzen nur noch 2000 Betriebssekretäre gebe.

Minister Breitenbach erklärt, daß er dem Antrage Trimborn sympathisch gegenüberstehe. (Beifall.) Er bitte aber, nicht darauf zu bestehen, daß die Aufbesserungen schon 1907 in den Etat kämen, da die Folge sonst sein würde, daß zahlreiche andere Beamtenkategorien dasselbe verlangen.

Abg. Gelschmidt (fr. Sp.) begründet den Antrag Kopsch-Wiemer auf Verrückung der Lokomotivführer, die einen sehr verantwortungsvollen Dienst hätten. Weiter betont Redner die Notwendigkeit der Aufbesserung der Weichensteller und Bahnwärter und bemängelt die den Hilfsbeamten und Arbeitern gewährte Urlaubzeit als zu gering. Die gewährten Lohnerhöhungen an die Arbeiter seien so geringfügig, daß diese bei der außerordentlichen Teuerung der Lebensmittel gezwungen seien, ihre Lebenshaltung einzuschränken. Redner bedauert das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung gegen den sozialdemokratischen sächsischen Eisenbahnarbeiter-Verband. So sehr er die Unzulässigkeit der Sozialdemokraten bedauere, ebenso beklage er es, daß die Eisenbahnverwaltung selbst unduldsam sei. (Beifall links.)

Minister Breitenbach: Das Testament des Ministers v. Lubbe legte mir drei Verpflichtungen auf: den Erholungsurlaub für die Arbeiter, die Meiderbachschiffe an die Unterbeamten und die Anrechnung der Hilfsbeamtendienstzeit für die Beamten. Der Erholungsurlaub ist gewährt, die Meiderbachschiffe finden sich im Etat für 1907. Ueber die Anrechnung der Hilfsbeamtendienstzeit wird eine Vorlage ausgearbeitet. Gegenüber den Arbeiterkoalitionen ist die Verwaltung außerordentlich weitherzig gewesen, soweit diese nicht ordnungswidrige Bestrebungen betätigten. Wenn ich gegen den sächsischen Verband einschreiten mußte, so ist dies durch die Tatsachen gerechtfertigt. Herr Legler hat auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage gesagt: Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir einer Organisation der Arbeiter, der Transportarbeiter und namentlich der Eisenbahnarbeiter. (Hört! hört! rechts), und an dieser Organisation fehlt es zurzeit noch. (Hört! hört!) Da soll der Chef einer Eisenbahnverwaltung zusehen, wie unsere Angehörigen zur Sozialdemokratie herübergezogen werden und zur Störung der Ordnung verleitet werden. (Sehr wahr! rechts.) Es ist Ihnen allen bekannt, welche ungeheure Katastrophe Streiks der Eisenbahngestellten gebracht haben, ich verweise auf Italien, Ungarn, Bulgarien und Holland. Ich meine, der Chef würde Unrecht tun, wenn er da Milde walten lassen würde. Wenn Sie den letzten Wahlausfall des sächsischen Eisenbahnarbeiter-Verbandes lesen würden, würden Sie nicht den mindesten Zweifel haben, daß ich recht gehandelt habe. (Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Kunst und Wissenschaft.

Endlich hat wieder einmal das Königl. Opernhaus durch eine Erstaufführung ein Klein wenig von den ihm obliegenden Pflichten erfüllt. Freitag wurde „Der faule Hans“ von Alexander Ritter aufgeführt. Das Publikum, das ohne den üblichen Druck einer

Melange für eine Sensation gekommen war und das Werk mit freundslichem Beifall aufnahm, merkte wohl nicht, welche Ungerechtigkeit in dem Verhältnis zwischen dieser bloßen Freundslichkeit und der tobensten Begrüßung anderer Erscheinungen liegt. Alexander Ritter war, oder ist vielmehr, einer unserer ältesten Künstler. Mit 63 Jahren zu früh gestorben (1833—1896), gehört er zu jenem Weimarer Kreise, der sich um Richard Wagner gebildet hat. Als kurz nach seinem Tode die fünf nachgelassenen Vieder (nach Tieglen von den ihm geistesverwandten Tonbildner Peter Cornelius) erschienen, blieben sie lange, vielleicht sogar bis heute, in weiteren Kreisen unbeachtet; und doch gibt es kaum irgend welche Schöpfungen für Gesang, die in einer solchen Weise wie jene Vieder gerade die Sprachgebilde in ihrer eigentümlichen Abgrenzung, Abgrenzung usw. zu musikalischen Ausdrücke bringen. Diesen Vorzug Alexander Ritters zeigt nun auch seine kleine Oper (von 1885), wohl die einzige neben der anderen „Wem die Krone?“ (von 1890).

Der Grundzug des Textes ist so sympathisch und gerade auch derzeit so erwünscht, wie nur möglich. Graf Hartung hat sieben Söhne. Jeder von ihnen leistet etwas besonderes, nur der Hans weiß nichts anderes anzufangen, als faul zu liegen. So wird er endlich vom Vater verstoßen und auf dessen Befehl an einen Eidenhof gebunden; dabei aber hatte er bereits seine Energie dadurch bewährt, daß er sich gegen den Zwang wehrte und freiwillig nachgab. Inzwischen brechen nordische Riesen in das Land ein, besiegen die Mannen der Königin und bringen in den Burghof des mit dem Worte topferen Grafen Hartung ein. Der faule Hans, durch den Anblick der Königin gerührt, sprengt seine Fesseln, reißt den Eidenhof heraus, erschlägt damit die Riesen und gewinnt schließlich, was in einer solchen Situation auf dem Theater gewonnen werden kann.

Diese Erzählung, nach Felix Dahn, hat Ritter in Verse gebracht, deren Ernst und Scherz an Richard Wagner's heimatlich-keltische Sprechweise erinnert. Dazu nun eine Komposition, welche in der angegebenen Weise die Sätze der Wortsprache musikalisch aufs treffendste wiedergibt; Sätze aber, die man sich von dem energiegeltesten, plastischsten Sprecher gesprochen denken muß — so akzentvoll, so abgerundet, so überzeugend gefärbt erscheinen nun die „Wortphasen“ als „Tonphrasen“. Dazu gibt es nirgends sich etwa bietenden Versuchungen nach weichlich oder klingelnd oder affektvoll oder dergleichen zu werden. Dort an der Grenze des Mißständigen bewegen sich namentlich Ensemblestücke, wie besonders der — Walltänder hätten wir bald gesagt: wir meinen den Chor der faulen Hans verstoßenden Mädchen. Im übrigen wird gerade mit dem Chor äußerst sparsam umgegangen: nur wo die Situation dazu zwingt, tritt er musikalisch auf, und da auch noch mit einer wunderbaren Kunst der allmählichen Entfaltung. Eine etwas üppige Behandlung des Orchesters schadet dem Ganzen allerdings (und die neuerliche partielle Ueberdichtung des Orchesters im Opernhause hilft auch wenig). Wäre nun noch eine Hauptfache vorhanden: die große thematische Produktionskraft, so würden wir mit dieser Oper, der selbst melodiöse Momente nicht abzusprechen sind, geradezu auf höchster Höhe stehen.

Die Aufführung bemühte sich ernstlich, auch den eigentümlichen Vorzügen des Werkes gerecht zu werden. Seine so überaus präzise, bündige, klare, nirgends schwachhafte Weise wurde nicht etwa verwischt, sondern kräftig herausgearbeitet, dank vor allem der Orchesterleitung durch Richard Strauß, der den wahrscheinlich sehr starken bildenden Einfluß Ritters anscheinend in besonders hohem Maße empfunden hat. Die Regie Droschows brachte wieder charakteristische Momente des „Volkes“, wie sie jetzt auf den Opernbühnen so beliebt sind. Die Titelrolle war in den Händen des Gattos M. Bessarini aus Hamburg; er ist ein gut stimmbegabter Tenor, dem das spezifisch Heroische allerdings wohl besser liegt als anderes. Vorzügliches leisteten sechs ausgesuchte Künstlerinnen in dem Rängechor. Die übrigen Sänger, voran unser Bühnensänger Krüger, verteilten in meist wenig dankbaren kleineren Rollen. Herr Hofe spielte als Königin gut genug, so daß wir ihre etwas scharfe Gesangsart ertragen konnten.

M. Roba-Roba, der bekannte Humorist, veranstaltete am Freitag im Saal des Hotel de Rome einen Schwank-Abend, das heißt, er trug eine Anzahl seiner lustigen Erzählungen vor. Aus ihnen quillt österreichischer Humor, der, ohne tiefinnig schauen zu wollen, den Dingen frisch und geradezu auf den Leib rückt. Roba-Roba war Artilleriekapitän und kam als solcher von seiner Ruhigen Heimat viel im Lande herum, zumal an den bühnen Grenzen, wo Vergessungen liegen. Er kennt also die Slavonier, Podoliner, Böhmen, Ungarn von Grund aus. Irigend ein kleines Erlebnis oder Vorkommnis wird unter seiner Hand zu einem Ausbund von lachender Fröhlichkeit. Die Pointe ist stets drastisch herausgearbeitet: sie stellt in der Regel das Ganze auf den Kopf. Daher ihre oft überaus erschütternde Wirkung, nicht bloß auf den Leser, sondern noch mehr auf den Zuhörer. Denn Roba-Roba gibt seine Gestalten in prägnanten Umrissen, sie werden lebendig. Und sie erscheinen allemal am kräftigsten, wenn der Dichter sie mit dem buntesten Hitzler und Klammer ihrer engeren Heimat umkleidet. Zu den besten Darbietungen rechne ich: „Dinko Dunas“, des Ledgelters und Wachzichlers „lustiger Abend“, die Diefabel „Besieger“, die „Industrie“, „Psychiatrie“, „Geldmission“, „Mein Freund, Herr Gubalk“, „Der ungarische Darwin“. Hat nun der Postrogende als solcher selber so vorzügliche Eigenschaften, wie Roba-Roba sie zeigte, so ist der Erfolg sicher. Und wer laßt nicht gern? Er möchte denn ein unheilbarer Misanthrop, ein unverbesserlicher Misogyn, oder eine schreckhafte verbissene alte Weiswetter sein. c. k.

Wegen Umbau und Umgestaltung

Grosser Ausverkauf.

Deutsche und Perser Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Diwanddecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Felle und Kissen

zu wesentlich herabgesetzten, spottbilligen, aber festen Preisen,

welche neben den früheren deutlich vermerkt sind.

Teppich-Haus **B. Hurwitz,** Rotes Schloß
vis a vis dem National-Denkmal.

Damen-Konfektions-Haus Hermann Hiller

Landsberger Strasse 85

BERLIN C.

Landsberger Strasse 85

Nach vollständiger Komplettierung meiner Läger in allen Abteilungen für die Frühjahrs-Saison bin ich in der Lage, meinem grossen Kundenkreis ganz besonders günstige Gelegenheiten zu bieten und führe zur gefl. Orientierung einige Artikel mit Preisen an:

Jacketts in allen nur denkbaren neuen Farben, anliegend und lose von	7.50 bis 30.00 M.
Bolero-Costüme, wunderbare neue Ausführungen, eleg. Tressen, garniert, mit farbiger Weste, selbst für ganz starke Damen auf Lager von	15.00 bis 60.00 M.
Lift-Boy-Costüme in neuen Tuchstoffen von den einfachsten bis zu den elegantest. Genres, von	25.00 bis 60.00 M.
Costüme-Röcke in jeder Ausführung, fussfrei und lang, farbig und schwarz von	3.50 bis 27.50 M.
Uebergangs-Paletots aus engl. u. Covert-coat-Stoffen, mit u. ohne Futter, stets in allen Weiten auf Lager . von	8.50 bis 40.00 M.
Reise-Mäntel, Umhänge in allen Façons, imprägnierte Stoffe von	8.50 bis 29.00 M.

Jacketts und Frauen-Mäntel für jede Figur passend, in ganz anliegend u. Sacco-Façons, in Otteman- und Tuchstoffen von	10.00 bis 48.00 M.
Garnirte Costümes in allen neuen Farben und Weiten auf Lager von	23.50 bis 65.00 M.
Reinwollene Mousselin-Blusen gefüttert, in allen neugg Dessins, eleg. garniert von	5.00 bis 10.50 M.
Seidene Blusen schicke Verarbeitung, in allen Farben und Weiten, Prima Qualitäten . von	9.00 bis 50.00 M.
Neu aufgenommen!	
Trauer-Costümes	in allen Preislagen u. Grössen auf Lager
Kieler Mädchen-Pyjaaks	in allen Farben und jeder Grösse zu enorm billigen Preisen.

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung.

so gehen Sie rechtzeitig in unser Spezial-Haus. Dort finden Sie eine überraschend grosse Auswahl Neuheiten:

Teppiche v. M. 4.50, 8, 12.50, 24, 36, 45 usw.
 Gardinen v. M. 2.10, 3.50, 5, 7, 9, 12 usw.
 Portieren v. M. 5, 6.75, 9, 11.50 usw.
 sowie Steppdecken, Tisch- und Diwandecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

Zum diesmäligen Umzuge sind grosse **Partie-Posten** zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf gestellt, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Teppich-Adler

Königstrasse 20-21, a. d. Jüdenstr.

Kassenhändler jed. Ver. Hinguka-Hab. Rüpenlenderstr. 60. [1892b]

Victoria



Gepäckräder und Motorgepäckräder
 beste Fahrzeuge für Waarentransporte aller Art.

Victoria-Werke AG
 Musterlager
 Alexandrinenstr. 37/9



Verlangen Sie bitte den Möbel-Katalog von **M. L. N.** gratis und franko.

Wussten Sie das noch nicht ?

M. L. N. bedeutet: **M. Luckhardt Nchf.**

Berlins neuestes u. grösstes Möbel-Kaufhaus Spandauerstr. 36-39

Neu!
 Überall befinden sich 2 feste Preisauszeichnungen
 1 Cassa-1 Teilzahlungs-Preis

Kaufhaus Gebr. Preuß

Beussel-, Ecke Huttenstraße.

Damenhüte zum Garnieren

werden billigst ausgeführt.

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse. **Brunnenstrasse 185** Zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse.

Begründet im Februar 1906 von organisierten Schneidergehülfen Berlins.

Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern** zur Anfertigung **eleg. Herren- u. Knabengarderobe.**

Grosses Lager fertiger Herren-, Knaben- und Kinder-Anzüge in allen Grössen und Preislagen.

Reichhaltiges Lager in fertigen Sommer-Paletots, Klster, Fantasie-Westen sowie Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der **Konsum-Genossenschaft Berlins** und Umgegend, des **Berliner Konsum-Vereins** sowie des **Charlottenburger Konsum-Vereins.**



Homophon

Apparate & Platten

Überall erhältlich.
 Homophon Company
 Fabrik Berlin C. Klosterstr. 7/6

Doppelseitig bespielt.

KLEINE KIDS

Beliebteste **2 1/2** Pfg. Cigarette

Kios-Alton-Säckchen Cigarette, Stück

Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Anzüge u. Paletots

unter Garantie für tadellosten Sitz nach Maß aus prima Stoffen

von **30 Mk.** an

Löther's Herrenmoden.
 Prinzstr. 38 I. Tel. Amt IV, 4505.

Verbandstag der Bäcker.

Kassel, 9. März 1907.

Am Sonntag tritt hier selbst der Verbandstag der Bäcker und Berufsgenossen (Eich Hamburg) zusammen.

Die Geschäftsperiode war in jeder Beziehung für den Verband günstig infolge der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung auf allen Gebieten.

Als ein weiterer günstiger Umstand zur erfolgreichen Ausbreitung der Organisation wird vom Bericht das Emporblühen des Genossenschaftswesens bezeichnet.

Im das Fortschreiten der freien Organisation aufzuhalten und dem Unternehmertum eine gefügige Streikbrecherkolonne zu sichern, wurde mit Unterstützung der Innungen ein gelber Bund ins Leben gerufen, der indessen kaum Bedeutung erlangen dürfte.

Die Mitgliederzahl ist im stetigen Steigen begriffen; sie betrug 1906 im Jahresdurchschnitt 12 506 gegen 10 285 in 1905, 1906 in 1904 und 5305 in 1903.

Interessante Angaben enthält das Kapitel „Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen“.

Ruhen der immerhin recht schwachen Organisation im Bäckerberuf wird in ihm durch wenige nackte Ziffern handgreiflicherweise dargestellt. 1906 waren an den Lohnkämpfen 6681 Arbeiter beteiligt.

Der Kampf um die freien Röhre zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten hatte ebenfalls gute Erfolge; durch behördliche Verordnung wurden diese Tage festgelegt in 20 Regierungsbezirken.

Mit dem Verbands der Lebensmittelarbeiter in der Schweiz wurde ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, mit dem Zentralverbande der Konditoren ein Kartellvertrag, in dem die gegenseitige Unterstützung bei der Agitation, das Verhalten bei Lohnbewegungen und Streiks sowie die Deckung der Kosten für die letzteren geregelt sind.

Der Kassenericht schließt bei 456 073,95 M. Einnahme und 305 477,14 M. Ausgabe mit einem Ueberschuß von 60 596,81 M. ab.

Gemahregelter und Streikender 36 776,10 M. Das Verbandsorgan verurteilte 37 561,31 M. Druck- und Verbandskosten.

Verfammlungen.

Der Schuhmacherverband (Zahlielle Berlin) hielt am Mittwoch in Boelers Saal eine außerordentliche Generalversammlung ab, woselbst Genosse Grünwald über „Das Ergebnis der Reichstagswahlen und die Gewerkschaften“ sprach.

Das Echthe vom Falschen



zu unterscheiden, wird dem Publikum mitunter schwer gemacht! Jeder Freund des echten Rathreiners Malzkaffees beachte deshalb:

1. Rathreiners Malzkaffee wird nur in geschlossenen Paketen verkauft, niemals lose oder offen abgewogen; nur das in der Fabrik geschlossene Paket verbürgt die absolute Reinheit des Fabrikates.

2. Aber auch im Einkauf von Malzkaffee in Paketen ist größte Vorsicht nötig, denn die Rathreiner-Pakete werden im Aeußeren oft täuschend nachgemacht.

- das Bild und der Name des Pfarrers Aneipp;
der Namenszug des Pfarrers Aneipp;
der Satz „Rathreiners Aneipp-Malzkaffee“ als Umrahmung des Bildes und
die Firma „Rathreiner's Malzkaffee-Fabriken“.

Auf diese Kennzeichen achte man und überzeuge sich, daß man auch das Richtige erhält, keines davon darf fehlen.

Edison-Phonographen.

C. GROSSE

Charlottenburg

Wilmsdorferstr. 138.

Grammophone

Grammophon- und Zonophon-Platten
Edison-Goldgusswalzen
Komplettes Lager.



Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20



Haupt-Katalog
Nr. 31



ein unentbehrlicher Ratgeber beim Einkauf von
Herren- und Knaben-Kleidung

ist soeben erschienen und
wird auf Wunsch kostenlos u. portofrei zugesandt.

Allerneueste deutsche und originelle
echt englische Moden

zum größten Teile von Modekünstlern entworfen,
veranschaulichen unsere wirklich preiswerten tausende Angebote.

Unser Katalog enthält sämtl. Artikel der Herren- u. Knaben-Kleidung,

Wäsche- u. Hüte-Branche, Sport-, Automobil- u. Schutz-
Bekleidung u. s. w. in einer Fülle von tausenden Marken.

Möbel

Fabrik Rudolf Bartsch Oranien-Str. 73. Gegr. 1889.

Bräutleute, achtet auf meine Firma!

Möbelkauf ist Vertrauenssache. Tausende meiner Kunden bestätigen gern, daß sie nicht nur billig, sondern auch reelle Möbel bekommen haben.

- mahag. Salon, eich. Speisezimmer
dfo. Schlafzimmer, Küche modern
Mk. 1500.—
Wohn- und Speisezimmer
engl. Schlafzimmer, Küche modern
Mk. 930.—
Gutes Wohnzimmer
Schlafzimmer und Küche
Mk. 653.—
2 Zimmer und Küche
Mk. 394.—

Teilzahlung eventuell gestattet. Große Posten gebrauchter Möbel billig.

Geöffnet Wochentage von 8-9 Uhr. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr.

Einsegnungs-Geschenke in grösster Auswahl.

Belmonte & Co., Berlin, Leipziger Str. 35, Ecke Charlottenstr. Ecke Hohler Steuweg.



Eine halbe Million Schwingungen

macht das sogenannte Balancerädchen einer Taschenuhr in einem Tage. Jeder Punkt im Umfang solchen Rades legt dabei im Tag über 23 Kilometer. Im Jahr mehr als acht und eine halbe Million Meter zurück. Wenn man sich diese kolossale Leistung eines so winzigen kleinen Teiles einer Taschenuhr vergegenwärtigt, versteht man erst, wie gut gearbeitet solch ein Werk sein muss, um diese Arbeit dauernd, mit steter Gleichmässigkeit leisten zu können. Man erkennt daran aber auch, dass es unmöglich ist, wirklich gute, dauerhafte Taschenuhren zu den Spottpreisen zu liefern, zu denen die Reklame sie anbietet. Wer sich eine gute Uhr anschaffen will, die nicht nach wenigen Jahren den dreifachen Einkaufspreis an Reparaturkosten verschlingt, der besichtige unser Uhren-Lager.

4 Karat gold. Damenuhr mit 1 schönem Diamanten à jour gefasst
55 M.
3 Jahre Garantie.
Echte Diamanten von 20 M. an.

Wir haben durch den Vertrieb reeller Waren zu billigsten Preisen ein Weltgeschäft aufgebaut, und man kann sich darauf verlassen, dass die Ware von solcher Qualität und so hergestellt ist, dass sie in jeder Weise empfohlen werden kann.
Alt Gold und Silber wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.



Grösstes Lager

Kollern mit modernen Anhängern mit Brillanten, Perlen u. Edelsteinen gefasst von 35—4000 Mark.

In Gold plattiert von 7—15 Mark.

Ketten-Armbänder in echt Silber, von 1,50—8 M., auch mit röm. Anhängern in Gold plattiert, von 3.—15 M.

Gold-Glieder- und Ketten-Armbänder mit Edelsteinen verziert in allen Preislagen.

14kar. Gold plat. Cavalier-Ketten von 6.—12.

Ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation!

Patent-Anker-Remontoir-Kavaller-Stahl-Uhr

No. 1904, Modell 1907, 10 M. mit veräthertem Zifferblatt Mark 12



3-jährige schriftliche Garantie.

Prachtkatalog mit vielen tausend Illustrationen von Juwelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren gegen 1 M. frko. Bei Einkauf oder Rücksendung wird dieser Betrag vergütet.

Versand gegen bar oder Nachnahme. Nicht konvenierend, Geld sofort zurück.

Kaufen Sie nur noch fugenlose Trauringe

Wir haben die technisch vollkommene mechanische Einrichtung für Fabrikat. von fug. nlosen Trauringen.

Der Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

Gardinen-Fabriken

gibt ab **Gardinen, Stores, Zugvorhänge, Tüllbette** und **Zierdecken** in bekannter Gediegenheit an Wiederverkäufer, Anstalten, Hotels sowie an Private im Einzelverkauf und

verbürgt natürlich eminent billige Preise,

die überall deutlich verzeichnet sind. Umgehung jeder unnötigen Verteuerung der Waren. Wegen Anwendung der elektr. Bleiche Garantie für grösste Haltbarkeit. **Besichtigung empfohlen.**

Verkaufsstellen mit Einzelverkauf zu Originalpreisen:

Berlin C., Rosenthalerstr. No. 2 am Rosenthaler Tor. Berlin O., Große Frankfurterstr. 5-6 an der Fruchtstr. „SO., Wienerstr. No. 11 gegenüber der Hochbahn (Oranienstr.) „O., Grüner Weg 28, am Andreasplatz.



Inventur-Angebot.

Riesen-Posten

zurückgesetzter **Plüsch-Teppiche**

in allen Größen mit 10% Rabatt. 12.85, 14.10, 17.50, 21.—, 23.85, 25.25, 28.50 usw.

Jmifferte Japaner u. Perser

2.00 m lang 3.65, 2.25 m lang 5.85.

Bett-Vorleger

Stück 38 Pf. u. 54 Pf. Eine Partie

Axminster Velourteppiche

6.25, 7.50, 8.85, 9.50, 11.50, 14.—, 16.75, 19.—, 23.— usw.

Bettvorlagen

extra groß. 1.88, 1.98, 2.25 etc. Ein großer Posten

Ziegen-Felle

1.35, 1.65, 2.25, 2.45, 3.10 etc. Wert das Doppelte.

Echte indische Luchskatzen

Wert 11.—, jetzt 6.95.

Plüsch- u. Möbelstoff-Reste

enorm billig.

Läuferstoffe

jetzt Mtr. 38, 42, 48, 55, 60 Pf. etc. Zurückgesetzte

Tuch-Tischdecken

Stück 1.68, 2.16, 2.75, 3.80 etc.

Plüsch-Tischdecken

in allen Farben, nur solange Vorrat. Stück 5.75, 6.25, 7.35, 8.25, 9.35 etc.

Portieren-Schals

3 Mtr. lang, mit entzückenden Blumenbordüren, 1.75 bis 2.50.

E. Weissenberg's Teppichhaus

Große Frankfurterstr. 125, 2. Haus von der Koppenstr. Nach auswärts per Nachnahme.

Möbel-Fabrik W. F. Falkenberg

Tischlermeister **BERLIN C. 54, Alte Schönhauser Str. 32.**

Engl. Schlafzimmer

Satin oder amerik. Nussbaum, furniert:

- 1 Schrank
- 2 Bettstellen m. Matratze u. Keilkissen
- 1 Waschtoulette mit ff. weissem Marmor
- 1 Anschraubespiegel
- 1 Nachtschrank
- 1 Handtuchständer
- 2 Stühle

Langjährige Garantie. Frachtfreie Lieferung durch ganz Deutschland. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit in meinen Speichern lagern. Besichtigung meiner enormen Lager verboten.

Verlangen Sie illustr. Katalog gratis und franko!

Deutsche Bierbrauerei A. = G.

(Gesamtabsatz 1904/05 unserer Interessengemeinschaft 415114 Hektoliter)

empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere **3552L*** in Fässern und Flaschen.

Adresse für Fassbier: **Alt Moabit 60.** Adresse für Flaschenbier: **Kaiserin Augusta-Allee 15/16.** Telefon: Amt II, 1615 u. 1616. Telefon: Amt II, 3066.

Teilzahl. wöchentlich nur 1 Mark!
Grammophon, Phonographen, Spieldosen, echte Menzsch.-Zithern, Konzert-Zithern, Geigen, Mandolinen, Hand-Harmonikas. Grösste Auswahl in Grammophon-Platten, Edison-Waxen usw. Zubehörteile und Reparaturen billigst.
Jahre, Musik-Spezialgeschäft
N. Demmlerstr. 2, an der Brunnenstr. 50, Britzerstr. 10, am Kottbuser Tor.

Teilzahlung
monatlich 10 M. neueste Herren-Garderobe nach Wahl (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage. Nähe Bellevue-Platz. Raffe 10%, billiger.

Neu! Falkenhorst von schönem Holz umfränt bei der Baugenossenschaft „Paradies“ Barzessen Quadermaier 1 Markt 15 Pf. Hörning, Berlin, Köpenickerstr. 112, Rappertstr. Grünau-Falkenberg.

NEUZE Berlin S. Auguststr. 30 Maschinenbau-Unterricht

Ehe

Bräutleute sich ihre Möbel-Ausstattung kaufen, sollten sie unter keinen Umständen unterlassen.
Paul Burows Möbel-Fabrik, Lindenstr. 105 (Nähe Hallesches Tor) zu besichtig. Moderne bürgerl. Wohnungseinricht. schon f. 200, 300, 400 Mk., hochbeleg. v. 500—10000 Mk. Zur Anschaffung von Ergänzungsstücken besonders zu empfehlen, da gerade große Posten verließen gew. Möbel, darunter ganze Zimmer-einrichtungen, am Lager stehen. Auszugsofa 30, Panelsofa mit Sattelstaschen 85, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 29, Muschelbettstelle mit Matratze 40, Chaiselongue, Schreibtisch, Säulenstruempus 33 Mk., Salongarnitur sowie kompl. engl. Schlafzimmer für 220 Mk., Altmahagou-Salon mit Umbau elegant 545 Mk., farbige Küchen 65 Mk., sowie Speisezimmer u. Herrensimmern in allen Stilarten. Teilzahlungen gestattet. Sonntags 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. Gekaufte Möbel werden kostenlos aufbewahrt.



Verleih-Institut: Friedrichstr. 115 I, a. Drabg. Tor. Eieg. Prad. Gebroß 1,50, Quie 1,00, Belle 50 Pf.

Husten, Heiserkeit wirken **Reichels Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur sonst, wenn mit Marke „Medibo“ perichiffen. Flasche 50 Pf.

At allen Drogerien, und bei **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**



Spezial-Haus für Damen-Konfektion

von **S. Nesselroth**

N. Chausseestr. 9

Eröffnung der Frühjahrs- und Sommer-Saison

Hervorragend große Auswahl **Jackett-Kostüme**

9 Mk. 12, 14, 18, 24, 30, 35 bis 125

Elegante Paletots

6 Mk. 9, 12, 15, 18, 21, 25, 28 bis 45

Schicke Taffel-Jacketts

15 Mk. 21, 24 bis 75

Fesche Kostüm-Röcke

2 Mk. 4,50, 7,50, 12, 15, 18 bis 85

Garnierte Kleider

27 Mk. 30, 45 bis 190

Die Restbestände der Winter-Saison werden enorm billig **verkauft.**

Steppdecken

billigst direkt in der Fabrik **72, Wallstr. 72.**

wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmabel, Berlin Ka. Illust. Katalog gratis.

Spezial-Möbel-Halle

Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59

Ecke Stallschreiberstr. Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.

Extra-Abteilung verließen gewesener Möbel. Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

Kein Zwang zur Abnahme!

Diese Forderung möge eine Garantie bieten für **tadellosen Sitz**

der bei mir auf Grund eingehendster Beobachtungen des individuellen Körperbaus sowie vieljähriger Erfahrungen in England und Amerika

aus 1^{er} Stoffresten angefertigten **Anzüge** und **Paletots** nach Maß

zu 30 und 38 M. **Sonnenschein's Herrenmoden nach Maß.**

36532* Fernspr. A. IV, 8707. SW., Lindenstr. 95 I. **Spezialität: Rock-, Smoking- und Frackanzüge.**

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung Lieferung elegante fertige (4102L*) **Herren-Garderoben**

— Ersatz für Maß. — Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. **Julius Fabian,** Schneidemeister, Große Frankfurterstr. 37, II. Eingang Straußberger Platz.

Neuheiten: Gardinen, Stores, Vorhänge

Große Auswahl in allen Preislagen

Schles. Tüll-Gardinen Fenster M. 2.20 3.- 4.- 5.- 6.- bis 20.-	Schles. Tüll-Stores Stück M. 2.20 3.10 4.50 5.50 bis 14.-	Bunte Etamine-Vorhänge Stück M. 4.- 5.25 6.75 7.- bis 15.-	Scheiben-Schleier (Brise-blisse) Fenster M. 1.- 2.- 3.25 5.50 7.50 bis 36.-
Spachtel-Tüll-Gardinen Fenster M. 11.- 13.- 17.- 21.- bis 52.-	Spachtel-Tüll-Stores Stück M. 6.50 7.50 10.- 13.- bis 27.-	Köper-Spachtel-Vorhänge (Steil) Fenster M. 2.85 3.75 4.80 bis 14.-	Mull-Gardinen mit Falbel Fenster M. 8.20 10.- 13.50 16.50 17.50
Erbstüll-Gardinen Fenster M. 10.- 14.- 17.50 22.50 bis 150.-	Erbstüll-Stores Stück M. 4.50 7.- 10.- 15.- bis 90.-	Köper-Spachtel-Vorhänge (Rouleaux) Stück M. 3.- 3.75 4.50 bis 10.-	Bettdecken Schles. Tüll, Spachtel, Erbstüll über 1 Bett: Stück M. 3.30 5.50 9.- 12.- 15.- bis 80.- über 2 Betten: Stück M. 4.50 8.- 10.- 16.- 20.- bis 400.-
Künstler-Gardinen mit Lambrequin in Schlesisch Tüll Fenster M. 9.50 10.50 15.- 17.50 in Erbstüll, Spachteltüll Fenster M. 22.50 24.-	Half-Stores (Bonne femmes) in Schlesisch Tüll, Erbstüll, Seidenglanzbatist in großer Auswahl, St. M. 6.- 7.50 12.- 18.50 bis 90.-	Vorhang-Garnituren 2 Fldgel 1 Obergard. Bunt Etamine M. 16.50 17.50 Farb. Leinen M. 14.- 18.- 20.- 24.-	

Restbestände und einzelne Musterstücke vorjähriger Saison bedeutend unter Preis
Vorhangstoffe, bedruckte Cretonne, Crêpe, Leinen, Musseline, Etamine, Gardinenmull. Bettdecken, Schlafdecken, Steppdecken, Daunendecken

Leinen und Wäsche jeder Art.

F. V. Grünfeld

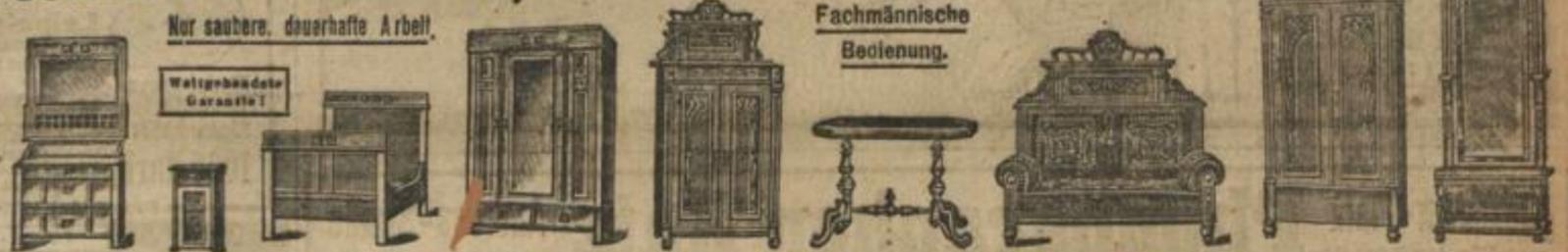
Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei.

Berlin W.
Leipziger Straße 20-21.

Tischler, Stellmacher, Zimmerer.
25 Jahre best. Betrieb für Kleinfabrikanten, elektr. Betrieb in viel. Spezial-Branchen. Soll für 6 Wöche verb. werden. Eintragen unter B. M. 3 Postamt 51 erbitten. 1895

Central-Möbelhalle, Kommandanten-Strasse 51.

Ecke Alexandrinenstr.
Gegründet 1871.



Wohnungs-Einrichtungen in allen Stylarten, jeder Preislage **zu kulantem Bedingungen**

Besichtigung empfehlenswert, ohne Kaufzwang. Anerkannt billigste Bezugsquelle für gute, gediegene Möbel. Besichtigung empfehlenswert, ohne Kaufzwang. Ueberzeugen Sie sich, bevor Sie anderweitig kaufen, von unserer Leistungsfähigkeit. Strengste Reellität.

Gekaufte Möbel können beliebig zeitlang einlagern!

Referenzen in allen Gesellschaften reisen!

Reste

Damentuche schwarz u. farbig

Costumes-Stoffe in den neuesten Mustern
Seiden-Stoffe zu Blusen und Futter
Sammete, Futterstoffe etc.

Confection

Paletots, Jaketts.
Staubmäntel, Costumes,
Costumes-Röcke in großer Auswahl

C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

J. Baer

Badstr. 28, Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Elegante Einsegnungs-
anzüge. Großes Lager
in- und ausländischer
Stoffe zur Anfertigung
nach Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Goldblondchen

alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

Zu beziehen durch die meisten
Bierverleger u. Mineralwasserfabrikanten.
Generalvertrieb: Ernst Krüger, NO., Höchststr. 28.

Auf Teilzahlung!! Wöchentlich nur 1 Mk.

Große Auswahl in Herren- und Damenmoden,
Staubhüten, Regulatoren, Brochen, Ringe, Ketten,
Stöcke, Röhren, Phonographen, Platten-
maschinen, Spielzeug, Harmonikas, Mandolinen,
Geigen etc. Verkauf von Platten, Noten, Gebirgs-
Walzen. 40462*

Jahre & König, Warschauerstr. 72.
Reinickendorferstr. 101.
achten Sie bitte genau auf unsere Firma. Nahe Bahnhof Wedding.

Zur Einsegnung
Goldene Broschen u. Ohr-
ringe, Uhren u. Ketten,
Ringe
empfehlen 40042*
Julius Kurth,
14 Neue Roßstr. 14.
Eckhaus der Wallstraße.

Phänomen-Zigaretten



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg. 3066L*

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

Altbewährt sind:



MAGGI'S Würze
mit dem Kreuzstern

Wenige Tropfen verbessern augenblicklich schwache Suppen, Saucen, Gemüse usw. in hervorragender Weise.
— Probefläschchen gratis. —



MAGGI'S Bouillon-Kapseln
mit dem Kreuzstern

geben sofort
1 Tasse vorzüglicher Fleischbrühe 5 Pfg. | 1 Tasse extra starker Kraftbrühe 7 Pfg.
Je 2 Portionen in Kapseln zu 10 bezw. 15 Pfg.



Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Würze** und **MAGGI'S Bouillon-Kapseln** Marke „Kreuzstern“.

In Josetti Vera Cigaretten finden wirkliche Kenner die Reinheit, das Aroma und die delikate Milde feinsten türkischer Tabake, die so schwer vollkommen zum Ausdruck zu bringen sind.

Die Mischung, welche zur Herstellung von

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

verwendet wird, ist in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack noch niemals übertraffen worden.

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Josetti



Alexander-Platz Phonographen Katz Andreas-Strasse

gegenüber dem Bahnhof. Ecke Blumen-Strasse.

20000 Walzen Konkurrenzlos billige Preise. 10000 Platten

Wieder neu eingetroffen: Doppelseitige 25 cm große Konzertplatten (so lange Vorrat) 95 Pf.

Die neuesten Aufnahmen in: Grammophon-, Zonophon-, Odeon-, Homophon-Platten zu Originalpreisen.

Besonders beliebte Schlager:

Emil, Du bist eine Pflanze.

Mägdelein, hör' meine Mahnung.

Willst Du mein Cousinchen sein?

„Der Tanzhusar“ — „Cousin Bobby“ etc. (Bisher 10.50 M.)

Konzert-Phonograph

mit extra gr. Aluminium-Trichter oder mit neuestem Blumen-Trichter

nur 6.75 M.

Große Auswahl in Verlosungs-Gegenständen für Vereine in allen Preislagen Extra-Preisermäßigung.



Bedeutend unterm Preis: Eine große Platten-Sprechmaschine 35 M. In Werk mit Geldeinwurf

Damen-Konfektion-Spezialhaus

Scheidemann & Cassel Kommandantenstr. 70-71 Gegründet 1866.

Neuheiten für die Frühjahrssaison.

Neueste Kostüme	neueste Form, neue Farben	15-40 M.
Neueste Kostüme	gefüttert, kurze u. lange Fassen, neueste Muster	18-39 M.
Neueste Kostüme	gefüttert, n. neue Farb. kurze u. lange Fassen	32-60 M.
Garment-Kleider	neue Farb., neueste Fassen	30-60 M.
Fräulein-Kleider	gefüttert, ganz bes. Gelog.	3.75 u. 5.75 M.
Engl. Paletots	ohne Seiden-Futter	9.50-19.50 M.
Staubhüte	frei, neue Farben, Fassen	4-18 M.
Bolepos	in Wolle, Cashmere und Taffet	6-50 M.
Blusen	Museline, Satin, Wolle, Batist	3.50-18 M.
Kostüm-Röcke	in Satin, Seide, reizen garniert	9.75-40 M.
Sport-Röcke	aus enghalsigen Stoffen, neueste Fassen	2.95-15 M.

Täglicher Eingang von Neuheiten.

Anerkannt billigste, aber feste Preise.

Die Möbel-Fabrik

A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10000 M. in nur anerkannt geübter Ausführung in jeder Holz- und Eilart sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Rufante Wohnungen. Tel. Amt IV-6877. [13862]

Metzner

Berlin

Andreas-Str. 23

gegenüber Andreasplatz.

Brunnen-Str. 95

am Bahnhof Gesundbrunnen.

Beussel-Str. 67

Moabit.

Leipziger-Str. 54-55

Spittel-Kolonaden.

Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.



Kinderwagen

Triumphstühle

Kindermöbel

Grösst. Spezialgeschäft

Kinderbettstellen

Korbwaren

Puppenwagen

1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist.

Gegründet 1873. — Katalog gratis.

Lebens-Versicherung.

VICTORIA zu BERLIN.

Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde u. 296 Mill. Mk. Gesamt-Vermögen: 544 Millionen Mk. Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1905: 113 709 396 Mk. Pro 1905 erhalten die Versicherten 22 870 732 Mark Ueberschuß als Dividende.

Volks-Versicherung.

VICTORIA.

FEUER-VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT. Ganz neue liberalste Bedingungen. Feuer-Versicherung.

Badeanstalt (Wannen-, Dampf- und Elektrische Lichtbäder)

gut und alt äußerst günstig für Bademeister-Ehepaar, möglichst eingeführt, Anfragen unter F. G. 125 Postamt 33 erbeten. Vermittler nicht erwünscht

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

vereinigte Tischler- und Tapezierermeister

Berlin, An der Jannowitzbrücke 3/4.

Bitte verlangen Sie unser großes Musterbuch umsonst.

Deutschlands größtes Möbel-Kaufhaus für Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingstange und reicher, moderner Schnitzerei, Mk. 85.— 190 cm breit, 230 cm hoch, 60 cm tief.



No. 3. Sofatisch, halbecht Nußbaum Mk. 23.— Blattmaß 115x70 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum Mk. 7.—



No. 11. Vertike, echt Nußb. m. Facettespiegel und reicher, moderner Schnitz. Mk. 90.— 98 cm br., 206 cm h., 47 cm t.



No. 1078. Großes bequemes Sofa mit echtem Nußbaum-Gestell und gutem Moquettebezug Mk. 130.— 205 cm lang, 141 cm hoch, 83 cm tief.



No. 12. Spiegel, echt Nußb., Mk. 30. Glasmaß 115x47 cm. No. 13. Spiegelschrank, geschm. Füll., echt Nußb., Mk. 36.— Spiegel mit Spiegelsp. 86 cm br., 242 cm h., 45 cm t.

Aus der Partei.

Im Dresdener sozialdemokratischen Parteitag besaßte man sich in zwei Versammlungen mit der Frage... (Text continues with details of the party congress and internal discussions).

Bericht des Genossen Dr. Valat aus dem Kanton Graubünden... (Text reports on a meeting in Graubünden and discusses local political matters).

Amtsinhaberung eines sozialistischen Bürgermeisters... (Text discusses the election and role of a socialist mayor in a town).

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Rittmeister v. Ruschwig irrsinnig.

Der Rittmeister v. Ruschwig in Rammheim machte, wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, vor kurzem durch seine Ansprache als Landwehrbezirkskommandeur von sich reden... (Text details a public incident involving a military officer).

Die gegen den Rittmeister z. D. v. Ruschwig des Landwehrbezirks (Bezirkskommandos) Rammheim wegen Verleumdung des Rechtsanwalts Dr. Frank verhängte Anklage wird gemäß § 272 Militärstrafgerichtsordnung zurückgenommen... (Text reports on the withdrawal of a military charge against a colonel).

Ein eigenartiger Strafantrag.

Gegen den Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank ist ein eigenartiges Verfahren aus Anlass einer Wahlrede in Darmstadt eingeleitet... (Text describes a peculiar legal case against a Reichstag member).

Dem Freizeitschützungsparagrafen. Das Schöffengericht zu Magdeburg fällt am Freitag eine für die Presse beachtenswerte Entscheidung... (Text discusses a court decision regarding leisure protection laws).

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die Revision des Genossen Schotte von der Düsselbacher Volkszeitung... (Text reports on a court decision regarding press freedom and libel).

Ein neuer Fall zu der interessanten Frage über die Schadenersatzpflicht von Krankenanstalten... (Text introduces a new case concerning liability of hospitals for accidents).

Zum Wahlfonds. gingen noch ein: Vierprozentige der Tapezierer von Römer u. Bötcher 10,00... (Text lists contributions to a political fund).

Ebenfalls verworfen wurde die Revision des Genossen Oskar Hoffmann von der „Freien Presse“ zu Elberfeld... (Text continues the report on a court case involving a newspaper).

Der staatsgefährliche Schmuppstapel. Der Haftbefehl gegen den wegen angeblicher Verleumdung des Großherzogs von Baden verhafteten, gegen Kaution auf freien Fuß gesetzten Genossen Appel... (Text discusses a case involving a newspaper and a political figure).

Rebakteurfreuden. Genosse Edmund Fischer vom „Armen Teufel“ aus der Oberlausitz zu Rittau ist auf acht Wochen ins Gefängnis gegangen... (Text reports on a prison sentence for a newspaper editor).

Soziales.

Haftung der Stadtgemeinde für die Verkehrssicherheit von Promenadenwegen.

Entgegen der Praxis vieler Amtsgerichte hält das Reichsgericht an der durch das Bürgerliche Gesetzbuch gerechtfertigten sozialen Anschauung fest, daß auch eine Stadtgemeinde für alle Schäden zu haften hat... (Text discusses municipal liability for public safety).

Die Ehefrau des Stadtschreiers S. kam am 8. Januar 1904, abends gegen 1/2 Uhr, auf der Promenade der Stadt Münstereifel... (Text details a specific case of an accident on a promenade).

Das Landgericht Münstereifel erklärte den Anspruch des Klägers für gerechtfertigt. Die Berufung der Beklagten ist vom Oberlandesgericht Hamm mit der Maßgabe zurückgewiesen worden... (Text reports on a court decision regarding the liability case).

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatten beide Parteien Revision beim Reichsgericht eingelegt... (Text mentions the appeal to the Reichsgericht).

Aus den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts ist folgendes belangreich: Das landgerichtliche Urteil nimmt an, daß die Ehefrau des Klägers gefallen ist, weil der mit Glatteis bedeckte Promenadenweg nicht mit abtupfendem Material bestreut war... (Text provides the legal reasoning of the Reichsgericht).

Das Reichsgericht hat die Haftung der Stadtgemeinde für den Unfall erwachsenen Schaden für den Unfall erwachsenen Schaden für den Unfall erwachsenen Schaden... (Text summarizes the court's final ruling on liability).

Haftung für Lehrlingsausübung.

Der Lehrherr haftet auf Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (nicht nur wegen Vertragsverletzung), wenn er dem Lehrling Handlungen aufträgt, die nicht aus dem Lehrgeld folgen... (Text discusses the liability of a master for an apprentice's actions).

Nachdem das Landgericht Essen die Klage auf Schadenersatz abgewiesen hatte, erklärte das Oberlandesgericht Hamm die Ansprüche der Kläger für begründet... (Text reports on a court decision regarding an apprentice's liability).

Was dann die Anschlussrevision des Klägers anlangt, so führt das Reichsgericht aus, sein Angriff, der andere Weg in der Stadt wäre jedenfalls ebenfalls schlecht gewesen... (Text discusses the appeal in the apprentice case).

Vertragliche Haftpflicht des Krankenhauses.

Ein neuer Fall zu der interessanten Frage über die Schadenersatzpflicht von Krankenanstalten für Verletzungen von aufgenommenen Kranken... (Text introduces a case about hospital liability for patients).

Hilfspersonen ohne weiteres. Dagegen ist bei der Klagebegründung nach den Grundrissen der unerlaubten Handlung die Anstalt nur dann haftpflichtig, wenn sie selbst oder ihre Vertreter in Ver schulden trifft... (Text discusses hospital liability for staff actions).

In dem vorliegenden Falle hatte der Kläger seine junge an Diphtherie erkrankte Tochter auf Anraten des Arztes in das städtische Hospital in Krefeld gebracht... (Text details a case involving a child's death in a hospital).

Das Landgericht Erfurt verurteilte die besagte Stadtgemeinde zum Ersatz des dem Kläger aus dem besagten Unfall entstandenen und noch entstehenden Schadens... (Text reports on a court decision regarding a hospital accident).

Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Raumburg hatte die Stadtgemeinde Krefeld Revision bei dem Reichsgericht eingelegt... (Text mentions the appeal in the hospital case).

Die Stadtgemeinde Krefeld hat die Revision bei dem Reichsgericht eingelegt... (Text provides details of the appeal and the court's reasoning).

Zum Wahlfonds.

gingen noch ein: Vierprozentige der Tapezierer von Römer u. Bötcher 10,00. Gesammelt von den roten Laternenwärtern der G. G. H. St. d. R. u. 2,00... (Text lists contributions to a political fund).

Am 17. Februar quittiert 21 779,16 R. Summa 21 800,96 R. In Abzug kommen 203,00 R. Summa 21 597,96 R. (Text provides financial details of the fund).

Dieser Beitrag ist zweimal quittiert, einmal in Nr. 20 vom 8. Februar, das zweite Mal in Nr. 40 vom 18. Februar unter dem Namen des Arbeiterbildungsvereins, London. (Text provides information about the fund's reporting).

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
Gegr. 1879. — Chormeister Alexander Weisbaum. — M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 17. März,
im Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide:
KONZERT.

Mitwirkende: Lissi Kurz (Sopran) Opersängerin.
Franz Borisch (Cello) kgl. Kammer Sänger.

Am Klavier: Clemens Schwalsch. Konzertflügel: Ibach Sohn.
Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Kinder 20 Pf.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten a 40 Pf. sind zu haben in den Zigarrenhandlungen: Horsch, Gewerkschaftshaus; Gottfr. Schulz, Kottbusser Tor; Emil Schulz, Mittenwalderstr. 2; Wilhelm Otto, Stallschreiberstr. 20; Richard Heinrich, Wrangelstr. 107; Parske, Büschingstr. 2; Böttger, Skalitzerstr. 107; Meyer, Schöneberg, Kolonnenstr. 49 und in den mit Plakat belegten Handlungen.

Verband deutscher Gastwirtsgehülfen.

Ortsverwaltung Berlin. Abteilung der Bierabzieher Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 16. März 1907:

Großer Wiener Maskenball

im „Schweizergarten“, Am Königstor.

12 Uhr: Demaskierung. 1 Uhr: Kaffeepause.
Während derselben: Komische Vorträge.
2 Uhr: Polonaise mit großen Überraschungen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ?? [287/14] Billett 50 Pf.
Hiersu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Architektenhaus, Wilhelmstraße 92. Heute Sonntag 8 Uhr:

Heine-Abend von Dr. Alfr. Daniel.

Auf vielfachen Wunsch: Simonstr. 11, 11a, 11b, 11c, 11d, 11e, 11f, 11g, 11h, 11i, 11j, 11k, 11l, 11m, 11n, 11o, 11p, 11q, 11r, 11s, 11t, 11u, 11v, 11w, 11x, 11y, 11z, an der Abend- u. nach im Architektenhaus.

Buggenhagen

(Moritzplatz).

In den unteren Sälen: Im Kaisersaal:
Bockrummel. Humorist. Soiree
Humor. Göttschalk-Konzert. der beliebten
Zirkusdirektor Barnum Willy-Walde-Sänger
mit seinen Zwergpferden. und Tanzkränzchen.
Eintritt: Wochentags 20 Pf. stets neues Programm!
Sonnabend u. Sonntags 30 Pf.

Dresdener Garten Dresdenstr. 45.

Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen und Fabriken mein Lokal mit Garten für Sommerfeste; den großen Saal und Vereinzimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 40/80*
Am 1. Osterfesttage ist ein kleiner Saal, am 2. Osterfesttage sind beide Säle noch frei. Geschäftsvoll A. Hoffmann.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

Voigts Krampenburg (Berliner Alpen)

eignet sich infolge seiner wunderschönen Lage ganz besonders zu Ausflügen für große und kleine Gesellschaften. Riesen-Saal a la „Neue Welt“, sowie kleinere Säle; Terrassen, Zelte, 45 Meter hoher Aussichtsturm, Kegelbahnen, Kaffeeküchen, Spielplätze, im schönsten Hochwald, Volkshelmsitzungen zu Land und zu Wasser, gute Bewirtung zu solchen Gelegenheiten. Herrliche Waldpartien in den Mägdebergen am „Langen See“ und der „Großen Krampe“ entlang nach Mägdeberg und Bismarckwarte. Dampferstation der „Stern“-Gesellschaft. 40812*
Um gütigen Zuspruch bitend, Achtungsvoll Robert Voigt.

Achtung! Vereine!

Herr Karl Römis in Schmiedewitz hat in letzter Zeit gegen mich Zirkulare versandt, in denen er gegen meine Person und gegen meine Geschäftsführung Angriffe erhoben hat.

Indem ich es ablehne, Herrn Römis auf gleiche Weise zu antworten, beschränke ich mich vorläufig darauf, zu erklären, daß ich gerichtliche Schritte zum Nachweise der völligen Unrichtigkeit der von Herrn Römis in den Zirkularen aufgestellten Behauptungen ergreifen habe.

Gleichzeitig bitte ich die geehrten Vereine, Gewerkschaften und Gesellschaften mir das alte Vertrauen auch ferner entgegenbringen zu wollen und empfehle meine in diesem Jahre erweiternden Lokalfestlichkeiten zu Dampferpartien und Ausflügen. 41332*

Eduard Rutkowsky, Rauchfangsverder.

Partei- genossen! Bundes- genossen!

In Begleit der Saison empfehlen wir unsere, in Arbeitsschaffen sehr beliebten, mit dem Original-Gallengetriebe D. R. P. 100 596 ausgestatteten
Nur Qualität. Solide Preise.
Hochfeine Ausführung. Fahrräder. Weitgehendste Garantie.
Großes Lager in Laternen und Zubehörteilen.
Eigene Reparaturwerkstelle.
„Vorán II“ Probefahr- u. Einkaufsgewinnspiel bei D. R. P. (Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“) Berlin N., Oderbergerstraße 30. Laden.

Möbel
ganzes Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter geübter Arbeit empfiehlt 30932*
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simonstraße 10.
Verlangen Sie, bitte, illust. Preisliste. an der Alten Jakobstraße.

Zentralverband d. Konditoren, Leh- u. Pfefferkuchler sowie deren Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
Sonntag, 16. März, in Louis Kellers Festsälen (gr. Saal), Koppenstr. 29 (Inh. A. Freyer):

15. STIFTUNGSFEST

Konzert: Neues Berliner Konzert-Orchester, Dirigent Rudolf Tietz. Festrede, gehalten vom Geoposen Paul Göhre. Liedervorträge: Gesangverein des Zentralverbandes der Konditoren. Humoristische Vorträge: Das „Berliner Ulk-Trio“, Festball, Herron, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.
Einlaß 5 1/2 Uhr. Anfang 6 1/2 Uhr.
Eintrittskarten a 30 Pf. sind im Verbandsbureau, Brunnenstr. 30, im Verbandsbureau der Bäcker, Auguststr. 36, in den Zahlstellen des Verbandes und bei den Vertrauensleuten zu entnehmen. — Einen genügenden Abend versprechend, ladet zu zahlreichem Besuche ein Das Vergnügungskomitee.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 15.
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141.
Gaede, Landsbergerstr. 93.
Sachs, Große Frankfurterstr. 132.
Bliß, Große Frankfurterstr. 137.

Norden:

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.
Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.
Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.
Bliß, Chausseest. 80.
Bliß, Rosenthalerstr. 9.

Süden:

Esders u. Dyhoff, Drantenstr. 48.
Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
Karl Stier, Drantenstr. 166.
Bliß, Kommandantenstr. 43.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Westen:

Kaplan, Friedrichstr. 1.
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
Karl Stier, Potsdamerstr. 8.
Landsberger, Friedrichstr. 108.
Thiery u. Sigand, Friedrichstr. 179.
Wandsburger, Friedrichstr. 7.
Wandsburger, Turmstr. 30.
Esders u. Dyhoff, am Dönhofsplatz.

Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan Esders, Kaiser Wilhelmstr. 41.
Rietzmüller, Mollenmarkt.

Warenhäuser:

Max Mannheim, Frankfurter Allee 112.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Berlin, Engel-Ufer 21, parterre.

162/20*

Bau- und Erwerbgenossenschaft „Vorwärts“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz aufgestellt am 31. Dezember 1906.

Aktiva.		Passiva.	
Ein Kassafonto	114,40	Ver Kreditoren-	
Bankkonto	1500,—	konten	1400,—
Kassafonto	2729,37	Gesellschafts-	
Gesellschafts-		konten	9273,30
Umlage	385,—	Reservefonds-	
Ges. Reserve-		konten	162,23
fonto	100,—	Vortrag v. Ein-	
		tritts-Gelder-	
		konten	21,—
		Vortrag v. Ge-	
		winnen	163,92
		Dividende	108,39
			39. 5129,77
			39. 5129,77
Gewinn- und Verlustkonto.		Passiva.	
Ein Umlagekonto	129,56	Ver Umlagekonto	33,30
Ges. Umlage-		Mitglieder-	
konten	133,55	konten	1607,05
Umlagekonten	1200,—	Eintrittsgelder-	
Umlagekonten	163,92	konten	21,—
do. do.	21,—		
Dividende	108,32		
	39. 1756,35		39. 1756,35

Im Laufe des Geschäftsjahres sind 21 Genossen neu eingetreten und 8 Genossen ausgeschieden. Der Genossenschaft gehörten am Ende des Jahres 119 Genossen an. — Das Geschäftsergebn hat sich während des Geschäftsjahres um 750 M. erhöht und die Gesamtsumme ebenfalls um 750 M. Die Reserve belief sich am 31. Dezember 1906 auf 6100 M.
Straßau, den 8. März 1906. 90296

Max Schödig, Hans Bahrfeldt, Karl Behrend.

Einsegnungs-Anzeige.
Robert Bohn
BERLIN, Invalidenstr. 195.
Großes Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderoben.
Maßabteilung I. Etage.

Möbe
ganzes Wohnungs-Einrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter geübter Arbeit empfiehlt 30932*
Eigene Tischlerei-Werkstatt.
Berlin O.,
Wiehr, Petersburgerstr. 62.

Alhambra

Balln-Theaterstraße 15.
Jeden **Großer Ball**
Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntags 6 Uhr. A. Zameitat.

Moerner's Blumengarten
Ober-Schöneweide a. d. Obersee.
Inh.: Alb. Moerner
(Neues Konzerthaus).
30842* Geste:
Extra-Reunion
(Leitung: Langlocher Sachs).
Für Vereine und Gewerkschaften im Sommer noch Sonnabends zu vergeben.
Bedingungen in bekannter literarischer Weise.

Allen Freunden und Bekannten zur gefr. Nachricht, daß ich am 1. März das Lokal
Salzwedelerstr. 13
abgenommen habe. Für gute Speisen und Getränke sowie angenehme Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Gleichzeitig erlaube ich mir mein **großes Vereinszimmer** sowie meine renovierte **Doppel-Kegelbahn** bestens zu empfehlen.
Achtungsvoll
Max Bothfeld.

Anton Bookers Ball-Salon
Gabe noch Sonnabends und Sonntags Säle zu vergeben, auch ein Vereinszimmer in der Nähe frei.
Anton Becker, Webastr. 17.
T. R.: VII. W. 18414. 35702*

O. Heinze,
Brückenstr. 6.
Räder
Zubehör
Reparatur, Emailierung, Vernickel.
besonders billig.

Gewerkschaftshaus
Engel-Ufer 15.
Geste: Großer Witzgebäude.
Ben 5 1/2 Uhr ab: 4476*
Künstler-Konzert.
— Eintritt frei. —
Reichhaltige Abendkarte. Besondere Plätze aus der Schaffens-Gemeinde.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Welt-Ausstellungs-
Biograph-(St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Germania-Pracht-Säle.
H. Chausseestr. 103. Karl Richter.
Jeden Sonntag: Wilh. Wolffs
Hamburger Sänger.
Vollständig
neues
Programm.
Anfang 6 Uhr.
Eintritt:
50 Pf.
mit anschließ.
Familien-
kränzchen.
Um welchen Saal von 5 Uhr ab:
Großer Ball.
Jeden Mittwoch: **Hamburger**
Sänger und Freianz. 35512*

Artushof, Volks-Theater.
Friedbergstr. 26.
Geste: „Die Reise“ (mit 6 Uhr.
auf gemeinschaftliche Kosten“).
Donnerstag, 14. Wohlthätigkeits-Vorst.:
„Der Pierron von Kirchfeld“.
Marxer Hell: Franz Werfer u. Quisen-
Theater a. G. 19876

Elysium, Landsberger-
Allee 40.
Jeden **Gr. Ball.**
Sonntag: **Gr. Ball.**
Ballmusik ausgef. v. 8 Kapellen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Entree frei.
Jeden Montag:
Original-Hamburger Sänger
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf. inkl. Lang-
weil. Sonnabende im Rot-Raum
sind noch zu vergeben. Amt 7 2617.
Karl Eisermann.

Vereinszimmer
mit elektr. Piano, nahe Bahnhof
Jannowstraße, 50 Personen, Dienst-
tag, Donnerstag und Freitag frei.
Resta. A. Schyla, Michaelstraße 24.

Nur einmal jährlich
zum **Inventur-**
Räumungspreis
Eine Partie **Perser-**
imit. Perser-
Teppiche
getreue echter Perser
von wunderbarer Farbenpracht
auf beiden Seiten benutzbar.
Ungefähre Größe:
90x185cm M. 3,75 (Wert 6,00)
130x200 „ 5,50 („ 8,25)
160x230 „ 8,75 („ 12,75)
200x300 „ 12,75 („ 18,00)
250x350 „ 21,50 („ 28,50)
300x400 „ 28,50 („ 39,00)
400x500 „ 52,00 („ 68,00)
Passende Betr.- u. Pull-Teppiche
Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M.
Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**
Unterhalte nirgends Filialen!!
Inventur-Extralistel gratis
u. Katalog mit ca. 600
Illustrat. franco

III. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstraße 20:

Versammlung mit Frauen.

Vortrag des Genossen Hans Weber über:

Bilder aus dem Gegenwartsstaat.

Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein mit Tanz.

Entree inklusive Garderobe und Tanz 20 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 210/200 Der Vorstand.

Am Dienstag, den 12. d. M., findet im „Märkischen Hof“, Kommandantenstr. 18a, eine Wahlvereins-Versammlung statt, in welcher die Diskussion über den Ausfall der Reichstagswahlen fortgesetzt wird.

Charlottenburg.

Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3:

General-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Medardus Hans Block über die Reichstagswahlen. — Vereinsangelegenheiten. — Anstellung eines zweiten Spektors. — Ergänzungswahlen zum Vorstand. 250/8 Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Genossinnen und Genossen der Rosenthaler Vorstadt!

Montag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinnmünder-Gesellschaftshaus, Zwinnmünderstr. 42, großer Saal:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die letzten Reichstagswahlen und die Waffen des Proletariats. Referent: Genosse A. Störmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Agitationskommission

der 1. Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Jalousie-Arbeiter.

Dienstag, den 12. März, bei Friedrich Nachfolger, Düringer, Britzenerstr. 9:

Vertrauensmänner-Sitzung.

Die Vertrauensmänner sämtlicher Werkstätten müssen erscheinen.

82/13 Der Obmann.

Treppengeländer-Branche!

Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17:

Versammlung

aller in Treppengeländer-Fabriken beschäftigten Tischler, Drechsler, Stellmacher, Maschinenarbeiter, Bildhauer usw.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Situation in der Branche. 2. Diskussion. 3. Bericht von den Vertrauensmännern. 4. Besondere- und Branchenangelegenheiten. Wir ersuchen die Kollegen, ob in Arbeit stehend oder ausgesperrt, alle zu erscheinen. Die Kommission.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Etalauerstr. 48. Telefon: Amt 1, 7779.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung mit Frauen

Donnerstag, den 14. März 1907, abends 8 1/2 Uhr, in Dräcker'schen, Neue Friedrichstr. 35.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wilhelm Düwell über: „Die Ziele der Sozialdemokratie.“ 2. Anträge und Verschiedenes. Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

176/5 J. W. W. Siering, Berlin O. 2, Etalauerstr. 48.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Sektion der Glasbläser.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Oeffentliche Versammlung

aller in den Berliner Glasbläsereien beschäft. Personen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Hrn. Martha Hoppe über: „Die fachgewerbliche Ausbildung und die modernen Arbeiter beider Geschlechter.“ 2. Diskussion. — Kollegen und Kolleginnen! Agilisiert eifrig für einen guten Besuch. Der Branchenleiter.

287/15

Kraftdroschenführer!

Sonntag, den 10. März, vormittags 11 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstraße 20:

Versammlung

der

ausgesperrten Kraftdroschenführer.

Tages-Ordnung:

Der Schiedsspruch des Einigungsamtes und unsere Stellung dazu. Strelkkarte legitimiert. 68/10

Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig

Die Kommission der ausgesperrten Automobilfahrer.

J. W. Franz Rettig.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Markgrafen-Sälen, Markgrafendamm:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen M. Grünwald: Welche Machtmittel besitzt das Proletariat? 2. Diskussion.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Wermuth über: „Die alte und die neue Internationale.“ 2. Diskussion. Die Abteilungsleiter. 3. Diskussion. Die Abteilungsleiter.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. 247/17*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, im Bernhard-Rose-Theater, Bad-Strasse 58:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Böhle-Strasbourg über „Die Sozialdemokratie und ihre Mitläufer.“ 2. Diskussion.

Männer und Frauen sind auch als Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Achtung! Genossinnen! Genossen! Achtung!

Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Was hat das Proletariat, insbesondere die Dienstboten, vom neuen Reichstag zu erwarten?“ Referent: Ottilie Bander. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Vertrauensperson.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Vertrauensperson.

Achtung! Herrenmaßschneider! Achtung!

Herrenmaßschneider!

Sonntag, den 10. März 1907, vormittags 10 Uhr, in der „Brauerei Friedrichshain“ am Friedrichshain:

Mitglieder-Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mitglieder, welche mit Ihren Beiträgen mehr als 13 Wochen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Achtung Spandau! Achtung Spandau!

Mittwoch, den 13. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Spandau und Umgegend

im Saale von Kumbke, Schönwalderstraße 81.

Tages-Ordnung:

1. Der neue Reichstag und was haben die Arbeiter von demselben zu erwarten? Referent: Kollege Waschick. 2. Diskussion. 3. Der Verbandstag in München. 4. Vorfälle und verschiedene Anträge. Kollegen! Bei der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig. 114/16

Diesem Mitglieder, welche zu dem Münchener Verbandstage kandidieren und die Ordnummer ihres Mitgliedsbuches noch nicht gemeldet haben, werden dringend ersucht, die Meldung bis Montag abend in unserem Bureau abzugeben. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zivil-Berufsmusiker Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Musiker! Achtung!

Dienstag, den 12. März, vormittags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes über die Sitzung mit dem Aktionsausschuss betr. Tariffrage zur Kaiserin und Wahl einer Lohnkommission. 3. Antrag des Vorstandes: a) Ortszulassungs-Marken, b) Bewilligung von Fahrgeld bei Sitzungen usw. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. Außerordentlich machen wir den Vereinen resp. Komitees bekannt, daß sich unser kostenloser Arbeitsnachweis nach wie vor Brunnenstr. 188, Restaurant Wille, befindet. D. O. 50/1

Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands

Bezirksgruppe: Berlin-Brandenburg und Mecklenburg.

Mitglieder-Versammlung

in den Musifer-Sälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt: „Die Arbeitervertretung bei der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben.“ 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Montag, den 11. März, abends 8 Uhr, bei Bercht, Ritterstraße 75:

Versammlung.

138/9

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Katzenstein über: „Die Bedeutung des Genossenschaftswesens.“ 2. Verschiedenes. Fragezeichen und Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

BREUER'S Festsäle

„Zur Königshank“

Gr. Frankfurterstr. 117. X. Ing. Curt Breuer. X. Amt VII, 8142 Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Geschäftsräume zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zu den billigsten Bedingungen. Um recht regen Besuch bittet [35502*] Curt Breuer, Gattinck.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.

Zu der am Donnerstag, den 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal VIII), stattfindenden

Wahlversammlung

werden alle wahlberechtigten Kassenmitglieder hiermit ergeben eingeladen. Tagesordnung: Wahl von 21 Vertretern der Kassenmitglieder für die Wahlperiode 1907 bis 1909.

Das Kassenbuch muß bei der Wahl vorgelegt werden. 271/9

Der Vorstand.

J. W. H. Lobitz.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Sonntag, den 17. März 1907, nachm. 2 Uhr, Blumenstr. 35:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Jahresbericht. 3. Ergänzung des Vorstandes (ein Arbeitnehmer). 4. Wahl des Kassierers für die Wahlperiode 1907 bis 1909. 5. Anträge und Verschiedenes. Berlin, 10. März 1907. 270/20

Der Vorstand.

Wegen meiner Wahl zum Oekonom des Gewerkschaftshauses verlaufe ich sofort meine

Restauration

überst. preiswert. 41853

Richard Augustin, Craniestr. 103.

Paul Töhs, Schnelbermeister



Wollen Sie ein Motorrad

besitzen? Fordern Sie meinen reichhaltigen Katalog Nr. 127 P. gratis und franco.

Größte Reparatur-Werkstätten für Versand. Preise nach Liste verb. billig! Rahmenrohre Mk. 1,50. Gummilager Mk. 2,50. Veredelung Mk. 8,50. Lieferort 2-3 Tage. 2000 Lager-Nummern. Motorrad u. Motor-Jahres. 25 Modelle Jahress. Willkomm. Katalog! WILLI HAUSSHERR, Bonn. Hiltz-Jacob-Strasse 82.

Advertisement for J. Gerzberg, featuring a gramophone and text: „Gratias 100 Nadeln beim Einkauf gratis, Doppelschaliger Xenophon-Favorit-Hör-Platten à 3 Mark. Ferner liere Musikwerke. Thellzahlung Wochenrate 1 Mark. J. Gerzberg, an der Janow-Brückel am Bahnhof.“

Gewerkschaftliches.

Koalitionsrecht von Polizeibeamten.

In der Köpenickerstraße, im Gebiet des 43. Polizeireviere, wird den ausgesperrten Holzarbeitern das Streikpostenwesen sehr erschwert. So wird uns mitgeteilt, daß am Sonnabend ein Streikposten, der vor dem Hause Köpenickerstraße 154a ruhig hin und her ging, ohne irgend jemanden im Wege zu sein, von einem Schuttmann nach der Wache gebracht wurde. Der Polizeileutnant soll zu dem Holzarbeiter gesagt haben: „Wenn Sie erklären, dann werde ich Sie gleich entlassen, im andern Falle lasse ich Sie in die Zelle sperren.“ — Der Holzarbeiter gab eine solche Erklärung natürlich nicht ab, und wirklich mußte er 1 1/2 Stunde in der Zelle des Polizeireviere nuzubringen. Der Leutnant soll dann bei der Entlassung geäußert haben: „Das kostet 30 M., wenn Sie sich wieder sehen lassen, geht es Ihnen wieder so.“

Der betreffende Polizeileutnant kennt offenbar die Grenzen seiner Amtsbefugnisse nicht. Der Arbeiter ist doch nur zum Zweck der Feststellung seiner Personalien fixiert worden. Nachdem das geschehen, ist er sofort zu entlassen. Ein Polizeileutnant hat kein Recht, von irgendwem die Erklärung zu verlangen, sich nicht mehr in der Köpenickerstraße sehen zu lassen. Am wenigstens in Verbindung mit einer Drohung, die einer strafbaren Nötigung verteuert ähnlich sieht. Ebensovienig ist ein Polizeileutnant berechtigt, jemand, der diese Erklärung nicht abgibt, mir nichts dir nichts einsperren zu lassen. Ein Beamter, der so handelt, macht sich einer Freiheitsberaubung, also einer ungesetzlichen Handlung schuldig. Und in Preußen-Deutschland sollen doch wohl die Polizeibeamten für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung sorgen, nicht gegen das Gesetz verstößen! Oder schafft eine Aussperrung neben den wirtschaftlichen auch ganz von selbst gesetzliche Ausnahme-Zustände?

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Infolge der Bemühungen des Gewerkschaftsleiters Herrn Rucht werden nunmehr Verhandlungen vor dem Einigungsamt stattfinden. Es war bereits eine Sitzung des Einigungsamtes zu Sonntag festgesetzt, jedoch teilte Herr v. Schulz der Leitung des Holzarbeiterverbandes am Sonnabendmorgen mit, daß die Verhandlung erst am Donnerstag stattfinden kann. — Die eine hiesige Korrespondenz berichtet, hat eine Versammlung der Arbeitgeber beschlossen, daß bei den Verhandlungen den Arbeitern keine Konzessionen gemacht werden sollen und daß die Vertreter der Arbeitgeber beim Einigungsamt die Erklärung abgeben sollen, Forderungen in bezug auf Arbeitszeitverlängerung, Lohnhöhung und Arbeitsnachweis seien für sie nicht diskutabel. — Es handelt sich aber hier — was die Korrespondenz nicht mitteilt — nur um eine Arbeitgeberversammlung des Süd-Ostbezirks, also nur um einen Bruchteil der gesamten Arbeitgeber. Die Versammlung, welche den bezeichneten Beschluß faßte, scheint eine sonderbare Vorstellung von Einigungsamtverhandlungen zu haben. Wären denn die Arbeitgeber im Süd-Osten wirklich, der Holzarbeiterverband, der ja die Verhandlungen nicht nachgesucht hat, werde seine Vertreter nach dem Einigungsamt schicken, nur damit sie erklären: Wir unterstützen uns den Arbeitgebern und fügen uns ihren Bedingungen? — Ah nein, so steht es mit den Holzarbeitern nicht und so weit wird es auch mit ihnen nie kommen. Wenn die Arbeitgeber vor dem Einigungsamt den Standpunkt vertreten wollen, den die Süd-Ostversammlung einnahm, dann hat sich — davon sind wir überzeugt — Herr Rucht vergebens bemüht.

Die soeben erschienene neueste Nummer der „Nachzeitung“ ist so auch etwas beachtenswerter als die Süd-Ostversammlung. In der „Nachzeitung“ heißt es, die Verhandlungen können aufgenommen werden, falls der Holzarbeiterverband auf die Forderung einer Verlängerung der Arbeitszeit verzichtet. —

Hierzu scheint es, als ob die Leitung der Arbeitgeber hinsichtlich der Lohnfrage nicht mehr auf dem schroff absteigenden Standpunkt steht, den sie während der Vertragsverhandlungen im letzten Viertel des vorigen Jahres einnahmen. Es ließe sich zwar auch zu der Auslassung der „Nachzeitung“ manches sagen, doch wollen wir den Verhandlungen nicht vorgreifen, da es ja Sache der betreuenden Vertreter des Holzarbeiterverbandes ist, zu entscheiden, auf welcher Grundlage sie eine Verständigung eventuell für angebracht halten. — Eines muß jedoch noch gesagt werden. Wenn die „Nachzeitung“ von einer „Forderung“ spricht, auf die der Holzarbeiterverband verzichten solle, so befolgt sie damit dieselbe Methode der Irrführung, deren sie sich während des ganzen Kampfes bedient hat. Durch diese Methode der Irrführung sollen die Arbeitgeber, welche sich nicht um die wahren Ursachen des Kampfes gekümmert haben, in den Glauben versetzt werden, es handle sich um Forderungen, die der Holzarbeiterverband jetzt oder doch in aller nächster Zeit mittels des Streiks habe durchsetzen wollen, und daß die Arbeitgeber dem Streik durch die Aussperrung zuvorgekommen wären. So oft die Arbeiter und ihre Organe diese Darstellung als falsch bezeichnet haben, taucht sie doch immer wieder auf. Es liegt System und Absicht in dieser Irrführung. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß sich der gegenwärtige Kampf gar nicht um Forderungen des Holzarbeiterverbandes dreht. Die Arbeiter fordern zur Zeit gar nichts, und wenn die Arbeitgeber die Aussperrung aufheben und die Arbeiter wieder einstellen, dann ist Ruhe und Frieden sofort hergestellt, ohne daß die Arbeitgeber nötig hätten auch nur die geringste Forderung zu bewilligen. —

Nach einer anderen Richtung werden die Arbeitgeber durch die „Nachzeitung“ irreführt. Es wird berichtet, eine am 7. März abgehaltene Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter habe den Vorstand des Holzarbeiterverbandes beauftragt, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. — Wer der „Nachzeitung“ das erzählt hat, der hat gelogen. Weder die bezeichnete noch irgend eine andere Versammlung des Holzarbeiterverbandes hat jemals einen derartigen Beschluß gefaßt, oder auch eine Anregung nach der angegebenen Richtung erteilt. Im Gegenteil. Im Holzarbeiterverband hat noch niemand — weder in der Leitung noch in Mitgliedschaften — das Bedürfnis gefühlt, Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen. In allen Versammlungen des Holzarbeiterverbandes ist ohne Widerspruch gesagt worden, daß man noch mit einer recht langen Dauer des Kampfes rechnen. — Unter den Anhängern von Klein- und Mittelbetrieben gibt es dagegen viele, die kampfabwärtig sind und die schon längst wieder ihre Arbeiter eingestellt hätten, wenn sie nicht durch die Führer der Arbeitgeber zusammengehalten würden durch die falsche Vorhersage, der Holzarbeiterverband werde schon auf dem letzten Loch und habe um Verhandlungen nachgesucht. Dieser Methode der Irrführung soll auch die oben gekennzeichnete unwahre Angabe der „Nachzeitung“ dienen. —

Nun noch ein Wort mehr persönlicher Natur an die Adresse der „Nachzeitung“. Das Organ der Arbeitgeber schreibt: „Recht still ist es mit einem Mal im „Vorwärts“ geworden.“ — Wir glauben

gern, daß es die Redaktion der „Nachzeitung“ betrifft, wenn es im „Vorwärts“ „recht still“ wird. Während der Dauer der Aussperrung hat die „Nachzeitung“ ihre Spalten gefüllt mit Raisonnements und Schimpereien über das, was der „Vorwärts“ während einer ganzen Woche über die Aussperrung brachte. Wenn es nun „recht still“ im „Vorwärts“ wird, fehlt es der „Nachzeitung“ an Stoff und der Herr Chefredakteur ist genötigt, aus eigener Kraft den spärlichen Raum zu füllen, der zwischen der Inseratenflut noch übrig bleibt. Da nun der „Vorwärts“ nicht mehr genügend Stoff zu allerlei Raisonnements bietet, ist es auch in der „Nachzeitung“ recht still geworden. Nicht einmal auf den von uns wiederholten Vorwurf, daß der Chefredakteur der „Nachzeitung“ die Leiter des Holzarbeiterverbandes einer gemeinen Handlung verdächtig habe, weiß Dr. Küffelmann, der sich in der vorigen Nummer in der Pose des stillen Entrüsteten zeigte, etwas zu sagen. Wir dürfen aus seinem Schweigen wohl den Schluß ziehen, daß die Kennzeichnung, die wir dem Herrn zuteil werden ließen, erzieherisch gewirkt hat.

Die „Generalausperrung“ im Tapetierergewerbe.

Als ob sie das Fiasko, das sie mit ihrem ersten Aussperrungsbeschluss erlitten hat, noch um ein gut Teil vergrößern wollte, beschloß die Tapetierer-Zwangsgewinnung am Freitag, daß auch die unorganisierten Arbeiter ausgesperrt werden sollten. Wie uns berichtet wird, waren gegen 700 Arbeitgeber in der Innungsversammlung erschienen. Es fehlte also keineswegs an der Erlaubnis, daß es sich um eine sehr wichtige Frage handelte. Um so kläglicher für die Scharfmacher nimmt sich das Abstimmungsresultat aus, das offenbar erst zustande kam, nachdem der größte Teil der Mitglieder den Saal verlassen hatte. Bis Mitternacht kämpften die Führer der Generalausperrungsidee, um eine Mehrheit für ihren Plan zu erringen, und was sie erreichten, waren 205 Stimmen für, aber 116 gegen die Generalausperrung. Eine jede Arbeiterorganisation würde sich hüten, mit einer solchen „Meinheit“ — die ja in diesem Falle tatsächlich eine Minderheit der Innungsmitglieder ist — einen Generalkrieg zu beginnen, ja die Leiter einer Arbeiterorganisation würden bei solch schamlos-jämmerlicher Stimmung ihrer Mitglieder von vornherein davon Abstand nehmen, einen solchen Beschluß in Vorschlag zu bringen. Dieses Minimum gewerkschaftlicher Kriegstaktik verlangt man von jedem Gewerkschaftsleiter.

Die „Generalausperrung“ ist denn auch so ausgefallen, wie man es der Abstimmung nach erwarten konnte. Bis gestern abend gegen 6 Uhr war auch noch nicht ein einziger neuer Fall von Aussperrung gemeldet. Aber an demselben Tage, dem Tage, wo die Generalausperrung perfekt werden sollte, haben die zwei von allen Arbeiterfirmen Berlins, die dem ersten Aussperrungsbeschluss der Innung Rechnung getragen hatten, ihre zusammen 23 Gehülfen wieder eingestellt, so daß nun in der Arbeiterbranche auch nicht ein einziger Aussperrter mehr vorhanden ist. Und doch sollte der Innungsbeschluss für diese Branche ebenso gut gelten wie für die Möbel- und Dekorationsbranche!

Daß es eine Torheit sein mußte, zu beschließen, die, trotz Androhung der „Scharfmacher-Regeln“ so wie so schon kläglich mangelnde Aussperrung noch auf die unorganisierten Arbeiter auszuweiten, dessen waren sich die Verantwortlichen unter den Innungsmitgliedern wohlbewußt, und man ließ es denn auch nicht an Versuchen fehlen, um einen solchen Beschluß heranzukommen. Kam doch am Donnerstag ein sehr angesehenes Tapetiermeister, dessen Name nicht genannt werden soll, zu dem Filialvorsitzenden Wels und machte ihm allerlei Vorschläge, wie man den Kampf beenden und die Generalausperrung vermeiden könnte. Zunächst den, daß der Tapetierverband ein Schreiben an die Innung richten sollte, worin er sich zu verhandeln bereit erklärte. Nun hat aber die Gehülfenorganisation von Anfang an und im Laufe der Bewegung wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu verhandeln kundgegeben. Es lag also kein Grund vor, dies nochmals zu tun. Dann kam der Ungenannte mit dem Vorschlag, die Gehülfenversammlung am Freitag möge einen verhandlungsfreundlichen Beschluß fassen und ihn sofort durch einen Boten der Innungsversammlung übermitteln. Daraus einzugehen, lehnte Wels selbstverständlich ebenfalls ab. Für die Gehülfenschaft lag ja auch nicht im geringsten Ursache vor, die Innung vor dem tödlichen Beschluß der Aussperrung der unorganisierten Arbeiter zu bewahren. Wollte sie verhandeln, so brauchte sie nicht einen Mann zu senden, der sich den Schein gab, als handle er ganz und gar aus eigenem Antriebe, aber doch sofort nach der Unterbrechung den Vorstandsmitgliedern der Innung von dem Ergebnis berichtete.

Daß die Gehülfenschaft zu verhandeln bereit ist, hat ja ihre Versammlung am Freitag nun nochmals deutlich genug kundgegeben. Man wird abwarten müssen, ob die Innung nun endlich den rechten Weg findet. Die Gehülfenschaft kann es abwarten. Davon legte ihre Versammlung berechtigtes Zeugnis ab.

Das Ende der Automobilfahrer-Aussperrung?

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Autodroschkensbesitzern und den ausgesperrten Fahrern begannen am Sonnabend vor dem Gewerbeamt. Mohns, Schmidt und Nagel vertraten die Unternehmer, Rettig, Weder und Kant vertraten die Fahrer. Als Beisitzer fungierten für die Arbeitnehmer A. Werner und Ritter, für die Arbeitgeber Fiedler und Heddenhauer. Den Vorsitz führte Magistratsrat v. Schulz. Nach einer ruhigen Darlegung des Standpunktes der beiden Parteien, wie er den „Vorwärts“-Lesern bekannt ist, begannen die Konferenzen und engeren Besprechungen wie üblich, als deren Resultat das Einigungsamt folgenden Vorschlag machte:

Die Arbeit wird am Dienstag, den 12. März, wieder aufgenommen. Die Fahrer erhalten 1,60 M. Tageslohn und von der Bruttoeinnahme 20 Proz. Davon ist ausgeschlossen die Lohnerhöhung von 20 resp. 30 Pf. für elektrische Wagen. Die Wochengehälter für die Wagen soll 45 Pf. betragen und ist von den Fahrern zu zahlen. Wahrgelassen aus Anlaß des Streiks oder der Aussperrung dürfen nicht stattfinden.

Auf Anfrage von Rettig, wie es mit der Forderung einer Ration stehe, wurde geantwortet, daß die Unternehmer davon absehen wollen. Auf eine weitere Anfrage über den Arbeitsnachweis in der Köpenickerstraße wurde eine Antwort nicht erteilt. Herr v. Schulz erklärte seine Bereitwilligkeit, bei Erledigung neu auftauchender Fragen zur späteren Verhandlung bereit zu sein.

Die Vorschläge wurden von beiden Parteien als Einigung unterzeichnet, vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen.

Deutsches Reich.

Sieger von Schreibfahlers Gnaden.

Die in der Donnerstagnummer des „Vorwärts“ geschilderten Vorbemerkungen betreffend die Gewerbeämterwahl in Breslau sind unvollständig in ein neues Stadium gerückt: Die „Hirsche“ haben wieder einmal den Verräter gespielt und treten trotz freiwilligen Anbietens und feierlichen Versprechens dem Gewerkschaftsamt nicht ein einziges Mandat ab! Obwohl sie selbst eingestanden, daß auf ihrer Liste fast nur Dummköpfe und unfähige Statisten bezeichnet sind, erklären sie — wie es heißt auf Verweisung aus Berlin! — ihre Liste als gewählt. Breslau erlebt mithin das traurige Schauspiel, daß in den nächsten drei Jahren das Gewerbeamt völlig den verräterischen Hirschen ausgeliefert ist. Und das alles nur, weil infolge eines lächerlich geringfügigen Schreibfahlers (siehe Nr. 56 des „Vorwärts“) der Magistrat glaubte, die Liste des Kartells schleunigst für ungültig

erklären zu müssen! Die freien Gewerkschaften werden selbstverständlich die nun folgende Rechtsprechung des Gewerbegerichts aufs peinlichste kontrollieren und dafür sorgen, daß die Unfähigkeit der Charlatane aus dem Gewerbeamt aller Welt offenbar wird.

Wie wir hören, hat das Gewerkschaftsamt in Breslau an den Bezirksausführer ein Gesuch gerichtet, die Wahlen aus neue auszuschreiben, damit die, die am Gewerbeamt ihr Recht zu suchen gestungen sind, nicht Nullen ausgeliefert werden. Wie wir ferner erfahren, würde selbst der Magistrat gern sehen, wenn das Gesuch Erfolg hätte, denn ihm ist nur zu wohl bekannt, daß unter den 51 Beisitzern der Hirsche-Liste keine sechs sind, die auch nur entfernt den Anforderungen gewachsen sind.

Die Situation im Hamburger Hafen.

In der Nacht zum Sonnabend lief der Hamburger Dampfer „Vesta“ mit weiteren 109 englischen Arbeitswilligen ein, die gleichfalls auf dem als Logierschiff eingerichteten Dampfer „Mabatia“ untergebracht wurden.

Ein Privattelegramm meldet uns:

Hamburg, 9. März. Heute abend sind die Schauerleute aufgefördert worden, zu unterschreiben, daß sie bereit zur Nacharbeit sind, widrigenfalls sie am Montag keine Arbeit bekämen. Diese haben es aber nicht getan. Sie haben morgen Versammlung, dort wird der Beschluß darüber gefaßt. Es sind heute und gestern schon 900 Streikbrecher aus England angekommen, welche auf zwei Dampfern der Hamburg-Amerika-Linie untergebracht sind. Allem Anschein nach sollen 6000 Schauerleute ausgesperrt werden.

B. L. B. meldet:

Hamburg, 9. März. Von ungefähr 5000 in Betracht kommenden Schauerleuten haben bis heute abend etwa 70 bis 80 Schauerleute sich durch Unterschrift verpflichtet, Sonntags- und Nachtarbeit zu leisten. Diese werden mithin weiter ordnungsgemäß beschäftigt.

Weiter meldet eine Depesche:

London, 9. März. Gestern gingen von hier 2000 Hafensarbeiter nach Hamburg ab, um die dortigen streikenden Hafensarbeiter zu ersetzen.

Der Streik ist also von den Unternehmern wohl vorbereitet.

Ein Streik der Schneider ist in Fürth i. B. ausgebrochen. Schon am 10. Januar wurde ein verbesserter Tarifentwurf eingereicht, der in der Hauptsache eine 10- bis 20prozentige Lohn-erhöhung forderte. Die Unternehmer gestanden in einem Antwortschreiben 10 Prozent zu, aber in einem darauf übermittelten Tarifvorschlag waren nur für einzelne Stände die Erhöhung von 10 Prozent enthalten. Die Arbeiter waren bereit, ihre Forderungen zu reduzieren und beauftragten ihre Lohnkommission, mit dem Arbeitgeberverband mündlich zu verhandeln. Dieser schlug aber eine Verschleppungstaktik ein, die die Bewegung gefährdet, worauf am Donnerstag der Streik erklärt wurde.

Die Festsetzung einer Streikklausel für die deutsche Textilindustrie, wovon wir unlängst berichtet haben, scheint nicht nach dem Wunsch der Scharfmacher unter den Textilindustriellen auszufallen. Die beiden Parteien, zwischen denen die Streikklausel festgesetzt werden soll, sind auf der einen Seite die Fabrikanten, auf der anderen Seite die Abnehmer der Textilfabrikate, die Großhändler, Warenhäuser usw. Nun sind aber die Abnehmer ganz entschiedene Gegner einer Streikklausel; der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser hat in der betreffenden vom Arbeitgeberverband für die Textilindustrie dieser Tage nach Berlin einberufenen gemeinsamen Sitzung beider Kontrahenten gegen die Streikklausel sogar sehr festig angefaßt, nicht weil die Großkapitalisten im Handelsgewerbe, die Herren Tich, Parash und Konsorten aus idealen Gründen Gegner der die Lohnkämpfe erschwärenden Streikklausel wären, sondern weil durch die Festsetzung der Streikklausel „die Interessen des Detailhandels auf das schwerste geschädigt werden“.

Nach einigen Schmälen werden die Herren vom Detailhandel aber doch mit sich reden lassen, denn wenn es gegen „unberechtigter“ Forderungen der Arbeiter geht, sind die Kapitalisten noch immer einig geworden.

Die der „Konfessionäre“ nun meldet, ist eine Einigung tatsächlich zustande gekommen, nachdem „dank des taktvollen Eingreifens des Herrn Geheimrats Vogel die trennenden Momente beiseite gelassen wurden“.

Die Streikklausel steht nun so aus, daß bei Ausbruch eines Streiks oder bei Aussetzung einer Aussperrung der Fabrikant das Recht hat, den Lieferungsstermin der Ware hinauszuschieben und zwar auf eine Zeit, deren Höhe zu bestimmen den einzelnen Branchen oder lokalen Unternehmerverbänden überlassen wurde. Diese Bestimmung soll aber nicht erst nach Eintritt der Betriebsstörung getroffen, sondern soll vorher im allgemeinen festgelegt werden. Ist diese verlängerte Frist abgelaufen und der Streik oder die Aussperrung in dem betreffenden Betrieb ist noch nicht beendet, so hat der Abnehmer bezw. der Besteller der durch die Arbeiterbewegung nicht fertig gewordenen Ware das Recht, auf den Teil der nicht fertig gewordenen Ware zu verzichten. Das wesentlichste, was der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser durchgesetzt hat, ist also das, daß der Besteller oder Abnehmer der Textilfabrikate das Recht hat, vom Vertrage zurückzutreten, nicht aber der Fabrikant; dieser muß, wenn der Abnehmer darauf besteht, eventuell die vereinbarte Konventionalstrafe bezahlen.

Diese Vänderung der Streikklausel hat für die Textilarbeiter wenig Wert, denn eine Verlängerung des Lieferstermines tritt auf jeden Fall ein, d. h. wenn das eingesezte Schiedsgericht nicht einen Streik zugunsten der Arbeiter für berechtigt erklären sollte. Nachdem das Schiedsgericht aber nur aus Unternehmern und Kapitalisten zusammengesetzt ist, wird niemals ein Streik der Arbeiter für „berechtigt“ erklärt werden! Als Vorsitzender auf die Dauer von einem Jahre wurde Regierungsrat Professor Dr. Leibig bestimmt, ein Mann, der sich bisher als warmer Freund der Unternehmer gezeigt hat.

Für die Textilarbeiter ist es nun von großem Wert, zu erfahren, wie weit die einzelnen Branchen oder die lokalen oder provinziellen Unternehmerverbände die Lieferfristen für die Eventualität eines Streiks verlängern.

Im übrigen braucht nicht weiter bewiesen zu werden, daß es jetzt mehr denn je notwendig ist, daß die Textilarbeiter gleich den Unternehmern sich zu einer starken Organisation zusammenschließen. Ein und wieder liegen die Unternehmer bei den Verhandlungen in Berlin auch durchblicken, daß große Aussperrungen in Zukunft öfter in Szene gesetzt werden sollen, um die Textilarbeiter müde zu machen. Textilarbeiter Deutschlands! Schwere Kämpfe stehen Euch bevor. Holt Ihr die noch fehlenden in Eure Organisation, dann werden sich die Textilindustriellen an der Organisation den Schädel einrennen.

Ausland.

Die im Arbeiterbund Basel vereinigten Gewerkschaften haben beschlossen, eine Initiative zur Beseitigung des Art. 184 des Baseler Polizeistrafgesetzes, Streikparagrafen, in die Wege zu leiten und gegenwärtig ist man mit der Unterschriftensammlung beschäftigt, die ein ganz erfreuliches Resultat ergibt, denn es sind bereits 2000 Unterschriften gesammelt worden, obwohl nur 1000 Unterschriften nötig sind, um dieses Vorgehen vor die Volksabstimmung zu bringen. Schon wiederholt wurden in der geschiedenen Adressen, dem Großen Rat, Forderungen auf Beseitigung des Streikparagrafen gestellt, aber immer wurden dieselben von der bürgerlichen Mehrheit des baselstädtischen Parlaments ab-

gewiesen, nun soll einmal die gesamte kinnberrechtigte Bevölkerung ihre Meinung in dieser Angelegenheit abgeben und zweifelslos wird diese zugunsten der Befreiung ausfallen. Der Streikparagraf, der eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Art. 153 der deutschen Reichsgewerbeordnung hat, nur in mancher Beziehung noch schärfer gefasst ist als dieser, qualifiziert sich als ein Ausnahmefestgesetz schlimmster Art gegen die Arbeiterklasse, was schon daraus hervorgeht, daß im Streikjahr 1905 nicht weniger als 232 Anzeigen und 178 Verurteilungen erfolgten und immer wurden Haftstrafen ausgesprochen, deren Dauer zwischen drei Tagen und vier Monaten variierte. Wegen Arbeitgeber hat der genannte Streikparagraf immer verfaßt und bei den freisprechenden Urteilsbegründungen gegenüber Arbeitgebern wurde jeweils mit zynischer Offenheit erklärt, daß der Arbeiter ja nicht gegen die Untertanen, sondern nur gegen die Arbeitnehmer gerichtet sei. Die Regierung sucht nun dieser Bewegung zuvorzukommen und hat von sich aus eine Revision des Streikparagrafen vorgenommen, welche sie in den nächsten Tagen dem Großen Rat vorlegen wird. In dieser Revision wird insofern eine Milderung vorgeschlagen, als der Richter an Stelle der Haftstrafe, die ausschließlich im Gesetz vorgesehen ist, auch auf Geldbuße erkennen kann. In Arbeiterkreisen hat man diese „Revision“ mit Spott und Hohn aufgenommen. Als ob es nicht auf das Gleiche herauskommt, wenn man gegenüber mittellosen ausländischen Arbeitern auf Geldbuße erkennt, und diese dann im Falle der Unvereinbarkeit in Haftstrafe umwandelt oder sofort auf Haftstrafen erkennt. Die von der Regierung eingeleitete Revision wird darum die Inaktivbewegung nicht aufhalten, sondern im Gegenteil nur fördern, denn man sieht wieder das Wohlwollen der Behörden gegenüber den Arbeitern und weiß sich danach zu richten.

Aus dem dunklen Paris!

Wie wir gestern bereits durch Privattelegramm aus Paris meldeten, sind die dortigen Elektrizitätsarbeiter in den Ausstand getreten.

Der Beschluß ist darum gefaßt worden, weil die neue Gesellschaft, welche von der Pariser Stadtgemeinde die Konzession für die elektrische Beleuchtung erhalten soll, sich weigert, ihren Arbeitern die den städtischen Arbeitern zuerkannten Vorteile zu bewilligen.

Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter kam ganz unerwartet und rief große Verwirrung hervor. Die elektrisch betriebene Untergrundbahn sowie die elektrischen Trambahnen verkehrten jedoch ungehindert, da sich die Arbeiter ihrer elektrischen Stationen bisher dem Ausstande nicht anschließen haben, dagegen hörten die Fahrpläne in den Säulenhallen auf zu funktionieren, was zu mancherlei unangenehmen Vorfällen Anlaß gab. Die Polizei traf umfassende Vorkehrungsmaßnahmen, weil sie befürchtete, daß die in den Straßen herrschende Dunkelheit Uebelstände zu Anlässen auf die Passanten und zu Diebstählen in Geschäften Gelegenheit geben könnte. An verschiedenen Punkten, namentlich in den entlegeneren Vorstädten, wurden Polizeikommandos aufgestellt. Die Arbeitsbörse wurde geschlossen, um die ausländischen Elektrizitätsarbeiter an der Abhaltung einer Versammlung zu verhindern!

Die ausländischen Elektrizitätsarbeiter, etwa 1250 an Zahl, versammelten sich deswegen in den Räumen der Confédération Générale du Travail und nahmen einstimmig eine Tagesordnung an, in der sie erklärten, daß sie im Kampfe verharren und ihn erst einstellen, wenn ihre Forderungen erfüllt sind.

Die Arbeitseinstellung ging in fast sämtlichen elektrischen Zentralen in Ruhe vor sich; nur in zwei oder drei Anstalten wurden die Feuer ausgelöscht oder gewisse nur schwache oder weiteres erhebliche Mischteile entfernt. Da der Ausstand unermüdet eintrat, war für die Zwecke der Beleuchtung wie der Kraftlieferung keinerlei Reserve vorgesehen. Besonders starke Störungen hat der Ausstand im Zentral-Jernsprechamt und auf dem Nordbahnhof hervorgerufen. Außer den Theatern mußten auch zahlreiche Konzerte- und Tanzlokale geschlossen bleiben; die Menge verteilte sich scherzend in die spärlich erleuchteten Boulevard-Gassen. Die Schaulente, die in den nur mit elektrischen Lampen versehenen Straßen mit Beschädigten aufgestellt sind, lösten sich von Viertelstunde zu Viertelstunde ab. Die Zeitungen machten die größten Anstrengungen, um das Erscheinen der Morgenausgabe zu ermöglichen; Akkumulatoren, Lokomobile usw. werden mit großen Kosten beschafft.

Zahlreiche Zeitungen konnten nicht erscheinen, weil infolge des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter ihre Rotationspressen außer Betrieb gesetzt waren. Nur in zwei Theatern, dem Théâtre Réjane und dem kleinen Théâtre Grevin, die ihr elektrisches Licht selbst erzeugen, konnten Vorstellungen stattfinden, die übrigen Theater

gaben das Licht zurück. Es heißt, daß die Theaterdirektoren eine Versammlung abhalten wollen, um in betreff eines eventuellen Schadenersatzprozesses gegen die Elektrizitätsgesellschaften gemeinsam vorzugehen. Die Postbediensteten konnten mangelt hafter Beleuchtung ebenfalls nicht arbeiten. Die Briefe dürften deswegen erst mit starker Verspätung ausgetreten werden. Es wird gemeldet, daß auch die Beamten und Vorküher der Elektrizitätsgesellschaften sich dem Ausstand anschließen wollen. Konserwatve und gemäßigte republikanische Blätter äußern natürlich ihren Unwillen über den Streik in schärfster Weise und machen die Radikalen im allgemeinen und die sozialistisch-radikale Mehrheit des Gemeinderates im besonderen für die schweren Schädigungen verantwortlich, die der Pariser Bevölkerung aus diesem Ausstand erwachsen. Der „Figaro“ weist darauf hin, daß die städtischen Arbeiter in einer weit besseren Lage seien, als die Arbeiter und sämtliche Beamten anderer Unternehmungen. So hätten sie, abgesehen von höheren Löhnen, jährlich ihren Urlaub, während dessen ihnen der volle Lohn gezahlt würde. Es sei kein Wunder, daß auch die anderen Arbeiter ähnliche Bedingungen erstrebten.

Telegramme von gestern abend melden uns:

Paris, 9. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik umfaßt jetzt alle sechs Gesellschaften, auch den Sektor Champs Elysees, der gestern noch tätig war. Man kann deswegen die Straßen nicht beleuchten, die Theater bleiben geschlossen, einige Zeitungen verdrängen, mit Lokomobile Kraft von Privaten zu bekommen. Der Nordbahnhof ist still. Die Regierung beabsichtigt die Heranziehung von Gendarmen. Das fünfte Gendarmeregiment wird mobilisiert. Clemenceau erklärte: „Paris muß heute Nacht für sein Theater und Großstadtleben“. Aber dies ist ausgeschlossen angesichts der Disziplin der Streikenden. Vormittag und nachmittag fanden Versammlungen in der wiedereröffneten Arbeiterbörse statt. Die Streikenden protestierten gegen die gestrige Rede des Seinepräfekten im Gemeinderat, daß der Streik eine Nacht Übergangener Konzessionsbewerber sei. Nachmittag berichtete der Gewerkschaftssekretär Elektriker Lafont über eine resultierende Unterredung mit dem Generalsekretär des Präsektens, die Rücksicht zur Arbeit forderte und erklärte, wenn Militär eingreift, hört die Pflicht zur Gefolgschaft auf! In der Kammer interpellieren die Sozialisten am Montag wegen der Militärverwendung.

Paris, 9. März. (W. T. V.) Im heutigen Ministerrat erklärte Ministerpräsident Clemenceau, daß er sich mit dem Seinepräfekten und dem Militärgouverneur von Paris über Maßnahmen, um von heute ab die Tätigkeit der Elektrizitätswerke zu sichern, geeinigt habe. Minister Viviani erklärte sich bereit, als Adjutant der Beratungen über den wöchentlichen Ruhestag eine Vermittlungs-Erklärung anzunehmen, die das Prinzip des Gesetzes anerkennt und der Regierung die Wahl des Zeitpunktes überläßt, um die Ausstellungen zu prüfen, deren Gegenstand einige Artikel des Gesetzes sind.

Ein Festtag in Fougères.

Paris, 5. März. (Fig. Ver.)

Die moralische Wirkung des so ehrenvoll und erfolgreich durchgeführten Streiks hat sich am Sonntag im Resultat einer Ergänzungswahl für den Gemeinderat von Fougères kundgegeben. Unsere Genossen hatten gegen eine bürgerliche Koalition zu kämpfen, die von den liberalen Reaktionen bis zu den Radikalen reichte. Sie haben dennoch gesiegt. Der sozialistische Kandidat Bailant, einer der Leiter der Schuhmachergewerkschaft, drang mit 2132 gegen 1888 Stimmen durch. Die Verdrängung des Reaktes erzeugte großen Jubel in der nun für den Sozialismus gewonnenen Stadt.

Der Sonntag war überhaupt ein Freudentag für das Proletariat von Fougères. Denn am Abend kamen auch 58 von den 64 Kindern zurück, die während der Zeit der Rot in der Obhut der Pariser Arbeiter gewesen waren. 52 Tage sind sie fortgewesen, aber die liebende Sorgfalt, die sie umgabte, hat alles ausgeboten, um ihnen für das Elternhaus Ersatz zu bieten. Nun sind sie glücklich, mit Bekleidungen reich bedacht und des merkwürdigen Erlebnisses, das sie sich in der Trostlosigkeit des Provinzlebens nie erträumen hatten, in frohlicher Dankbarkeit gedenkend, heimgelehrt. Viele hundert Proletarier haben ihnen in Paris das Geleit zum Bahnhof gegeben und Tausenden empfingen sie in der Heimatkluft. 8 Kinder aber sind in Paris geblieben, da ihre Väter in den letzten Tagen das Recht erhalten haben, sie zu dauernder Fürsorge und Erziehung zu behalten! Die konservativen, patriotische Bourgeoisie wendet alle erdenklichen Mittel an, um keine Kinder zu haben und

die revolutionären „Zerstörer der Familie“ seien ihren Stolz darin, den Kindern ihrer Klasse eine mit stärkeren Banden als denen der Vaterverwandtschaft geknüpft sorgende Gemeinschaft und ein vom Gebanten freier Solidarität bestimmtes Geleit ins Leben zu geben.

Die spanische Polizei

geht gegen Streikende und Streikposten womöglich noch energischer vor als unsere heimische. In Madrid feuerte die Polizei auf streikende Maurer, die „Arbeitswillege belästigten“, tötete einen Streikenden und verwundete sechs andere schwer.

Gerichts-Zeitung.

Haben Volontäre Pflichten?

Der Volontär ist, unterscheidet sich von den gegen Entgelt angestellten Arbeitern dadurch, daß er lediglich vorübergehend die Beschäftigung ansüßen will, in der Regel kein Entgelt erhält, ja häufig noch auszahlen hat. Daraus folgen sehr mit Unrecht einige Schriftsteller: der Volontär hat keine Rechte, also auch keine Pflichten. Nach zutreffender Ansicht liegen auch dem Volontär alle Pflichten ob, die aus der Nebenahme der Beschäftigung folgen. Hierdurch können für den Volontär recht erhebliche strafrechtliche Folgen erwachsen. Das zeigt der nachstehende, am Freitag vor dem Reichsgericht verhandelte Fall. Es war wegen fahrlässiger Tötung am 23. August vorigen Jahres vom Landgericht Dresden der Volontär Defar Dial zu Gefängnis verurteilt worden. Er war beauftragt worden, in einer Fabrik eine Grube mit heißem Wasser zu beaufichtigen, damit niemand hineinfiel. Er entfernte sich nur auf wenige Augenblicke. Gerade in dieser Zeit kam ein Fabrikmädchen und stürzte in das Wasser. Sie verbrannte sich ein Bein und starb an den erhaltenen Verletzungen. — Die Revision des Angeklagten wurde mit Recht vom Reichsgericht verworfen, weil dem Angeklagten durch den Eintritt als Volontär alle Pflichten erwachsen, die dem obliegen, dessen Stelle im Betriebe er vorübergehend als Volontär vertritt.

„Totalausverkauf“ — unanterer Wettbewerb.

Das Landgericht Düsseldorf hat am 22. Juni v. J. den Kaufmann Salih Zoller wegen unanteneren Wettbewerbes in zwei Fällen zu 8000 Mark Geldstrafe und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen gleichen Vorgehens war der Angeklagte erst kurz vorher verurteilt worden. Er betrieb am Wehrbühl und in der Kölnstraße je ein Geschäft mit Konfektions- und Schuhwaren. In Zeitungsanzeigen kündigte er wiederholt einen Totalausverkauf wegen Aufgabe der Geschäfte an, um dann unmittelbar nach Aufgabe dieser Geschäfte in der Kölnstraße seinen Betrieb fortzuführen. Der Verein der Schuhwarenhändler hat Strafantrag gestellt. — Auf die Revision des Angeklagten hob am Freitag das Reichsgericht das Urteil nur im Strafspruch auf, weil verneint worden ist, Einzelgefängnisstrafen für jeden der beiden Fälle auszuwerfen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Ausgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße Villenlinie, Anschluss nach Lindenstr. 101), wochentags von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Besucht 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

§. 39. Da der Verein aufgelöst ist, muß die Bestimmung des Statuts erfüllt werden. — N. G. 30. Ja. Wenn Dank. — Otto B., Raumersfrage. Manuskripte müssen stets mit Linde geschrieben werden.

§. 102. 1. Nach § 910 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann der Eigentümer eines Grundstücks Burseln eines Baumes oder Strauches, die von einem Nachbargrundstück eingebracht sind, abschneiden und behalten. Das Gleiche gilt von herabhängenden Zweigen, wenn der Eigentümer dem Besitzer des Nachbargrundstücks eine angemessene Frist zur Beseitigung bestimmt hat und die Beseitigung nicht innerhalb der Frist erfolgte. Dem Eigentümer steht jedoch dieses Recht nicht zu, wenn die Burseln oder die Zweige die Benutzung des Grundstücks nicht beeinträchtigen. Fordern Sie Ihren Vorgesetzten auf, nach Maßgabe dieser Vorschriften gegen den Rittmeister vorzugehen oder Ihnen ausdrücklich sein Recht hierzu abzutreten. 2. 139 000.

§. 23. 24. Sie müssen einem Gerichtsvollzieher den Auftrag zur Zwangsvollstreckung erteilen. — N. G. 154. Klagen Sie auf Aufhebung des Vertrages beim Amtsgericht, legen Sie ein ärztliches Attest bei und beantragen Ersatz einer einstweiligen Verfügung. Bis die von Ihnen angemessene Behörde einschreitet, dürfen Monate vergehen. — D. R. Rein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger **Berthold Greifeld** gestorben ist.
Seine feierlichen Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwig-Richthofes in Wilhelmshagen, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/17 Die Cröberverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.
Filiale Berlin.
Am Montag, den 4. März, verstarb unser Kollege **Hermann Daberkow** (gest. Wedding).
Seine feierlichen Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Anzareth-Richthofes in Reinickendorf, Berlinerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
195/11 Der Vorstand.

Allen Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Tischler **Gottlieb Bautz** plötzlich gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Georgen-Richthof, Weihensee statt.
Am Namen der Hinterbliebenen
116/5 Reinhold Slopoff.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 35112* **Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sont. 10-12 Uhr.
Dr. „Enace“, selbst oder Kräfte, ein dem Dienernartig vollständig gleichwertiger Kunstgenie und allen anderen Fachleuten vorgezogen?
Weil derselbe garantiert frei von Stachel- oder Zuckersäure ist, aus reinstem Rohrzucker unter Zusatz von Dienernartig hergestellt und in Zusammenhang, Geschmack und Aroma von erstem Blütenhonig nicht zu unterscheiden ist.
4045L*
In einem a 5 Pfund Mk. 2,25 inkl., a 10 Pfund Mk. 4,00 inkl. Eimer.
Apotheker **Edgar Kieselich**, Berlin, Kochstraße 53, 1. 9434.
Sendungen gefahren direkt, wo nicht zugänglich durch Postfach frei Haus.

Dankfagung.
Für die herrliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Rudolph-Waldes **Gustav Grüneberg**, sage ich allen Verwandten und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma **Kloß & Neumann** meinen herzlichsten Dank.
19216 Die trauernde Witwe **B. Grüneberg**.

Wer — Stoff — hat
fertige Hüte nach Maß 20 W. **Labelloer** St. halbbare Futterhüte. Bei Stofflieferung billige Preise.
Franko, Köderstraße 148, 2559L* Gds Anwaltsstraße.

Dr. Simmel
Prinzipal-Str. 41, 3/5
Spezialarzt für **Haut- und Halsleiden.**
10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4.

29
Gardinenhaus **Bernhard Schwary**
Wallerstr. 29
Hut-Ging.

3 Tage Kostüme u. Röcke
schickester u. neuester Fassons — nach soeben beendeter **Frühjahr-Engros-Saison**
Serien-Verkauf direkt an Private.
Engroshaus Westmann
Hauptgeschäft w., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.
Filiale: o., Gr. Frankfurterstr. 115, Andreasstraße.

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5
früher 20, 24, 27-30 Mark	früher 33, 36, 40-42 Mark	früher 45, 48, 50-62 Mark	früher 65, 68, 70-82 Mark	früher 85, 90, 95-102 Mark
jetzt: 14 M.	jetzt: 20 M.	jetzt: 30 M.	jetzt: 40 M.	jetzt: 50 M.

Für alle, auch stärkste Figuren Konfektion vorräthig.
Orig. Modelle, Reisemuster, Kopien in Mänteln, Jackets, Capes, Havelocks usw. in demselben Verhältnisse im Preise ermäßigt.
Besichtigung ohne Kaufzwang.
Sonntags geöffnet!
Große Trauerabteilung.
Des großen Andränges wegen erbitte Einkauf möglichst vormittags zu bewirken.

Kranz- und Blumenbinderei
von Meier
nur Wassertorstr. 37.

Roh-Tabak
Beste Nr. 5791 a 1.50.
11. Länge, Vollblatt, schöne, hellbraune Farben, tabelloser Brand.
W. Hermann Müller,
Magazinstr. 14.

Vorzügliche **Sumatra-Decken** zu billigen Preisen offeriert
H. Hammerstein-Filiale,
Berr. Gustav-Boy,
Berlin N., Brunnenstraße 183.

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstr. 185
Sumatra-Deck
225 Pf. verz.
Sandblatt, helfahl.

Zahnärztliche Klinik
Sellekianstraße 106^L
Zahnziehen unentgeltl.
Bei künstl. Zähnen, Speg, Kronen- u. Brücken-Plomben u. werden nur die Auslagen berechnet. 19250*
Geöffnet 9-6, Sonntags 9-12 Uhr.

Lichtenrade 30 Pf. - Tour!
Quadratmeter 30 W. verkauft Eigentümer **Paris**, Berlin, Gramstr. 27, Gds. Kleinstraße. Auch bei monatl. Raten von 40-50 M. 1786*

Hygienische Artikel
Gummiwaren
viele Neuheit, Argl. empf. Inter. Preis, gratis.
E. Rohm, Berlin 95,
Friedrichstraße 297.

Sarg-Magazin
Albert Fahrenin
NW., Stephanstr. 56, NW.
Großes Lager sämtlicher Sorten Särge zu den billigsten Preisen.

OPERA
beste Musik
Sprech- u. Konzertapparate
unvergleichliche Klangfülle.
Lieferung sofort vollständig gratis
menn Sie Ihre Schallplatten von uns beziehen. 270/20
Großpelle gratis und frei.
Berlin 58.
Otto Jacob sen., Treibenstr. 9.

Louis Barth, Brückenstr. 10a
Liefert **erstklassige Räder**
unter günstigsten Bedingungen, eventuell auch ohne Anzahlung.
Kein Laden!
38 M. Spezialität! Wagn oder Paletot nach Maß, streng moderne Stoffe, gute Futolen u. tabelloser Sitz garantiert
J. Weyer, Gds. Kleinstraße 7 (Laden).

Zahn-Klinik.
Olga Jacobson,
Preise beliebige Zeitabteilung.
Invalidenstraße 145.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
in Empfohl. viel. Aerg. u. Prof. grat. u. g.
H. Unger, Baumstr. 21
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenletern... Sommerpaletots, Monatsgänge... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung...

Damenfahrrad, Herrenfahrrad... Kaffee, Mehl... Bettfedern... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung...

Kaffee, Mehl... Bettfedern... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung... Sommerpaletots, Monatsgänge...

Dringend, wegen Aufgabe einer... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung... Sommerpaletots, Monatsgänge...

Waldbjörze 960 Mark... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung... Sommerpaletots, Monatsgänge...

Kunsthoferei von Frau Kolodt... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung... Sommerpaletots, Monatsgänge...

Verschiedenes.

Die von mir über... Kleiderfabrik... Möbel auf Teilzahlung... Sommerpaletots, Monatsgänge...

Vermietungen.

Koblenplatz mit Schuppen... Wohnungen... Zimmer...

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint zu den Osterfeiertagen. Sie ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuauflagen bis spätestens Sonntag, den 17. d. M., an die unterzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Hofstraße 12.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagelbergstraße 27.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, Straßmannstraße 20.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Friedrich Kausch, Wilmstraße 12.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Wilmstraße 51.

Für Nieder-Varnum an den Genossen Robert Ried, Kummelsburg, Kantstr. 22.

Für Keltow-Weeslow an den Genossen Karl Kohn, Ritzdorf, Sedowstraße 22.

Für Potsdam-Dönhaveland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 18.

Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanzeigen unterzüglich dem zuständigen Kommissionsmitglied des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Landkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgenommen sind oder nicht.

Diejenigen Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 17. März einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des Weiteren sind wir leider wieder genötigt, darauf hinzuweisen, daß alle Mitteilungen in Lokalanzeigen nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da auch die Einlieferungen meistens bis zum letzten Termin hinausgeschoben werden, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Vergleichen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:

Richard Henschel, N. 28, Wilmstraße 51 II.

Erster Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Krügel, Neue Friedrichstr. 35, statt. Anträge der Mitglieder müssen frühestens acht Tage vor demselben dem ersten Vorsitzenden eingereicht werden. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute Sonntag, abends 8 Uhr, findet in den „Arminshäusern“, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung mit Frauen statt. Redakteur Hans Weber spricht über: Wider aus dem Gegenwartstaat. Nach dem Vortrage: Geselliges Beisammensitzen mit Tanz.

Außerdem findet am Dienstag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, eine Versammlung des Wahlvereins im „Märkischen Hof“, Wilmstraße 18a, statt, in welcher die Diskussion über das Thema: „Die Lehren der Reichstagswahl“ fortgesetzt wird.

Genossinnen, Genossen! Am Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, findet im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung statt. Genossin Ottilie Waaber spricht über das Thema: „Was hat das Proletariat, insbesondere die Dienstboten, vom neuen Reichstag zu erwarten?“ — Wahl einer Vertrauensperson für den Wedding.

Regen Besuch erwartet

Die Vertrauensperson.

Charlottenburg. Am kommenden Dienstag findet im „Volkshaus“ eine Generalversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Hans Block über: „Die Ergebnisse der Reichstagswahl und über die aus denselben sich für unsere Partei ergebenden Lehren“ referieren wird. Danach findet in der letzten Generalversammlung vertragte Angelegenheit der Anstellung eines zweiten Expediteurs ihre Erledigung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Genossen.

Friedenau. Für den 1. Bezirk findet am Mittwoch Jahlabend statt. Der 2. und 3. Bezirk tagen ebenfalls am Mittwoch gemeinsam bei Grube. Der 4. Bezirk hält seine Sitzung am Dienstag bei Degert ab. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Villenberg. Heute Sonntag, Punkt 12 Uhr mittags: Öffentliche Versammlung im „Schwarzen Adler“ (Gebr. Arnold), Franzfurter Chaussee 6. Genosse Dr. Mr. Bernstein wird über „Positive Arbeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde“ sprechen. Um 2 Uhr muß der Saal geräumt sein! Zahlreicher Besuch, auch der Frauen, wird erwartet.

Montag von 12 Uhr ab Gemeindevahl! Die Genossen werden noch einmal dringend zur Wahlhülle aufgefordert. Meldungen im Wahlbureau, Wilmstr. 40, oder in den Bezirkslokale. (Siehe Mitteilung von Sonnabend.)

Dienstag, den 12. März, von 8-6 Uhr, Wahl der II. Wahlklasse.

Johannisthal. Am Dienstag, den 12. d. M., findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Mayer (Mittershaus) statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütte. 2. Bericht der Gemeindevertretung. 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Alt-Ostende. Am Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Wöhr eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag über Kommunalpolitik, Bekanntgabe der Kandidaten zur Gemeindevertretung und freie Ansprache. Zahlreicher Besuch, namentlich der Wähler der dritten Klasse, wird erwartet. Der Einberufer.

Schildow-Blauenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Heute nachmittags 3 Uhr findet in Rönchsmühle bei Knappe die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt. Vortrag des Genossen Julius Pesse. Um regen und pünktlichen Besuch bittet der Vorstand. Kreuzfahrt der Nieder-Schönhäuser Genossen nachmittags 1/2 Uhr bei Krawogel, Nordend.

Erster. Achtung! Laut Beschluss unserer Wahlvereinsversammlung finden unsere Jahlabende jeden zweiten Mittwoch im Rom statt. Die Genossen werden gebeten, dies zu beachten und recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Sankow. Bis zum Jahlabend, der am nächsten Mittwoch stattfindet, müssen sämtliche noch ausstehenden Sammellisten mit den Bezirksführern abgerechnet werden. Die Bezirksführer werden ersucht, am Donnerstag mit dem Vorliegenden abzurechnen.

Französisch-Buchholz. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Rühmeischen Lokal, Berlinerstr. 39, statt. Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Kreisgeneralversammlung. Diskussion. Verschiedenes. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wünscht Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am Mittwoch finden in den bekannten Lokalen: Schöndie, Troskowitzstraße, Zuhmann, Uhlendstraße, und Wabst, Wuststraße, die Jahlabende statt. Listen und Billets sind an die Bezirksführer abzurechnen. Der Vorstand.

Rowaves. Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schmidt, Wilmstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Ströbel über: Die Bedeutung der diesmaligen Reichstagswahl. 3. Wahl von drei Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Mailfeier. 5. Verschiedenes. — Parteigenossen, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erscheint alle in dieser Versammlung. — Frauen und Gäste haben Zutritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Gesundheitswesen im Stadthaushalt.

Der Stadtmedizinalrat, den unser städtisches Gesundheitswesen braucht, spukt wieder mal umher. Die Sozialdemokraten im Stadtparlament fordern ihn seit langem, aber die freisinnige Mehrheit ist bisher über das Stadium der Erwägungen nicht hinausgekommen. Sie weiß nur zu gut, daß wahrscheinlich sehr bald auch er die ihr unangenehme Forderung aufstellen würde, endlich mal das Gesundheitswesen der Stadtgemeinde den modernen Anschauungen entsprechend auszubauen.

13 Millionen Mark stehen im Etat für 1907 als Ausgabe für das gesamte Gesundheitswesen. An Einnahme werden 4 1/4 Millionen erwartet, mithin sind hier 8 1/4 Millionen aus dem Stadtsäckel zuzuschießen. Aber der größte Teil dieser Summen wird durch die Krankenpflegeanstalten beansprucht, während für die eigentliche Gesundheitspflege immer noch erst sehr wenig aufgewendet wird. Die Gesundheitspflege, die vorbeugen will, gilt ja unserer Gemeindeverwaltung immer noch als Nebensache. (Eingegriffen ist in diesen Summen übrigens der Etat der „Zentrale Buch“, die die sämtlichen Anstalten in Buch mit Licht, Kraft, Wasser, Heizung usw. versorgt. Die Zentrale erhält sich selber; sie hat 1/2 Million Ausgabe und ebenso viel Einnahme. Von den Anstalten werden ihr ihre Leistungen bezahlt, so daß die halbe Million Ausgabe tatsächlich zweimal im Etat des Gesundheitswesens steht.)

Der Krankenpflege dienen jetzt sechs Anstalten für körperlich Kranke und vier Anstalten für geistig Kranke. Im neuen Etat stehen für die sechs Krankenhäuser 4 867 553 M. Ausgabe, 2 182 842 M. Einnahme, 2 684 711 M. Zuschuß, für die vier Irrenhäuser 6 004 591 M. Ausgabe, 954 005 M. Einnahme, 5 050 586 M. Zuschuß, das macht zusammen 10 872 144 M. Ausgabe, 3 136 847 M. Einnahme, 7 735 297 M. Zuschuß. Gegenüber dem vorhergehenden Etat sind diese Zahlen nicht erheblich gestiegen. Für die Krankenhäuser wird die Belegung diesmal auf durchschnittlich 3880 pro Tag angenommen, nur 230 mehr als für 1906. Eine volle Ausnutzung ist das noch nicht; daß sie „nicht nötig“ wird, dafür wird durch Abweisung der „nur leicht“ kranken Aufnahmefuchenden gesorgt werden. Im Friedrichshain-Krankenhaus werden zwei Pavillons geschlossen, weil dauernde Entlastung durch das stärker zu belegende Virchow-Krankenhaus erwartet wird. Die Irrenhäuser richten sich diesmal ein auf eine Kopfzahl von 7495 pro Tag, 310 mehr als für 1906. Doch müssen hiervon noch 1940 in Privat-Anstalten und 590 in Familien untergebracht werden.

Auf die Gesundheitspflege entfallen nur 1 696 838 M. Ausgabe, 1 189 700 M. Einnahme, 557 138 M. Zuschuß. Beteiligt sind daran die Badeanstalten mit 693 306 M. Ausgabe, 686 800 M. Einnahme, 8506 M. Zuschuß, die Desinfektionsanstalt mit 299 262 M. Ausgabe, 35 900 M. Einnahme, 263 362 M. Zuschuß, die Heimstätten mit 537 540 M. Ausgabe, 417 000 M. Einnahme, 120 540 M. Zuschuß, das Rettungswesen, Impfwesen u. mit 164 730 M. Ausgabe, keiner Einnahme, also 164 730 M. Zuschuß. Für die Badeanstalten standen im letzten Etat 102 782 M. Zuschuß, weil die Kanalisationsgebühr (die übrigens dem Stadtsäckel wieder zugute kommt) 96 940 M. betrug. Da aber jetzt diese Anstalten nicht mehr nach Wasserverbrauch, sondern wie früher wieder nach Nutzertrag zur Kanalisationsgebühr veranlagt werden, so beträgt dies nur noch 2300 M. Daher brauchen denn auch die Badeanstalten nur noch einen kaum nennenswerten Zuschuß. Der Etat der Desinfektionsanstalt rechnet mit dem bisherigen Gebührentarif, der längst keine Reichtümer mehr bringt. Wird der hierher gehörige Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen und ausgeführt, so kommt zwar noch weniger ein. Aber dafür wird dann die Anstalt mehr als bisher von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden — und dazu ist sie ja wohl eigentlich da.

Ueber die Berliner Museen wurde am Freitag in der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses bei der Beratung des Kultusetats, Kapitel Kunst und Wissenschaft verhandelt. Die Regierung beabsichtigt, für die künftigen Museen in Berlin an drei aufeinander folgenden Tagen ein kleines Eintrittsgeld von etwa 50 Pf. zu erheben. Auf diese Tage soll das die Beschäftigung der Kunstwerke störende Kopieren und die Führungen beschränkt bleiben. An den anderen Tagen soll dafür die Besuchszeit über 3 resp. 4 Uhr hinaus verlängert werden, auch soll die Schließung am Montag wegfallen. Das Geld soll zum besten der Beamten verwendet werden. Es handelt sich hierbei zunächst um einen Versuch, der vor der Hand auf das Kaiser-Friedrich-Museum und die National-Galerie beschränkt bleiben soll. — Dieser Plan findet in der Kommission allgemeine Zustimmung, doch wurde gefordert, den Besuch der Schäter höherer Lehranstalten in keiner Weise zu beschränken. — Für die Schäter höherer Lehranstalten stellt die Regierung Freikarten in Aussicht. Für die Porträt-Galerie plant sie eine historische Gruppierung in Verbindung mit Wäfen und Schlachtenbildern. Die Verlegung des Völkerkunde-Museums wird sich nach Ansicht der Regierung kaum umgehen lassen. — Eine Anfrage aus der Mitte der Kommission nach der Höhe der Kosten für die geplanten Bauten beantwortete die Regierung dahin, daß man mit 10-15 Millionen Mark rechnen müsse, die sich auf etwa 10 Jahren verteilen.

Warum nur die Schäter der höheren Lehranstalten von der Regierung bevorzugt werden sollten, ist nicht recht ersichtlich; für die

oberen Klassen der Gemeindefschulen wäre erst recht ein Entgegenkommen am Plage.

Der sogenannte Schenkopf auf dem Wedding in der Reinickendorferstraße ist jetzt der Art und der Epigone zum Opfer gefallen. Das alte zerfallene schmutzige Gebäude gewährte vielen kleinen Mietern Unterschlupf, die mit dem Saal aus dem Hicken ober mit dem Handwagen Berlin durchzogen und die Müll- und Abfalltüten auf verwendbare Gegenstände hin mit ihren Haken durchsuchten. Jetzt ist der verwitterte Bau abgebrochen worden und für viele Bewohner jener Gegend dürfte es interessant sein, zu erfahren, daß dieses Gebäude ehemals ganz anderen Zwecken gedient hat. Es ist nämlich dieser Tage unter dem Grundstein eine Kiste gefunden worden, die eine noch sehr gut erhaltene Bronzeplatte enthielt und die uns gestern vorgelegt wurde. In diese Platte sind folgende Worte eingravert:

Sonnabend, den 25. April 1846

wurde auf allerhöchsten Befehl Sr. Majestät König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen der Grundstein zu diesem galvanoplastischen Künstlerlaboratorium gelegt. — Es sollen darin die von dem Freiherrn Eugen v. Dachevitz gemachten galvanoplastischen Erfindungen unter eigener Direktion desselben im großen zur Anwendung gebracht werden.

Den Bau dieses Hauses leitete der königliche Assessor der Seehandlung, Herr Homann auf Befehl.

So geschah an dem obengenannten Tage auf dem Wedding bei Berlin.

Auf der Rückseite der Platte ist folgendes zu lesen: „Das auf der Vorderseite der Platte bezeichnete Laboratorium ist gegenwärtig das einzige der Art in der Welt.“

Die Beratungen des Etats der Stadt Berlin werden von dem zu diesem Zwecke eingesetzten Ausschusse in diesem Jahre in weniger schnellem Tempo erledigt, als das im Vorjahre der Fall war, weil man etwas gründlicher zu Werke gehen möchte. Aus den bisher gepflogenen Verhandlungen möchten wir noch folgendes hervorheben:

Der Etat der Krankenanstalten gab unseren Genossen Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß bei der Lokalfestsetzung des Bärterpersonals die Beschlüsse der Krankenhausdeputation in keiner Weise berücksichtigt seien. Der Magistrat erklärte: daß die Zeit für diese Lokalfestsetzung zu kurz gewesen sei, erkannte die Notwendigkeit an und versprach im nächstjährigen Etat bestimmte eine Lokalfestsetzung zu wollen. Bei den Badeanstalten wurde aus dem Ausschusse sowie aus der Bürgererschaft angeregt, für den Osten und Nordosten eine Volksbadeanstalt zu errichten. Seitens des Delegierten wurde mitgeteilt, daß auf Anordnung des Oberbürgermeisters bereits gearbeitet in dieser Angelegenheit im Gange sind.

Bei Etat 14 „Zentrale Buch“ wurde moniert, daß den Bediensteten eine Arbeitsordnung vorgelegt sei, die ganz rigorose Bestimmungen enthalte und auch bezüglich der Arbeitszeit wesentliche Verschlechterungen bringe.

Seitens des Magistrats wurde erklärt, daß es sich nur um einen Entwurf handle, der dem demnächst zu wählenden Arbeiter-Ausschusse unterbreitet werden solle; im übrigen wurde wohlwollendste Prüfung der Beschwerden zugesagt. Beim Gemeindefschuletat kam zur Sprache, daß im kommenden Etat nicht ein einziges neues Schulgebäude fertig gestellt wird. Die Wirkung ist, daß die Zahl der Mietschulen und fliegenden Klassen weiter steigt und an eine gleichmäßige Herabsetzung der Frequenz nicht zu denken ist; denn jede Herabsetzung der Klassenfrequenz bedeutet eben Schaffung neuer Schulen. Ueber die Schulfrage wurde lebhaft getritten. Die Schulverwaltung! Sie Bauverwaltung! Genosse Vorquann wies nach, daß der Schulverwaltung ungewissheit die Schuld sei, indem sie es an der nötigen Voraussicht fehlen lasse. Sekretär Hierjerson wollte die Stadtoberordnetenversammlung verantwortlich machen, die in letzterer Zeit drei Baupläne als ungeeignet abgelehnt habe. Demgegenüber beklagte der Bauat, daß die Schulverwaltung dasselbe Verfahren über und plakte schließlich mit der Bemerkung heraus, daß die Bauverwaltung seit ein und ein halbes Jahr keinen Bauauftrag von der Schulverwaltung erhalten habe.

Bei dem Kapitel Schulärzte wurde von unseren Genossen angeregt, mit Rücksicht auf die vielen Erfüllungstransporten der Kinder bei schlechtem Wetter das Schuhzeug zu revidieren und, wenn nötig, durch Anschaffung von Reserve-Schuhzeug (Hilfschuhe) zu verhindern, daß die Kinder die ganze Zeit mit nassen Füßen am Unterricht teilnehmen. Wie wenig man im übrigen in der Gemeindefschule noch von Selbstverwaltung reden kann, geht aus einer im Ausschusse gemachten Mitteilung hervor, wonach es der Schulverwaltung in den einzelnen Schulkreisen nicht gestattet ist, Lehrkräfte zu versehen, ohne die Genehmigung des königlichen Kreisinspektors einzuholen.

Der Antrag, die Vermittel in den Gemeindefschulen kostenlos zur Verfügung zu stellen, wie es jetzt in Stuttgart beschlossen wurde, wurde wiederum abgelehnt. Beim Etat der Pflichtschulbildung wurde die Ausdehnung des Unterrichts auf weibliche Schüler zur Sprache gebracht. Wenn möglich soll am 1. Oktober 1908 diese Neueinrichtung in Kraft treten. Beim Etat für das gewerbliche Unterrichtsweien wurde für den Direktor Schmansch ein um tausend Mark höheres Gehalt vom Ausschusse eingelebt. Auch beim Fortbildungsetat setzte der Ausschusse für sachliche Kosten 2200 Mark mehr in den Etat ein.

Die städtische Kunstdeputation hielt am Sonnabend eine Sitzung ab. Stadtbaurat Ludwig Hoffmann legte das Modell eines Postaments mit dem Wappenstein der Stadt Berlin, dem Bären vor. Dieses Postament mit dem in Bronze auszuführenden Bären soll in der großen Halle des neuen „Stadthaus“, wie das neue Verwaltungsgebäude an der Stralauerstraße in Zukunft heißen soll, aufgestellt werden. Die Halle wird den Hauptingang von der Jüdenstraße zum Stadthaus bilden und drei Stock hoch werden. Sodann berichtete Stadtbaurat Dr. L. Hoffmann über den Stand der Arbeiten zum Märchenbrunnen in Friedrichshain. Mit den Fundamentierungs- und Mauerarbeiten, sowie mit den Anpflanzungen in der nächsten Umgebung des Märchenbrunnens soll in diesem Jahre begonnen werden. An den Modellen des Brunnens wird zurzeit gearbeitet. Die letzten zur Verfügung stehenden Mittel sollen im Jahre 1909 mit der Fertigstellung der Anlage angewiesen werden. Der Kunstdeputation stehen jährlich 100 000 M. zur Verfügung, so daß nur nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Arbeiten vergeben und ausgeführt werden können. Mit der Anlage eines Verbindungsweges (Schwibbogen) zwischen den Grundstücken der Deutschen Bank in der Französischenstraße war die Deputation, der Zeichnungen vorlagen, einverstanden. Dem Antrage der „Bildhauervereinigung des Vereins Berliner Künstler“, alljährlich freie Ideenkonkurrenzen auszuschreiben, stimmte die Kunstdeputation auf Vorschlag einer Unterkommission zu. Es wurde beschlossen, eine Summe von 7500 M. für Preise zur Verfügung zu stellen. Ferner wurden noch einige andere Punkte der reichhaltigen Tagesordnung erledigt.

Ein Schwindler treibt in den Vororten unter Verungung auf den „Vorwärts“ sein Wesen. Aus Köpenick berichtet uns ein Parteigenosse, daß bei ihm ein Reisender erschienen sei und eine Mappe mit drei Blättern „Nimm mich mit“ a 10 Pfennig offerierte. Dabei habe er bemerkt, er komme vom „Vorwärts“, der diese Blätter für die Leser des „Vorwärts“ herausgibt, jede Woche komme ein solches a 10 Pfennig. Dem Genossen kamen aber diese Behauptungen sehr unwahrscheinlich vor und nach einer heftigen Auseinandersetzung verfiel ihm der Reisende, Prospekt der Märkischen Kunstanstalt zurück.

